

Protokoll der 46. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Dienstag, dem 12. Oktober 1993; Beginn: 10.00 Uhr; Berlin, Reichstagsgebäude; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949-1989“

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 12

Anhörung zu dem Thema: „Das geteilte Berlin“ unter der Leitung von Dorothee Wilms 14

Vorträge

Dieter Mahncke 17

„Das Berlin-Problem 1945-1989 – die Berlin-Krise 1958-1961“
Stefan Wolle 27

„Die Berlin-Frage im Bewußtsein der Bevölkerung der DDR“

Diskussion 33

Einleitende Thesen

Hartmut Soell 33

Manfred Wilke 37

Armin Mitter 40

Vorträge

Hermann Graml 78

„Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949-1955“
Wilfried Loth 89

„Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1961-1989“

Diskussion 97

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 46. Sitzung unserer Enquete-Kommission.

Ich freue mich darüber – ich hoffe, auch Sie alle –, daß es mir jetzt ein zweites Mal in der Arbeit unserer Enquete-Kommission vergönnt ist, uns während einer öffentlichen Anhörung zusammenbinden zu können. Dies ist trotz der Arbeit und Mühen, die wir hier auf uns nehmen, angenehm. Ich habe nämlich die große Freude, einen, wie ich finde, wunderschönen Blumenstrauß unserer Kollegin Frau Dr. Wilms überreichen zu dürfen, die noch ein Jahr weiser geworden ist. Ich gehe davon aus, daß ich ihr in unser aller Namen nicht nur herzlich gratulieren, sondern für das neue Lebensjahr auch viel Glück und Gottes Segen wünschen kann.

(Der Vorsitzende überreicht unter dem Beifall des Ausschusses der Abg. Dr. Dorothee Wilms einen Blumenstrauß)

Wir befassen uns heute und morgen mit folgendem Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Anhörungen zu dem Thema „Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949-1989“

Bevor wir diese weitere öffentliche Anhörung durchführen, ist folgendes festzuhalten.

Am Anfang dieser Epoche stand das Ende des nationalsozialistischen Gewaltregimes, dessen Terrorsystem eine europäische Katastrophe ausgelöst hatte. Als die Staaten der Anti-Hitler-Koalition im Frühjahr 1945 die totale Kapitulation Nazi-Deutschlands erzwungen hatten, mußten sich die Menschen in Deutschland fragen: Wie werden die Sieger mit uns umgehen? Die Siegermächte hatten – jede auf ihre Weise – die Frage zu beantworten: Wie kann sichergestellt werden, daß dieses Deutschland niemals wieder die Gelegenheit erhält, die Völker Europas mit Krieg und Terror zu überziehen?

All das, was heute unter dem Stichwort „Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik“ von ausgewiesenen Sachkennern dieser Materie vorgetragen und analysiert werden wird, wird unbedingt auch vor diesem Hintergrund gesehen werden müssen.

Die Deutschlandpolitik der Siegermächte wurde schon sehr bald nach dem Kriegsende durch den Beginn des Kalten Krieges zwischen den Westmächten und der Sowjetunion bestimmt. Wir dürfen dafür dankbar sein, daß aus dem Kalten Krieg trotz aller Konfrontation kein heißer Krieg wurde.

Deutschland als Frontgebiet des Kalten Krieges und Berlin als Frontstadt bekamen die Veränderungen dieser internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik sehr schnell und direkt zu spüren. Bedeutete die Einbeziehung der deutschen Teilstaaten in die Frontbildung des Kalten Krieges einerseits eine unverhofft rasche politische Aufwertung, so wurden die Menschen in Deutschland andererseits auch mit den Lasten des Kalten Krieges

ganz unmittelbar und hart konfrontiert. Besonders die Bürger Berlins bekamen die Folgen dieser Neuordnung der politischen Machtverhältnisse tagtäglich zu spüren. Die ständig perfektionierte Teilung der Stadt hatte das Bewußtsein ihrer Bürger tief geprägt. Sie mußten mit der Mauer und im Schatten der Mauer leben.

Der Bau der Mauer 1961 in Berlin, die die Regierenden der DDR den „antifaschistischen Schutzwall“ nannten, teilte nicht nur Berlin, sondern bedeutete auch für 16 Millionen DDR-Bürger das Urteil, ohne Gerichtsbeschluß lebenslänglich eingesperrt zu sein.

Wenn wir uns mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur in Deutschland beschäftigen, werden wir uns auch dies immer wieder ins Gedächtnis rufen müssen: Die Menschen in der DDR lebten, handelten und dachten fast 30 Jahre lang mit diesem Urteil im Hinterkopf. Wer sie, wer uns verstehen will, darf über diese Tatsache nicht hinwegsehen.

In der ersten Phase der Einmauerung der DDR waren es zunächst nur einzelne Menschen im Westen, die sich dazu bereitfanden, die Teilung Berlins und Deutschlands nach dem Mauerbau auf ganz persönliche Weise zu überwinden. Ich glaube, wir müssen all denen noch heute sehr nachdrücklich danken, die damals ihre Angst überwandern und die oft entwürdigenden Schikanen der Grenzorgane der DDR über sich ergehen ließen, um die Kontakte der Menschen diesseits und jenseits der Grenze aufrechtzuerhalten.

Das SED-Regime hat an diesen zwischenmenschlichen Kontakten immer kräftig mitverdient. Die Mitbringsel der Westbesucher und die von ihnen zu entrichtenden Straßen-, Visa- und Strafgeldern waren ein fester Posten im Haushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik.

Die offizielle Politik im Westen stellte sich erst allmählich auf die neuen Gegebenheiten ein. Die Passierschein-, Reise- und Straßenverkehrsabkommen waren wichtige Stationen bei der allmählichen Aufweichung des brutalen Grenzregimes der DDR.

Das Aufrechterhalten der menschlichen Kontakte, besonders durch die beiden großen Kirchen mit Leben gefüllt, die in zähem politischen Kampf allmählich verbesserten Reisemöglichkeiten auch für DDR-Bürger und die Veränderungen im europäischen Kräftefeld gehören zu den wesentlichen Voraussetzungen der Wende des Jahres 1989. Trotz aller militärischen, ideologischen und wirtschaftlichen Sperrmaßnahmen konnte es das SED-Regime nicht verhindern, daß die Menschen in Deutschland wieder zueinanderkamen. Man wußte sogar noch voneinander.

Durch die Medien gab es so etwas wie eine gemeinsame öffentliche Meinung zu beiden Seiten der Grenze in Deutschland. Die politischen Entwicklungen in der DDR nach dem Fall der Mauer spiegeln das deutlich wider. Über die politische Zukunft Deutschlands wurde sehr bald nur noch im Rahmen

jener Alternativen gedacht und entschieden, die im Westen unserer Heimat vorgebildet waren. Andere Lösungsmöglichkeiten hatten bald keine wirkliche Chance mehr.

Die Veränderung der internationalen Rahmenbedingung der Deutschlandpolitik, insbesondere der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Osteuropa, verstärkten aber auch außerhalb unseres Landes die Einsicht, daß nur die Wiedervereinigung Deutschlands die vorhandenen Probleme lösen könnte.

Heute, wo manche der ersten Träume bereits ausgeträumt sind, erkennen wir, daß die internationale Verantwortung Deutschlands gewachsen ist. Der Zerfall der politischen Blöcke in Europa hat uns endgültig die Möglichkeit genommen, hinter dem breiten Rücken der Siegermächte von einst in politische Deckung zu gehen. Wir dürfen wieder selbständig entscheiden, nein, wir müssen wieder selbständig entscheiden. Wir sind heute auch wieder voll dafür verantwortlich, daß der Frieden in Europa und in der Welt erhalten bleibt.

Um dies immer so gut wie möglich tun zu können, ist es wichtig und notwendig – notwendig –, sich mit unserer Geschichte immer wieder zu befassen. Auch dem soll unsere heutige Sitzung dienen.

Ich bitte jetzt Frau Dr. Wilms, hier die Gesprächsleitung zu übernehmen und den nachfolgenden Historikern die Möglichkeit zu geben, uns ihr Wissen kundzutun.

(Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zu Beginn unserer Anhörung, zu Beginn der Vorträge und der Diskussion einige Anmerkungen zur deutschlandpolitischen Bedeutung der Berlin-Politik der Jahrzehnte zwischen 1945 und 1990.

Berlin, die zwischen West und Ost und zwischen Freiheit und Unfreiheit geteilte deutsche Hauptstadt, war das unübersehbare Symbol für die Teilung Deutschlands, aber ebenso auch für seine Einheit. Nirgendwo war die deutsche Teilung sichtbarer, und nirgendwo zeigte sie sich brutaler als in dieser Stadt, die im Jahre 1961 dann noch durch die unsägliche Mauer zerteilt wurde.

Aber auch nirgendwoanders als hier in Berlin wurde die Unnatürlichkeit der deutschen Teilung sichtbarer. Wer auf diese Stadt blickte, spürte, daß dieser Zustand nicht dauerhaft, nicht auf alle Zukunft so bleiben konnte.

Meine Damen und Herren, ich selber habe viele hochrangige ausländische Besucher in diesem Hause, im Deutschen Reichstag, geführt und ihnen von einem der Fenster aus die Mauer gezeigt. Niemand ging unbeeindruckt nach Hause. Es gab niemanden, der sagte: Dies muß oder wird ein Dauerzustand sein.

Überall in der Welt galt Berlin als Symbol für die ungelöste deutsche Frage.

Ich denke, man verstand auch die Bedeutung jenes Wortes, das da lautete: Die deutsche Frage ist offen, solange das Brandenburger Tor zu ist.

Aber Berlin war auch noch mehr. Berlin war auch ein Symbol des Freiheitswillens. Der Westteil der Stadt lag äußerst gefährdet als Insel inmitten des kommunistischen Machtbereichs. Jedoch ließen sich die Menschen weder durch die kommunistische Blockade 1948/49 noch durch die von Chruschtschow angezettelte Berlin-Krise der Jahre 1958 bis 1961/62 einschüchtern. Sie blieben unbeirrt auf dem Kurs von Freiheit und Demokratie. So erwarb sich der Westteil dieser Stadt in aller Welt den Ruf eines Leuchtturms der Freiheit.

Aber auch im Ostteil Berlins – das wissen wir heute besser als in den Jahren zuvor – haben die Menschen ihren Willen zur Freiheit und zur Einheit auf dramatische Weise unter Beweis gestellt. Ich erinnere hier noch einmal an den 17. Juni 1953. Wie wir heute wissen, war der damalige Aufstand nicht nur ein Lohnstreit, sondern ein echter Aufstand in Berlin und vielen anderen Orten der DDR für Freiheit und auch für Einheit.

Immer wieder ließen in Ost-Berlin Menschen Proteste laut werden. Dies verstärkte sich in den 80er Jahren. Wir beschäftigen uns auch damit. Diese Proteste brachten vielen Menschen im Ostteil dieser Stadt Gefängnis oder Ausweisung ein.

Als sich dann die große historische Chance am 9. November 1989 bot, brach der Freiheitswille der Menschen in Ost-Berlin endgültig eine Bresche in die Mauer, und der Weg zur Einheit Deutschlands in Freiheit wurde beschritten.

Meine Damen und Herren, daß die historische Entwicklung so laufen konnte, lag nicht zuletzt an dem Fortbestand des freien West-Berlin. Es lag an der Bereitschaft der westlichen Alliierten, für die Freiheit der Menschen in ihrem Schutzbereich einzustehen und ihre eigenen Interessen zu vertreten. Ohne das Engagement der drei westlichen Schutzmächte – dabei ragten die USA heraus – hätte West-Berlin nicht überleben können.

Diese Solidarität der Schutzmächte hat sich bis hin zur deutschen Wiedervereinigung bewährt.

Grundlage dieses westalliierten Engagements zugunsten Berlins war der Viermächtestatus der deutschen Hauptstadt. Dieser Status war vielen Anfeindungen ausgesetzt, nicht nur von seiten der Sowjetunion und der DDR-Regierung, sondern auch im Westen Deutschlands – einschließlich West-Berlins. Es gab manche Politiker, die diesen Viermächtestatus als „Formelkram“ betrachten wollten und sich aus sogenannten realpolitischen Gründen gern darüber hinweggesetzt hätten.

Es ist wahr – dies kann ich aus eigenem Erleben bestätigen –: Dieser Status war eine nicht nur rechtlich sehr komplizierte und schwierige Angelegenheit. Offizielle innerdeutsche – einschließlich innerberliner – Begegnungen mußten

immer einem ganz bestimmten Protokoll folgen. Verträge konnten jahrelang nicht unterzeichnet werden, weil man sich über die sogenannte Berlin-Klausel nicht einig wurde.

Ich denke, gerade an Berlin zeigte sich wie kaum an einem anderen Punkt, daß die beiden Staaten in Deutschland eben nicht ihre volle Souveränität besaßen.

Aber dennoch – dies möchte ich hier betonen – haben alle Bundesregierungen den Berlin-Status nicht nur strikt beachtet, sondern ihn auch sehr gehütet. Denn Berlin war auch der Schlüssel für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und für die der alliierten Schutzmächte.

Wie Sie wissen, beruhte dieser Status auf den originären Siegerrechten der Alliierten. Er war ein wesentlicher Teil ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten für Berlin wie auch für Deutschland als Ganzes und damit ein Kernelement der Rechtslage Deutschlands, einer Rechtslage, die trotz Existenz von zwei deutschen Staaten von einem Gesamtdeutschland ausging. Insofern wirkte der Berlin-Status wie eine Klammer, die das geteilte Deutschland zusammenhielt. Er untermauerte das Recht auf die Einheit Deutschlands. Erst der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom September 1990 hat diesen Status von Berlin abgelöst und Deutschland seine Einheit und seine volle Souveränität zurückgegeben.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist für uns in der Enquete-Kommission ganz selbstverständlich, zu dieser Berlin-Problematik im Kontext der Deutschlandpolitik eine Anhörung durchzuführen, um auch damit noch einmal zu unterstreichen, welche Bedeutung Berlin und die Berlin-Frage für Deutschland, aber auch für die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und damit auch für Europa und für die Verbindungen Europas zu den Vereinigten Staaten von Amerika hatte.

Meine Damen und Herren, wir haben uns in einer vorbereitenden Gruppe für diese Veranstaltung heute morgen darauf geeinigt, daß wir zunächst zwei Referate hören. Zuerst hören wir das Referat „Das Berlin-Problem 1945 bis 1989 – die Berlin-Krise 1958 bis 1961“ von Professor Dr. Mahncke. Er wird etwa eine halbe Stunde sprechen. Danach wird Herr Dr. Stefan Wolle zu uns sprechen, und zwar etwa 15 Minuten. Es folgen vorbereitete Statements der Herren Professoren Dr. Soell und Dr. Wilke sowie von Herrn Dr. Mitter von je zehn Minuten.

Ich bitte jetzt die Kolleginnen und Kollegen der Enquete-Kommission um Verständnis. Wir haben nämlich gemeint, daß es sinnvoll sei, danach nicht mit einer sehr spontanen Fragerunde zu beginnen, sondern wir sollten dann erst eine oder zwei normale Fragerunden einschieben, wobei zwei Kollegen der Unionsfraktion, zwei Kollegen der SPD und jeweils ein Kollege der F.D.P., des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS das Wort nehmen können. In dieser Diskussion sollten die einzelnen Beiträge nicht länger als fünf Minuten dauern. In diesen Beiträgen können vertiefend Fragen gestellt

oder Ergänzungen abgegeben werden. Erst danach sollten wir in eine spontane Fragerunde eintreten.

Ich darf jetzt zunächst Herrn Professor Dr. Dieter Mahncke bitten, von hier vorne sein Referat zu halten. Professor Dr. Mahncke ist ein alter Berlin-Kenner; „alt“ meine ich nicht vom Alter, sondern vom Fachlichen her gesehen. Er hat sich durch viele Artikel und Schriften zum Thema Berlin ausgezeichnet. Er ist jetzt stellvertretender Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung.

Prof. Dr. Dieter Mahncke: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Abgesehen davon, daß ich ein „alter Berlin-Kenner“ bin, muß ich natürlich erwähnen, daß meine Mutter Berlinerin ist, so daß ich sogar genetisch belastet bin.

Meine Damen und Herren, da Ihnen ein umfangreiches Gutachten zu meinem Thema, außerdem eine Zusammenfassung in Thesenform vorliegt (s. Seite 1766 ff.), hoffe ich, der Bitte entsprechen zu können, mich kurzzufassen.

Thematisch gehe ich in etwa so vor, wie es in meinen Thesen enthalten ist. Ich fange also mit dem Rechtsstatus an und komme dann zu der Integration der Stadtfragmente usw.

Zum Rechtsstatus. Im November 1958, mit Beginn der zweiten Berlin-Krise, kündigte die Sowjetunion mit ihren Noten die sogenannten Londoner Protokolle, die im September und November 1944 in London abgefaßt wurden, und zwar auf Grund einer Initiative des damaligen britischen Außenministers Anthony Eden auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1943. Ich erwähne das nur, weil es ganz interessant ist, zu welchem frühem Zeitpunkt die Alliierten schon mit der Niederlage Deutschlands rechneten.

Die Sowjetunion kündigte diese Protokolle und erklärte, damit sei die Rechtsgrundlage für die Präsenz der Westmächte entfallen.

Wie Sie wissen, sahen die Londoner Protokolle die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen vor. Ebenfalls wurde ein besonderes Berliner Gebiet vorgesehen, das in Sektoren eingeteilt wurde. Ferner wurden die Berliner Kommandantur und der Alliierte Kontrollrat vorgesehen.

Der wesentliche, hier zu nennende Aspekt – der vielfach nicht gesehen wird – ist, daß die Londoner Protokolle *nicht* die entscheidende Rechtsgrundlage für die Situation in Berlin waren. Die entscheidende Rechtsgrundlage war das Besatzungsrecht, das ein Rechtsverhältnis zwischen dem Besetzer und der besetzten Bevölkerung geschaffen hatte. Es war ein originäres Recht, d. h. es beruhte allein auf dem Faktum der Besetzung und auf einem bestehenden Kriegszustand. Das war zugleich eine der Schwächen dieser Rechtsposition: Denn wie lange konnte man diesen Kriegszustand als weiterhin bestehend betrachten?

Aber die Alliierten waren nicht von irgendeinem Abkommen abhängig –

das ist entscheidend –, auch nicht von dem Londoner Protokoll. Sie waren ebenfalls nicht abhängig von der Frage – das war die westliche Auffassung –, wer das Gebiet zuerst besetzt hatte. Hier gab es die sowjetische Argumentation, die Sowjetunion habe Berlin zuerst besetzt und habe das Besatzungsrecht sozusagen als Konzession den Westmächten gegeben. All dies war nach westlicher Auffassung nicht der Fall. Die Londoner Protokolle, die zeitlich vor der Besetzung liegen, setzten die Besetzung voraus. Ohne Besetzung Berlins wären die Londoner Protokolle gegenstandslos gewesen. Auch das zeigt, daß das Besatzungsrecht das Entscheidende war. Dieses war es auch, worauf sich der Westen während der zweiten Berlin-Krise ebenso wie davor und danach immer wieder berufen hat.

Die erste Schlußfolgerung ist somit: Ganz Berlin wurde ein getrenntes Besatzungsgebiet. Das läßt sich auch an den Karten nachweisen, die anlässlich der Unterzeichnung der Londoner Protokolle mit paraphiert wurden. Berlin war also ein getrenntes Gebiet. Es war niemals Teil der sowjetischen Besatzungszone, infolgedessen auch nicht Teil der späteren DDR. (Während der zweiten Berlin-Krise wurde in den Noten von November 1958 auch gesagt, daß Berlin auf dem Territorium im Hoheitsgebiet der DDR liege.)

Die zweite Schlußfolgerung, die Tatsache, daß die Besatzungsrechte originäre Rechte waren, bedeutete, daß jeder zwar für sich Besatzungsrechte aufgeben konnte, aber er konnte nicht die Besatzungsrechte der anderen berühren. Das heißt, Besatzungsrechte konnten nur gemeinsam, wie es dann 1990 auch geschehen ist, verändert werden.

Die dritte Schlußfolgerung besteht darin, daß diese Position von seiten der Westmächte konsequent, konstant – auch gegenüber gelegentlichen „Nageversuchen“ – seitens der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und schließlich bestätigt wurde. Das war tendenziell schon 1971 so, und zwar trotz der Differenzen, die es damals hinsichtlich der Rechtsposition gab, und dann natürlich 1990.

Ich finde, das festzustellen ist wichtig, und zwar nicht etwa aus einem Gefühl heraus, wir hätten Recht gehabt, sondern einfach um gelegentlich daran zu erinnern, daß das Anpassungsvermögen zwar eine politische Tugend ist, daß aber gelegentlich auch Beharrungsvermögen dazugehört.

Trotz der Tatsache der Besetzung wurden im Laufe der Zeit beide Stadtfragmente weitgehend in ihre jeweiligen Teilstaaten integriert. Dabei hat es einen wichtigen Unterschied und eine wichtige Gemeinsamkeit gegeben. Der Unterschied war, daß die Sowjetunion der DDR erlaubte, die Eingliederung auch formal vorzunehmen. Ost-Berlin durfte sich „Hauptstadt der DDR“ nennen. Dabei fand ich es immer amüsant, daß das fast zu einem Wort wurde. Man sprach sozusagen von „Berlin-Hauptstadt der DDR“ in einem Wort. Das zeigte die wirkliche Unsicherheit an.

Aber es durften zunehmend auch die Residuen des Viermächtestatus abgebaut

werden. Im Jahr 1979 betraf das z. B. das Verordnungsblatt, das immer noch DDR-Gesetze für Berlin getrennt ankündigte. Zu nennen ist auch die Direktwahl der Abgeordneten, die 1981 kam. Auch der Rückzug der sowjetischen Truppen und die Ernennung eines Stadtkommandanten der DDR in Ost-Berlin gehörten dazu.

Interessant ist der Vergleich mit West-Berlin bezüglich der Wehrpflicht. Man erinnert sich sicher, daß eine Art, der Wehrpflicht in der Bundesrepublik zu entgehen, in der Übersiedlung nach West-Berlin bestand. Solches war in Ost-Berlin nicht möglich.

Die Westmächte betonten diesen Rechtsstatus. Sie wollten sich keine Blöße in einer geographisch prekären Lage geben. Sie wollten den Rechtsstatus, auf dem ihre Position beruhte, auf jeden Fall aufrechterhalten. Und sie wollten auch keinen Vorwand für eine Infragestellung dieses Rechtsstatus liefern. All dies wurde der Bundesrepublik Deutschland gegenüber stärker betont. Hier wurden Residuen aufrechterhalten. Sie erinnern sich an die Wahl der Berliner Abgeordneten, an die Mantelgesetze usw. Ganz deutlich ist, daß die Bundesrepublik Deutschland dies in der Anfangszeit nach dem Kriege auch akzeptiert und auch so gesehen hatte.

In den 50er Jahren gab es dann eine gewisse Entwicklung, die dies gelegentlich in Frage stellte. Ich skizziere das hier nur ganz kurz. Wir hatten bei dem Scheitern der Genfer Konferenz 1955 das Gefühl, die Teilung verfestige sich. Vor allem in Westdeutschland und überhaupt im Westen hatte man das Gefühl, man müsse etwas tun, um hier ein Zeichen zu setzen.

Als eine Folge gab es 1957 den berühmten Vorstoß des damaligen Hamburger CDU-Abgeordneten Bucerius, in dem er forderte, den Regierungssitz nach Berlin zu verlegen. Das ist von der Bundesregierung, auch von Adenauer, wegen der fehlenden Souveränität in Berlin abgelehnt worden. Aber als Ergebnis kam eine Entscheidung zustande – ich glaube, das war Februar 1957 –, wonach Berlin sukzessive auf die Hauptstadtfunktion vorbereitet werden sollte. Damit begann der intensiverte Aufbau einer Bundespräsenz in Berlin. Ich erinnere an den zweiten Sitz des Bundespräsidenten und anderes mehr.

Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1957, in dem erklärt wurde: Berlin sei ein Land der Bundesrepublik Deutschland, gehört in diese Zeit.

Ich selber habe stets argumentiert, daß dieses Urteil rechtlich unzutreffend war. Es war aber in der politischen Situation verständlich. Es sollte sozusagen ein Zeichen setzen und eine Perspektive geben.

Man sollte dies im Auge behalten, wenn man die zweite Berlin-Krise betrachtet. Denn man kann natürlich sagen: Von sowjetischer und von der DDR-Seite war das Gefühl vorhanden, man müsse dieser Bewegung etwas

entgegengesetzen oder ihr Einhalt gebieten. Es ist durchaus möglich, daß dies insgesamt in der politischen Landschaft während der zweiten Berlinkrise eine Rolle gespielt hat.

Ich streife ganz kurz eine Gemeinsamkeit. In beiden Teilen Berlins behielten – trotz der Unterschiede – die Besatzungsmächte das letzte Wort. Darauf wurde von seiten der Westmächte bzw. der USA auch großer Wert gelegt. Denn sie hatten hier ein hohes Engagement in einer geographisch prekären Lage. Deswegen legten sie Wert darauf, tatsächlich das letzte Wort zu haben, was übrigens auch in innenpolitischer Hinsicht in den Vereinigten Staaten eine Rolle spielte. Man mußte innenpolitisch dieses als gefährlich betrachtete und gelegentlich auch tatsächlich gefährliche Engagement begründen. Dazu war es wichtig, einmal die Rechtsgrundlage und zum anderen die Kontrolle im Auge zu haben.

Ich komme zur Politik von Sowjetunion und DDR. Vor allen Dingen in der amerikanischen Literatur ist viel darüber diskutiert worden, ob Berlin nun eher ein Hebel oder ein „prize“, also eine angestrebte „Beute“, gewesen sei. Sicherlich ist es zu unterschiedlichen Zeiten von beidem etwas gewesen. Es war aber vor allen Dingen stets ein Störfaktor, ein Element der Destabilisierung der DDR. Das stand im Vordergrund. Es war das Symbol der unvollendeten Teilung. Es war bis zum Bau der Mauer 1961 das Schaufenster, aber auch danach doch noch eine Alternative. Und es war bis 1961 natürlich auch der Fluchtweg.

Welches waren nun die Ziele? Das erste Ziel war ein Hinausdrängen der Westmächte. In der Blockade und auch in der zweiten Berlin-Krise war das ganz deutlich zu erkennen. Später hat sich das dann verändert; da spielte es nur noch indirekt eine Rolle.

Man bemühte sich zumindest um eine Neutralisierung dieses „Destabilisationselements“. Das heißt, es kam in der zweiten Berlin-Krise zu einem Übergang von der geforderten „freien“ Stadt zu Bemühungen um eine Eliminierung der „westlichen Wühltätigkeit“ (auch dies wurde ja als Argument verwendet).

Als es schließlich gar nicht mehr anders ging, kam es zum Bau der Mauer. Das war ein Ereignis, das aus der Sicht der SED zunächst uneingeschränkt erfolgreich war. Es hat den Flüchtlingsstrom, der gewaltig angewachsen war – zuletzt kamen pro Tag über 2000 Menschen –, gestoppt.

Es hat aber auch eine gewisse Stabilisierung stattgefunden. Ein wirtschaftlicher Aufschwung war zu verzeichnen. Und es stellte sich auch eine Veränderung in der Bevölkerung ein; zum Teil war es Resignation, vielleicht ein Sich-abfinden, jedenfalls ein Sich-einrichten. Chruschtschow beschreibt in seinen Erinnerungen recht gut, wie Ulbricht ihm erklärt habe, daß dies doch alles sehr wirkungsvoll gewesen sei.

Ich nenne ein drittes Ziel: die Einverleibung. Es wurden verschiedene Wege

überlegt, wie man Gesamt-Berlin in die DDR einverleiben könnte. Das zeigen verschiedene Dokumente, die ich auch in meinem Gutachten zitiere, etwa ein Brief Chruschtschows an Ulbricht, in dem auf einen zu machenden gemeinsamen Plan hingewiesen wird. (Gewiß war es auch als Trost nach dem Bau der Mauer gedacht. Es gab keinen Friedensvertrag, obwohl er der DDR versprochen worden war.)

Ich finde das Argument nicht überzeugend, Sowjetunion und DDR hätten Berlin benutzt, um eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr zu verhindern, oder das Argument, man habe eine Aggression erwartet. (Ich nenne hier Adam Ulam, Hope M. Harrison, Jack M. Schick, die sich in diesem Sinne geäußert haben.) Ich habe bei meinen eigenen Recherchen in den Unterlagen des nationalen Verteidigungsrats dafür keine Begründung gefunden. Richtig ist, daß diese Argumente wiederholt in öffentlichen Äußerungen benutzt wurden, aber in den internen Diskussionen spielten sie überhaupt keine Rolle, auch nicht in den Verhandlungen, weder bei Chruschtschow und Kennedy in Wien noch bei anderen Gelegenheiten. Es ist nie gesagt worden: Das Entscheidende für uns ist, daß ihr die – angebliche – Bewaffnung der Bundeswehr mit Nuklearwaffen unterbrecht.

Es hat auch eine intensive Debatte über den Spielraum zwischen Sowjetunion und DDR gegeben. Dazu hat etwa Hope Harrison in einer auf Recherchen in Moskauer und SED-Archiven basierenden Studie die These vertreten, daß es relativ viel Spielraum der DDR, insbesondere Ulbrichts, gegenüber der Sowjetunion gegeben habe. Ich finde die Argumentation von Harrison wie auch die Dokumente, die sie zitiert, nicht überzeugend. Auch bei meinen eigenen Recherchen habe ich nichts gefunden, was dies stützen könnte.

Es ist gewiß richtig, daß die DDR, daß Ulbricht gedrängt hat. Das aktuelle Problem in Berlin, die Destabilisierung, hat er stärker empfunden und gespürt. Aber das letzte Wort hatte immer die Sowjetunion. Ferner sollte man erkennen, daß letztlich beide dasselbe Ziel hatten, nämlich die Stabilisierung der DDR, die Stabilisierung des westlichen Vorpostens der Sowjetunion. Wenn es aber keine signifikanten Differenzen gibt, dann ist es sehr schwierig, das relative Gewicht und den relativen Einfluß beider Seiten zu ermessen.

Meiner Meinung nach hat Ulbricht also eine drängende Rolle gespielt. Es war auch eine fordernde Rolle. Aber er hat weniger Spielraum gehabt, als manche meinen. Er hat auf jeden Fall Chruschtschow zu nichts gezwungen, von dem dieser nicht überzeugt war.

Ich will hier ein prägnantes Beispiel für das Machtverhältnis nennen. Anlässlich der Sperrung der Autobahn durch Manöver im Jahr 1965, als der Bundestag in Berlin zusammentrat, schrieb der damalige Verteidigungsminister der souveränen DDR, Armeegeneral Hoffmann, an Erich Honecker einen Brief, in dem es sinngemäß hieß: Hiermit, werter Genosse, teile ich Dir mit, daß mir der Genosse Marschall der Sowjetunion Gretschnko folgendes bezüglich der

Sperrung der Autobahnen nach Berlin befohlen hat... Davon war ich frappiert. Es hieß wirklich: „befohlen hat“. Und dann sagte er genau, was die NVA während dieser Ereignisse alles zu tun habe. Dabei ging aus den Dokumenten auch ganz deutlich hervor, worauf es ankam: Behinderung des Zugangs auf den Autobahnen.

Ein kurzes Wort zur Mauer. Die Unterlagen des Ministeriums für Nationale Verteidigung zeigen ohne Zweifel, daß es um Flüchtlinge ging, daß es nicht primär um „Wühl­tätigkeit des Westens“ und all diese Dinge ging, die öffentlich genannt wurden, es sei denn, „Wühl­tätigkeit“ wäre ein anderes Wort für Abwerbung. Aber in den internen Gesprächen wird viel klarer und direkter gesprochen. Da war ganz klar: Es ging nur um Flüchtlinge, die von Osten nach Westen gingen.

Ich möchte aus einem Dokument etwas vorlesen, das mich beeindruckt hat und für mich so nahe an einen Schießbefehl herankommt, wie man ihn sich vorstellen könnte; ich weiß nicht, was unsere Staatsanwaltschaften da noch suchen. Im Benutzerverzeichnis habe ich gesehen, daß in demselben Archiv auch die Staatsanwaltschaft Berlin gewesen ist.

(Abg. Prof Dr. Soell (SPD): In Kompaniestärke!)

– Ja, in Kompaniestärke.

Lassen Sie mich hier zwei Zitate bringen. Am 22. August 1961 wurde folgendes beschlossen – ich zitiere –:

„... daß durch Gruppen, Züge oder Kompanien schriftliche Erklärungen abgegeben werden, die beinhalten, daß sie voll verstanden haben, um was es geht, und daß jeder, der die Gesetze unserer Deutschen Demokratischen Republik verletzt, auch – wenn erforderlich – durch Anwendung der Waffe zur Ordnung gerufen wird.“

Noch deutlicher wird es dann ein Jahr später in einer Sitzung des Nationalen Verteidigungsrats vom 14. September 1962, in der festgestellt wurde, daß es immer noch zu durchschnittlich einem „Grenzdurchbruch“ pro Tag komme. Dann heißt es zur Ursache dafür:

„Die politisch-ideologische Erziehungsarbeit mit den Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren ist noch nicht wirksam genug. Deshalb wurde noch nicht in jedem Fall erreicht, daß alle Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere erkennen, daß sie auf ihrem Posten in vollem Umfang für die Gewährleistung der Unantastbarkeit der Staatsgrenze in ihrem Abschnitt verantwortlich sind und Grenzverletzer in jedem Fall als Gegner gestellt, wenn notwendig, vernichtet werden müssen.“

Für mich ist das absolut klar.

Interessant ist, daß sich sehr viele Sitzungen des Nationalen Verteidigungsrats auch nach dem Bau der Mauer vor allen Dingen mit der Frage befassen, wie die Grenze weiter zu sichern war. So ist ein wiederholtes Thema, wie ein

freies Schußfeld zu gewährleisten war. Es ist interessant, womit die sich alles befaßt haben. Gelegentlich spielt da hohes Gras eine Rolle. Es wird gesagt, hohes Gras müsse gekürzt oder abgeschnitten werden, damit man ein freies Schußfeld habe.

Zur Politik des Westens nur einige Worte. Ich glaube, der Westen hatte zwei Ziele. Das eine war die Lebensfähigkeit West-Berlins. Dazu gehörten der Zugang und die westliche Präsenz. Zusammen sind das die drei Essentials, die während der zweiten Berlin-Krise – ich glaube, ursprünglich von Dean Acheson – genannt bzw. entwickelt wurden und die dann auch von Kennedy und dem NATO-Rat aufgegriffen wurden.

Es ging um Lebensfähigkeit, um Zugang und um westliche Präsenz. Dazu gehörte die gewissenhafte Beachtung des Viermächtestatus. Wie schon gesagt, spielte dies auch innenpolitisch eine Rolle bei den Westmächten. (Es ist allerdings etwas bedrückend, dazu Macmillan zu lesen, der für diese Dinge als einer der Vertreter der drei Westmächte während der Berlin-Krise wenig Verständnis hatte.)

Das zweite Interesse bestand darin, es möglichst nicht zu einer großen Krise in Berlin kommen zu lassen. Das war besonders deutlich bei Macmillan erkennbar. Er war im Grunde bereit, Berlin während der zweiten Berlin-Krise mehr oder weniger aufzugeben. De Gaulle hingegen hat, wie wir wissen, eine sehr starke, sehr harte Position vertreten. Allerdings gibt es Hinweise, er habe das deswegen getan, weil er hinterher im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft einiges einfordern wollte, was er dann auch getan hat.

In den Vereinigten Staaten hat es – wie so häufig – mehrere Denkschulen gegeben. Die eine gruppierte sich um Dean Acheson, den Kennedy gerufen hatte, um zur Berlin-Thematik ein Gutachten zu verfassen. Acheson hatte eine sehr harte Haltung. Er war der Auffassung: Es geht um die Glaubwürdigkeit des Westens; Chruschtschow wird erst dann nachgeben, wenn er erkennt, daß er hier einen nuklearen Krieg riskiert.

Das war die eine Denkschule. Sie hat Verhandlungen nicht ausgeschlossen, im Gegenteil, sie hat Verhandlungen sogar befürwortet. Aber es hieß: Erst wenn wir unsere Entschlossenheit, Berlin zu halten, ganz klargemacht haben, werden solche Verhandlungen sinnvoll.

Die andere Denkschule gruppierte sich um Adlai Stevenson, den mehrfach gescheiterten Präsidentschaftskandidaten, der dann amerikanischer Botschafter bei der UNO war, der vornehmlich Verhandlungen befürwortete, wie es auch die Gruppe um ihn herum tat.

Berlin war ein Symbol westlichen Engagements und westlicher Glaubwürdigkeit. In dieser Hinsicht kam es, wie wir alle wissen, nach dem Bau der Mauer zu einer gewissen Krise, weil sowohl in Berlin als auch in Deutschland

insgesamt das Gefühl bestand, daß der Westen hier etwas hätte unternehmen müssen, um die Mauer zu verhindern.

Dazu kann man Verschiedenes sagen. Einmal ist auffällig, daß die westlichen Verpflichtungen, während sie sich anfänglich immer recht ungenau auf „Berlin“ bezogen, im Laufe der Jahre und dann insbesondere vor der Berlin-Krise 1958 sowie während der Berlin-Krise ganz präzise auf West-Berlin beschränkt wurden, d. h. die drei Essentials galten für West-Berlin, nicht für das ganze Berlin.

Zweitens galt es darüber hinaus, alle westlichen Rechte, d. h. auch dort, wo sie sich auf ganz Berlin bezogen, zu wahren; ich nenne etwa die Freizügigkeit westlichen Militärpersonals mit der Krise am Checkpoint Charly im Oktober 1969. Das heißt, geschützt waren die drei Essentials für West-Berlin und die westlichen Rechte in ganz Berlin. Die Westmächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, waren bereit, dafür einen Krieg zu riskieren; das ist mehrfach gesagt worden, sowohl öffentlich als auch intern. Sie waren aber nicht bereit, einen Krieg für die Freizügigkeit in ganz Berlin zu riskieren.

Kurt Birrenbach schreibt in seinen Erinnerungen, daß in Amerika die Kritik in Deutschland gegenüber der Untätigkeit des Westens nicht richtig verstanden wurde. Denn man setzte sich doch für West-Berlin ein und war für West-Berlin sogar bereit, einen Nuklearkrieg zu riskieren. Außerdem muß man sagen, daß die Bundesregierung zwar eine sehr harte Haltung forderte, aber selber im militärischen Bereich äußerst zurückhaltend war. Nach dem Bau der Mauer ist dann einiges gefordert worden. Die Amerikaner hatten – ich erinnere an die Juli-Rede 1961 von Kennedy – weitere Verteidigungsvorbereitungen getroffen. Reservisten und Nationalgardeeinheiten wurden einberufen. Der Verteidigungshaushalt sollte um über 3 Milliarden DM erhöht werden. Zu diesem Zeitpunkt verlangten die Westalliierten von uns, daß wir die Wehrpflichtigen in der Bundesrepublik Deutschland nicht entlassen. Die Bundesregierung hat dem nicht entsprochen. Sie hat zwar Härte verlangt, aber wenn es darauf ankam, war sie auch recht zurückhaltend. So wurden lediglich einige Zeitsoldaten nicht entlassen.

Es kommt noch ein Punkt hinzu. Es ist immer gesagt worden, wenn der Westen etwas gemacht hätte, hätten die DDR und die Sowjetunion die Mauer hundert Meter weiter zurückversetzt bzw. entsprechend weiter hinten gebaut. Dazu muß man feststellen, daß die Mauer teilweise schon ziemlich weit auf Ost-Berliner Gebiet lag. Wenn man sich anhand der Karte den Verlauf der Mauer anguckt, erkennt man, daß beim Bau der Mauer 1961 darauf geachtet wurde, daß man damit deutlich auf Ost-Berliner Gebiet liegt.

Es hat 1965 oder 1966 einen Antrag des Verteidigungsministers gegeben, die Mauer zu begradigen und sie näher an die tatsächliche Grenze zu verlegen. Honecker hat das damals als nicht zweckmäßig abgelehnt.

Ich komme zum letzten Punkt, zu den Folgen.

Erstens: Die Mauer beendete die Krise. Es gab keinen direkten Bezug zu Kuba. Die Sowjetunion hat weder versucht, die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba zu nutzen, um Druck auf Berlin auszuüben, noch hat sie die Konzession, die Raketen zurückzuziehen, dazu genutzt, um in Berlin irgend etwas zu verlangen.

In Chruschtschows Erinnerungen kommt im Zusammenhang mit Kuba das Wort „Berlin“ kein einziges Mal vor.

Zweitens: 1964 erhielt die DDR einen Ersatzfriedensvertrag, in dem erklärt wurde, die Sowjetunion und die DDR betrachteten West-Berlin als selbständige politische Einheit, als ein besonderes politisches Gebilde. Das geschah vielleicht in der Hoffnung, daß sich dem nach und nach andere anschließen würden.

Danach gab es weiterhin Krisen, vor allem um die Bundespräsenz. Das ist die Änderung, die ich vorhin schon andeutete. Während in der Blockade und der zweiten Berlin-Krise die Westmächte direkt das Ziel des Druckes waren – Blockade mit Gewalt, dann mit diplomatischen Mitteln –, ließ man die Westmächte jetzt eigentlich außen vor und konzentrierte sich auf die Bundespräsenz. Die Hauptkrisen waren: 1965 Sitzung des Bundestages in Berlin, 1968 Einführung von Paß- und Visumzwang, 1969 Bundesversammlung mit Störungen vor allem auf den Zugangswegen. Das war für West-Berlin der verwundbarste Teil.

Dies verbesserte sich nach dem Vier-Mächte-Abkommen von 1971, in dem der Westen einige generelle Konzessionen in Richtung auf Akzeptierung des Status quo, Anerkennung der DDR und der Grenzen, in gewisser Weise eine faktische Akzeptierung der Zugehörigkeit Ost-Berlins zur DDR – das ist etwas, was ich kritisch gesehen habe, was, wie wir heute wissen, schließlich nicht so wichtig war – machte. Es waren allgemeine Konzessionen als Gegenleistungen für praktische Verbesserungen bezüglich West-Berlins, die, wie man feststellen muß, dann im wesentlichen auch eingehalten wurden.

Danach gab es keine großen Krisen mehr. Eine Politik der weiteren Trennung West-Berlins von der Bundesrepublik Deutschland wurde aber weiterhin verfolgt. Das betraf vor allem den außenpolitischen Bereich. In dem Viermächteabkommen von 1971 handelte es sich bei der außenpolitischen Vertretung West-Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland um eine „Kann-Formulierung“. Diese Kann-Formulierung wurde mit Ausnahme der Verträge, bei denen ein großes Interesse bestand – das waren die Wirtschaftsverträge –, immer zuungunsten West-Berlins ausgelegt. Es gab sehr viele Verträge, die lange auf Eis gelegen haben und wegen dieser Nichteinbeziehung Berlins nicht unterzeichnet werden konnten.

Die Situation im östlichen Sinne zu verändern blieb ein Ziel, das weiterhin bestand. Dazu gehört auch, den Viermächtestatus nach Möglichkeit irgendwie nur auf West-Berlin begrenzt zu definieren und Ost-Berlin natürlich weiterhin

zu integrieren. Aber es gab, wie gesagt, keine große Krise mehr. Die Sowjetunion hatte kein Interesse mehr daran, weil sich die Notwendigkeit, zum Westen Wirtschaftsbeziehungen anzuknüpfen und wirtschaftliche Hilfe vom Westen zu erhalten, immer mehr in den Vordergrund schob und weil die Sowjetunion ganz generell ein Interesse an Entspannungspolitik hatte. Das heißt, die Sowjetunion wollte sich selber als entspannungsfreundlich zeigen. Für die Sowjetunion war es z. B. während der Nachrüstungsdebatte Anfang der 80er Jahre relativ wichtig, daß sie sich entspannungsfreundlich zeigte. Aus all diesen Gründen bestand kein Interesse daran, es noch einmal zu einer großen Krise in Berlin kommen zu lassen. Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Herr Professor Mahncke, vielen Dank. Sie haben es verstanden, uns die Fülle des Materials so auszubreiten, daß Sie ein paar kritische, wichtige und auch historisch bedeutsame Punkte herausgegriffen haben. Das Manuskript, das Sie uns zur Verfügung gestellt haben, ist sehr umfangreich. Wir werden das alles im Detail nachlesen können.

Ich fand es sehr interessant, daß Sie deutlich gemacht haben, daß Sie selber Änderungen Ihrer Einschätzungen vorgenommen haben. Das finde ich gut, und das ist auch gerade für uns in der Enquete-Kommission sehr wichtig. Denn wir wollen ja aus den neuen Aktenfunden lernen, neue Erkenntnisse erfahren. Daher soll nicht nur das wiedergegeben werden, was über viele Jahrzehnte Allgemeingut gewesen ist.

Sie haben kritisch angemerkt, daß die Bundesregierung seinerzeit nicht militärisch eingegriffen hat und daß dies bei der Berlin-Krise auch die Alliierten nicht getan haben. Ich würde sagen: Gut, daß das nicht gemacht worden ist.

Sie haben allerdings nicht erwähnt – das darf ich hier erwähnen –, daß alle Bundesregierungen über die Jahrzehnte hinweg große finanzielle und wirtschaftliche Hilfen an West-Berlin gegeben haben und daß dies für West-Berlin – neben dem politischen und dem rechtlichen Status – die Lebensader gewesen ist. Das muß man hier noch einmal erwähnen. Vielleicht kommt es auch gleich in ergänzenden Bemerkungen noch zum Ausdruck.

Prof. Dr. Dieter Mahncke: Ich darf dazu noch ein Wort sagen. Ich habe keine kritische Anmerkung in dem Sinne gemacht, daß ich etwa kritisiert hätte, daß die Bundesregierung 1961 militärisch nichts getan habe. Ich habe nur gesagt: Es war zwar in der Bevölkerung sehr viel Kritik an den Amerikanern vorhanden. Aber die Amerikaner haben diese Kritik, wie Birrenbach in seinen Erinnerungen sagt, nicht so richtig verstanden, weil sie gesagt haben: Erstens engagieren wir uns doch für das, wofür wir uns verpflichtet haben; zweitens: was tut ihr denn? – Ich fand es schon richtig, wie sich die Bundesregierung verhalten hat, und auch für die Alliierten kam aus den in meinem Gutachten zitierten Gründen ein militärisches Eingreifen nicht in Frage. Weder Adenauer

noch Brandt, noch irgend jemand anderes hat damals gefordert, daß der Westen militärisch etwas unternehmen soll. Ich habe auch begründet, warum das so war.

Ich stimme Ihnen völlig zu, daß die Bundesregierung in all den Jahren ganz erhebliche Wirtschaftsleistungen erbracht hat, die für Berlin ganz wichtig waren.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Noch einmal vielen Dank für die Betonung dieses Punktes.

Herr Professor Mahncke, Sie werden am Ende der Vormittagsveranstaltung noch einmal Gelegenheit haben, auf Anmerkungen oder Fragen der Kollegen einzugehen.

Ich möchte jetzt gern Herrn Dr. Stefan Wolle nach vorn bitten. Herr Dr. Wolle ist von der Humboldt-Universität. Wir haben ihn gebeten, heute morgen zu uns zu sprechen, weil er sozusagen von der anderen Seite des Eisernen Vorhangs bzw. der Mauer die Dinge beleuchten kann. Herr Wolle ist Bürger der ehemaligen „Hauptstadt der DDR“, wie es so schön hieß.

Er hat neuere Aktenfunde. Wir sind sehr gespannt, was Sie, Herr Wolle, von der anderen Seite der Mauer uns zu dem Thema zu berichten haben.

Dr. Stefan Wolle: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meinen Ausführungen nicht nur auf die andere Seite der Mauer begeben, sondern vor allem von den Höhen der großen Politik hinabsteigen in die Niederungen der Alltagsgeschichte und der Mentalitätsgeschichte. Das ist auch meine ausgewiesene Aufgabe für meinen Vortrag in diesem Kreis.

Regelrechte Forschungen zu dem Thema gibt es vorläufig nur sehr punktuell, beispielsweise über die Zeit im Vorfeld des 13. August 1961. Zu dieser Thematik ist eine Menge in dem Buch nachzulesen, das ich zusammen mit Armin Mitter geschrieben habe: „Untergang auf Raten“. In dem Buch wird die Krise von 1961 nicht als eine Berliner Angelegenheit begriffen, sondern als eine gesamtgesellschaftliche Krise der DDR und vor allem als eine Krise von unten, vom Bewußtsein der Menschen her.

Zur Gesamthematik gibt es, wie gesagt, noch keine übergreifende Forschung. Ich möchte mich deswegen auf einige sehr unakademische und unwissenschaftliche Bemerkungen beschränken.

In den 50er Jahren sangen die Schöneberger Sängerknaben:

„Pack die Badehose ein.

Nimm dein kleines Schwesterlin.

Und dann geht es raus zum Wannsee.“

Das Lied wurde zum systemübergreifenden Ohrwurm und offenbar auch im Osten so populär, daß man meinte, nicht darauf verzichten zu können.

Allerdings wurde „Wannsee“ durch „Strandbad“ ersetzt. Für alle Nichtberliner

mache ich hier die Anmerkung: Der Wannsee liegt im Westen unserer Stadt und war seit dem 13. August 1961 für Ost-Berliner und DDR-Bewohner unzugänglich. Die fröhlich geschmetterte Aufforderung „Und dann geht es raus zum Wannsee“ hätte leicht einen mißverständlichen Klang bekommen können.

Es wäre aber ein Irrtum, zu glauben, es hätte sich hier um den Übereifer eines untergeordneten Rundfunkredakteurs gehandelt. Auch im Osten wurde eine Berliner Pseudo-Folklore gepflegt. Zu ihren Ingredienzien gehörten beispielsweise Glaßbrenners Witzfiguren, Paul-Lincke-Melodien und eine Golden-Twenty-Nostalgie, was wenig mit dem zu tun hatte, was man in der achtbändigen Geschichte der Arbeiterklasse über diese Zeit nachlesen konnte. Wie das auch immer sei, der Eckensteher Nante oder die ach so populäre Blumenfrau hatten am Alexanderplatz oder in der Königstraße zu stehen, nicht am Tiergarten oder in der Hasenheide, schlimmstenfalls am Gendarmenmarkt, der in „Platz der Akademie“ umgetauft wurde.

Fast 30 Jahre lang – ich rede jetzt vor allen Dingen über die Zeit nach dem Mauerbau – sollte systematisch das Bewußtsein ausgelöscht werden, daß es jenseits der weißgestrichenen Betonmauern eine richtige Stadt mit richtigen Menschen gab, gar einen Teil Berlins mit echten Berlinern. Die Sperranlagen bestanden zu einem nicht unerheblichen Teil aus Sichtsperrn und sogar Hörsperren. Noch Mitte der 80er Jahre wurde mit viel Aufwand zwischen dem Ostbahnsteig auf dem S-Bahnhof Friedrichstraße und den beiden Westbahnsteigen eine gigantische schalldichte Stahlkonstruktion gefertigt, damit niemand mehr die Lautsprecheransagen hören konnte, etwa „nach Charlottenburg einsteigen, bitte“ oder „zurückbleiben!“ oder „S-Bahn in Richtung Bahnhof Zoo“. Wenn überall im Realsozialismus großer Materialmangel herrschte, für die Sperranlagen rund um Berlin war immer genug da.

West-Berlin wurde am liebsten einfach vergessen. Meyers Neues Lexikon vom Leipziger Bibliographischen Institut aus dem Jahr 1962 vermeldet: „Groß-Berlin, größte deutsche Stadt und Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik“. Erst in der weiteren Folge ist überhaupt von West-Berlin die Rede. Dabei wird entgegen den Regeln der deutschen Orthographie West-Berlin als *e i n* Wort zusammengeschrieben: „Westberlin“. Die Orthographie ist sonst immer so angewendet worden, daß man bei entsprechenden Bezeichnungen den Bindestrich verwendete, etwa Ost-London oder Ost-Wien. Aber West-Berlin wurde als geographische Bezeichnung in einem Wort ohne Bindestrich geschrieben, ganz offensichtlich in der Absicht, zu suggerieren, es handle sich hier um eine eigenständige Landschaftsbezeichnung analog zu Westfalen.

In der Ausgabe des Lexikons von 1978 wurde im Zeichen der Abgrenzungspolitik – wir erinnern uns an die Änderung der Verfassung der DDR 1973 – der Westteil der Stadt gewissermaßen vaporisiert. Unter dem Stichwort „Berlin“ heißt es: „Hauptstadt und politisches, ökonomisches und wissenschaftlichkul-

turelles Zentrum der DDR“. Dann folgen geographische und topographische Angaben, die sich aber ausschließlich auf den Ostteil der Stadt beziehen. Nicht einmal im Abschnitt „Geschichte“ ist auf die Existenz eines irgendwie gearteten Westteils verwiesen. Ein Meisterstück Orwellscher Neusprache! Wer dies nicht glaubt, mag es nachlesen.

Allerdings taucht unter „W“ dann „Westberlin“ als eigenes Stichwort auf, und zwar zwischen „Westbengalen“ und „Westböhmen“. „Westberlin“ ist dort als Stadt mit besonderem politischen Status definiert, die „inmitten der DDR“ liegt. Immerhin werden noch der Zoo und das Olympiastadion erwähnt. Dann wird relativ breit auf das sogenannte vierseitige Abkommen über West-Berlin eingegangen. Das Ganze ist mit einer Berliner Fahne verziert: Berliner Bär auf weißem Grund mit zwei roten Streifen. Auch hiermit soll der Eindruck suggeriert werden, es handle sich um einen eigenständigen Staat.

Das Bemühen der Obrigkeit um ein kollektives Vergessen spiegelt sich auch in den Kartenbildern wider. Während man im Westen an den Gesamtberliner Karten festhielt – auch hier handelt es sich um das Beharrungsvermögen, von dem wir eben hörten –, die bis heute jeden U-Bahnhof schmücken, gab es in Ost-Berlin schon bald nach dem Mauerbau Stadtpläne, die nur die Straßen des Ostsektors verzeichneten. Zunächst verschwanden die nicht mehr zugänglichen S- und U-Bahnlinien mitsamt den sogenannten Geisterbahnhöfen aus dem Kartenbild. Auf den Stadtplänen der 70er und 80er Jahre waren in West-Berlin Flußläufe, Wälder und Seen ohne Bezeichnung eingezeichnet, während das übrige Stadtgebiet einheitlich beige eingefärbt war. Ob sich dort eine Art Wüste oder ein riesiges Loch befand, ließ die Karte offen. Die Analogie zum Orwellschen Gedächtnisloch ist wohl nicht rein zufällig.

Zusätzlich waren all diese Karten künstlich verzerrt, um feindlichen Spionen, Fluchthelfern und potentiellen Flüchtlingen ihr finsternes Treiben zu erschweren.

Den Höhepunkt dieser Bemühungen bildeten die neuen S-Bahn-Übersichtspläne, die anlässlich des Berlin-Jubiläums im Jahr 1987 herausgebracht und in jedem S-Bahn-Waggon aufgehängt wurden. Das Westberliner S-Bahn-Netz – sagen wir vorsichtshalber: das Reichsbahnnetz – war nicht nur gänzlich verschwunden, sondern der gesamte Westteil der Stadt war im Kartenbild einfach weggelassen. Das Vakuum West-Berlin war gewissermaßen implodiert. Potsdam grenzte jetzt direkt an den Stadtbezirk Mitte. (Heiterkeit und Unruhe)

Das ist alles nachprüfbar. Wer es nicht glaubt, mag in die Bibliothek gehen und sich die entsprechende Karte holen. Es ist tatsächlich so.

Gleichzeitig bemühte man sich, den Viermächtestatus allmählich auszuhöhlen. Der Zentralflughafen Berlin-Schönefeld, der gerade wegen der alliierten Luft-hoheit außerhalb der Stadtgrenze angelegt worden war, erhielt beispielsweise eine Berliner Postleitzahl. So wurden auch neue Stadtbezirke gegründet, um

die Formulierung aus den Befehlen des alliierten Kontrollrats, die immer wiederkehrt, „Groß-Berlin und seine 20 Stadtbezirke“ wenigstens anzuknabbern und in ihrem Wirkungsbereich in Frage zu stellen.

Fast unbemerkt – ich habe es jedenfalls nirgends gelesen, daß man alliierterseits dagegen protestiert hätte – wurde ein Zipfelchen des Bezirks Frankfurt an der Oder im Nordosten der Stadt verwaltungsmäßig und postalisch dem Berliner Stadtbezirk Hellersdorf zugeschlagen. Auf der Landkarte blieben die Neubaubewohner von Ahrensfelde beim Kreis Bernau. In den Personalausweisen stand als Wohnort Berlin, und gewählt wurde bei den sogenannten Volkswahlen die Berliner Stadtverordnetenversammlung; man muß genauer sagen: bei den Kommunalwahlen.

All diese ideologischen und kartographischen Klimmzüge zeugten von der Vergeblichkeit aller Bemühungen, der Abnormität den Schein der Normalität zu verleihen. Das Bewußtsein der DDR-Bevölkerung entwickelte sich diametral zu den offiziösen Versuchen.

Wollte man eine Art Alltagsgeschichte des Lebens in der geteilten Stadt schreiben, könnte man am Bahnhof Friedrichstraße beginnen. Die labyrinthische Unterwelt des Bahnhofs Friedrichstraße mit einem ausgeklügelten System von Sperren, Guckfensterchen, Spiegeln, Videokameras, geheimnisvollen Kämmerchen, Intershops, endlosen Gängen und halbdunklen Bahnsteigen ist nun verschwunden. Ich habe übrigens diese Unterwelt erst am Tage ihres Todes kennengelernt, am 10. November 1989.

Der Bahnhof bietet heute bei aller Verkommenheit – es sei mir diese Bemerkung gestattet – ein Bild der Normalität. Hätten dem nicht verkehrstechnische Imperative entgegengestanden, hätte man die Anlagen konservieren und mit kostümierten Komparsen ausstatten müssen.

Bis zum 9. November 1989 konnte gegenüber den Treppen zum unterirdischen Klo tagtäglich ein ergreifendes Schauspiel bewundert werden. Durch die ständig klappende Pendeltür quälten sich schwerbeladene alte Damen und Herren. Hinter dem Gatter standen die Verwandten, um den lieben Großeltern die glückverheißenden Konsumgüter des Westens abzunehmen. Daneben stand stets ein Grenzsoldat mit unbeweglicher Miene. Selbst wenn eine 90jährige Oma mit Krückstock durch die Pendeltür balancierte, rührte er demonstrativ nicht den kleinen Finger. Sein ungerührter Habitus sollte wohl signalisieren: Wir können euch zwar nicht daran hindern, diese Grenze zu überschreiten, aber wir werden euch dabei nicht noch helfen.

Dann ging es zum Taxistand, wo oft eine viele hundert Meter lange Schlange war. Oder es ging direkt zu den Leichtmetallbaracken des Intershop; auch dies ein Stück untergegangener Alltagskultur der DDR.

Allen Bemühungen der Obrigkeit zum Trotz blieb Berlin im Bewußtsein der Menschen eine einige und lebendige Stadt. Hierzu trugen die Menschen,

die diese Grenzen, in welcher Art und in welcher Richtung auch immer, durchquerten – ob es Rentner waren oder West-Berliner, die uns besuchten –, sehr viel bei.

Ein zweiter Faktor war die totale Präsenz der westlichen Medien, die in dieser Stadt wirklich absolut war. Hätte man Umfragen gemacht, wäre man nach meiner Vermutung zu dem Ergebnis gekommen, daß die Menschen im Osten die Kommunalpolitik West-Berlins aus den entsprechenden Rundfunk- und Fernsehsendungen besser kennen als ihre eigene Kommunalpolitik. Die West-Berliner Kommunalpolitiker waren weitaus populärer als die Ost-Berliner.

Der Strom der Menschen riß durch die diversen Abkommen, von denen wir schon gehört haben – ich möchte es nicht wiederholen –, nicht ab, sondern wurde stärker. Die Verbindungen der Stadt wurden, glaube ich, in den 80er Jahren stärker als sie vorher waren. Hier spielten die Telefonverbindungen eine große Rolle. Mit viel Geduld, einigem Glück und dem Bewußtsein, daß andere mithören, konnte man spätnachts West-Berlin telefonisch erreichen. Hier spielte vor allen Dingen die Präsenz westlicher Medien in dieser Stadt eine sehr große Rolle. Trotz aller Perfektionierung der Grenzanlagen ließ sich immer weniger kontrollieren, was an Meinungen, Informationen, Menschen, Kulturgütern, Druckerzeugnissen etc. diese Grenze überschritt.

Zum Schluß will ich mit einer kleinen Reminiszenz den Genius loci beschwören, allerdings von der anderen Seite der Mauer. Aber zuvor gebe ich noch einen Hinweis. Das Berlin-Jubiläum 1987 verknüpft sich vor allem mit dem Versuch, Ost-Berlin großartig als das Schaufenster des Sozialismus auszubauen. Ähnliche Versuche hatte es schon früher gegeben. Auch Nikita Chruschtschow hatte derartiges schon verkündet. Aber nun, in der ausgehenden Honecker-Zeit, als alles immer knapper wurde, sagte man seitens der Regierungsspitze: Berlin soll das Wohlstandsparadies der DDR werden. – Jeder, der in der DDR gelebt hat, weiß, zu was für Verrenkungen das geführt hat. Jedenfalls war die Versorgung mit Konsumgütern in Berlin weitaus besser als woanders. Schon wenn man die Stadtgrenze mit der S-Bahn überschritt, erkannte man das. In Hoppegarten oder Strausberg sah es wesentlich trüber aus.

Dieses ganze Berlin-Jubiläum mit all seinen Verrenkungen und Bemühungen ist in gewisser Weise durch einen Vorfall konterkariert worden, an den ich erinnern möchte. Vor dem Reichstagsgebäude spielte im Juni 1980 „Rock for Berlin“. Dieser Abend wurde für die Herrschenden, hätten sie genau hinschauen können und hätten auch die Westmedien genau hingeschaut, zu einem kleinen Menetekel. Am ersten Abend waren alle über die jugendlichen Fans überrascht, die sich am Brandenburger Tor versammelt hatten. Man hatte das nur aus den westlichen Medien wissen können. Der Wind trug einige Klangfetzen über die Mauer. Sie wurden von dem großen Innenhof der sowjetischen Botschaft akustisch aufgefangen. Vor deren gußeisernem Gitter

konnte man einige Klänge des Rockkonzerts hören. An diesem Abend hatte David Bowie gesungen. Mir persönlich sagt das nichts, aber ich habe mich bei meiner ältesten Tochter erkundigt; die kennt den.

Die Polizei verlor an diesem Abend die Nerven und trieb einige Tausend Jugendliche unter Schlagstockeinsatz die Linden hinunter. An diesem Abend wurde zum erstenmal im Sprechchor gerufen: „Die Mauer muß weg!“

Der Satz von Willy Brandt im August 1961, der damals durch einen Schlagler wieder populär geworden war, erschütterte in dieser Nacht die Existenz der Mauer. Jedenfalls zeigten sich im Beton der Mauer erste Risse.

Am folgenden Abend, als die Vorfälle durch Rundfunk und Fernsehen bekanntgeworden waren, befanden sich auf der einen Seite sehr viele Menschen. Es war eine sehr politische Zusammenkunft; fast hätte ich gesagt: Zusammenrottung. Es waren jedenfalls viele Menschen an diesen Anlagen zusammengekommen. Auf der anderen Seite waren die Sicherheitskräfte besser vorbereitet und hatten schon einige hundert Meter vor den Sperranlagen Absperrketten aufgezogen. Im Hintergrund standen Mannschaftswagen und Wasserwerfer.

Wieder trug der Wind nur einige Klangfetzen über die Mauer. Erst im Schutz der Dunkelheit eskalierte die bis dahin eher lauernde und abwartende Situation. Wieder wurde gerufen: „Die Mauer muß weg!“ Und es wurde – auch das ist eine kulturgeschichtliche Kuriosität – die Internationale gesungen, mit provokativer Betonung der Textzeile „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“.

Seltsamerweise wurde von den jungen Leuten, die da zusammengekommen waren, „Spaniens Himmel“ gesungen: „Die Heimat ist weit, und wir sind bereit, zu kämpfen und sterben für dich, für unsere Heimat“. Dabei wiesen die jungen Leute über die Mauer und riefen den Polizisten zu: Drüben ist unsere Heimat. – Gemeint war nicht Spaniens Himmel, sondern der geteilte Himmel über Berlin.

Die westliche Berichterstattung und auch das Buch „Deutschland im Juni“ von Gaus lagen vollkommen neben der Realität. Sie begriffen nicht die Brisanz der Situation. Es wurde klar, daß jedesmal mehr kommen würden. Das wiederholte sich auch rund ein Jahr später, wenn an der Mauer – so wird es genannt – „Bambule“ sein würde. Eine Art Wetterleuchten hatte blitzartig die Unhaltbarkeit der Situation beleuchtet.

Wolf Biermann hatte einst gesungen: „Die DDR auf Dauer braucht weder Knast noch Mauer“. Genau dies sollte sich als Irrtum herausstellen. Die Mauer war das Korsett, das diesen Staat notdürftig zusammengehalten hatte. Als sie fiel, war das Ende der DDR gekommen.

Es ist ganz bestimmt so gewesen, daß der Anteil der Sachsen und Thüringer am Ende der DDR größer war als der der Berliner. Der historische Wendepunkt der

Entwicklung war ganz sicher der 9. Oktober in Leipzig, nicht der 9. November in Berlin.

Das Medienereignis, das international das Ende des SED-Systems signalisierte, war aber der Fall der Mauer am 9. November 1989. Hier wird wieder deutlich, daß sich die Absurdität der geteilten Stadt in der für jedermann sichtbaren Sperranlage und damit die ganze Problematik der deutschen Teilung gewissermaßen fokussierte. Die Mauer war nicht die Teilung, aber sie war das für alle sichtbare internationale Symbol der Teilung. Nirgendwo war die deutsche Teilung sichtbarer.

Die geteilte Stadt war eine permanente Herausforderung des SED-Staates vom ersten bis zum letzten Tag ihrer Existenz. Diese geteilte Stadt war die täglich präsente Antithese, die steingewordene Absurdität. So wurde die Mauer zum Monument der deutschen Einheit schon vor ihrem Fall.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Herr Dr. Wolle, Ihnen ganz herzlichen Dank! Ich finde, Sie haben mit Ihren einleitenden Bemerkungen untertrieben. Denn es ist Ihnen durch Ihre Beispiele und Ihre Schilderungen gelungen, uns wohl alle in die damalige Zeit zurückzusetzen. Das ist etwas ganz Wichtiges: daß wir Nichts vergessen, und zwar auch emotional nichts vergessen. – Deshalb ganz herzlichen Dank!

Sie haben eine Formulierung geprägt, die ich mir aufgeschrieben habe: Man wollte der Abnormität den Schein der Normalität verleihen. Aber das ist nicht gelungen. Sie haben an vielen, vielen Beispielen dargestellt, was diese Abnormität bedeutete.

Ich nehme an, daß gleich der eine oder andere Diskussionsbeitrag auf diese Dinge noch einmal eingehen wird.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den ergänzenden Kurzreferaten aus dem Kreise der Enquete-Kommission. Es beginnt Herr Kollege Bundestagsabgeordneter Professor Dr. Soell. Es folgen die Sachverständigen unserer Enquete-Kommission Professor Dr. Wilke und Dr. Mitter. – Herr Soell, Sie haben jetzt das Wort.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich möchte mit einer Bemerkung beginnen, in der ich die erste Berlin-Krise, also die Blockade 1948/49, mit der zweiten Berlin-Krise vergleiche. Während die erste Berlin-Krise insbesondere durch die Luftbrücke ein enormer politischpsychologischer Erfolg für die westlichen Demokratien insgesamt war, insbesondere für die West-Berliner, und auch das Verhalten der West-Berliner auf die westeuropäische und die amerikanische öffentliche Meinung entsprechend wirkte – auch für die Westzonen im Zuge ihrer Weststaatsgründung und schließlich auch im Hinblick auf das sich wandelnde Meinungsbild über Deutschland bei den Westalliierten –, war der Mauerbau für die West-Berliner und langfristig auch

für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung ein schwerer politischer Schock, der überwiegend als Niederlage des Westens und als das Ende der bisherigen Wiedervereinigungshoffnungen begriffen worden ist.

Lassen Sie mich zu der ersten Berlin-Krise einschränkend sagen, daß die Reaktion des Westens natürlich sehr unterschiedlich war. Die Wirkung des Verhaltens der West-Berliner in dieser Krise war in den USA am stärksten. Relativ stark war sie auch noch in der öffentlichen Meinung Großbritanniens, weniger bei den dort Regierenden. Am wenigsten stark war die Wirkung in Frankreich, das sich an der Luftbrücke im Unterschied zu Großbritannien nicht beteiligt hatte.

Immerhin gab es in der wichtigsten Regierungspartei, dem MRP, doch eine gewisse Wendung bei Politikern wie George Bidault und Robert Schuman. Das führte später zu den Anfängen der europäischen Integration.

Meine zweite Bemerkung mündet in einer Frage: ob der scharfe Schnitt von 1961, der mittelfristig einem internationalen Modus vivendi Raum gab – ich meine damit die Berlin-Regelung von 1971, weil die DDR sich zunächst nach außen stabilisierte –, hätte vermieden werden können.

Dabei geht es jetzt weniger um die übergreifende Frage, ob es in den 50er Jahren Chancen zur Wiedervereinigung gab. Wir werden uns diesem Thema noch mit großer Sorgfalt zuwenden. Vielmehr geht es um die Frage, ob unterhalb dieser Ebene eine frühere und deutlichere Klärung der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik eine weniger einschneidende und vielleicht auch frühere Regelung ermöglicht hätte.

Ich greife hier auf den Punkt zurück, den der Kollege Mahncke formuliert hat über die Frage, warum und weshalb West-Berlin kein Land der Bundesrepublik geworden sei, und auf seine Meinung, dies sei durchgehend der offizielle Standpunkt der Westmächte gewesen; deswegen ihre Suspendierung des Art. 23 des Grundgesetzes und anderes mehr.

Das ist nach außen richtig. Es war der offizielle Standpunkt der Westmächte. Allerdings gab es eine Zeit, in der diese Position durchaus nicht zementiert war, sondern diskutiert wurde – auch mit der ersten Bundesregierung.

Unmittelbar im Anschluß an das Ende der ersten Berlin-Krise, nämlich im September/Oktober 1949, war dies Gegenstand einer der ersten Debatten des Bundestages und einer Bundestagsentschließung am 30. September 1949, in der die Alliierten gebeten wurden, die Suspendierung des Art. 23, der feststellte, daß Berlin das zwölfte Land der Bundesrepublik sein sollte – es gab ja noch drei Südweststaaten, deshalb die Zahl 12 –, doch bitte rückgängig zu machen.

Zum Erstaunen des amerikanischen Hochkommissars McCloy hielt Bundeskanzler Adenauer es nicht für notwendig, der Hohen Kommission diese Bundestagsentschließung vorzulegen. Noch mehr, Adenauer hat in den nach-

folgenden Monaten und Jahren, wie die auf französischen, vor allen Dingen aber amerikanischen und britischen Quellen aufbauende Studie von Hermann Josef Rupieper, die 1991 erschienen ist, deutlich macht, gemeinsam mit der französischen Regierung verhindert, daß die amerikanischen Vorstöße, West-Berlin zum zwölften Bundesland zu machen, Erfolg hatten.

Ich will das an einem Zitat illustrieren, das aus einem Gespräch stammt, das der wichtigste und engste außenpolitische Berater Adenauers, Herbert Blankenhorn, im Oktober 1949 mit einem Vertreter der Hohen Kommission führte.

„Als das Berlin-Problem erwähnt wurde, entwickelte Blankenhorn die bekannte Adenauer-Linie zugunsten der Hilfe für Berlin, ohne jedoch Berlin zum zwölften Land zu machen. Er ging sogar noch über Adenauers Argumentation gegen den Landstatus hinaus. Er vertrat die Meinung, daß Berlin seinem Wesen nach nicht zum Westen gehöre. Das wichtigste Ziel sei, den Westen zu konsolidieren und Deutschland politisch und kulturell in den Westblock zu integrieren. Er vertrat die Meinung, daß es wichtig sei, Süddeutschland endlich eine Chance zur Selbstbehauptung zu geben. Das alte Argument, der Nationalsozialismus komme aus dem Süden, sei irreführend, Hitler sei mit der Unterstützung des Nordens und des Ostens, lange nachdem sein Einfluß in Bayern den Zenit überschritten hatte, an die Macht gekommen. Es wäre gefährlich, West-Berlin zu diesem Zeitpunkt eine führende Rolle zu geben. Es sei nicht nur im tiefsten Sinne preußisch, sondern auch den totalitären Einflüssen seiner Umgebung ausgesetzt. Als Teil der früheren Hauptstadt Deutschlands würde Berlin einen unangemessenen Einfluß ausüben, der gefährlich sein könnte. Nach einer Stabilisierung der politischen Zustände im Westen würde es angemessen sein, Berlin aufzunehmen.“

Soweit das Zitat. In diesem wurde schon deutlich, daß manches an der von Adenauer geprägten Linie hier sehr überspitzt wiedergegeben wurde, wobei man sagen muß Adenauer hielt eine entsprechende Rede vor der Universität Köln im März 1946; „Berlin als heidnische Stadt“ und viele andere Zitate sind bekannt. Aber auch wenn man diese Einschränkung macht, muß man sich zunächst auf die Argumente Adenauers einlassen, insbesondere – abgesehen von bestimmten innenpolitischen Sorgen, die aber wahrscheinlich in seinen Augen eher vernachlässigbar waren – auf seine Furcht vor einer Erschwerung der Westintegration dadurch, daß auf die Bundesregierung Druck ausgeübt würde, ihren Sitz nach West-Berlin zu verlegen und der Wiedervereinigungspolitik oberste Priorität zu geben.

Ob diese Sogwirkung eingetreten wäre, ist heute sicherlich schwer zu sagen; aber die politischrechtliche Eingliederung der Westsektoren Berlins in die Bundesrepublik hätte die Salamtaktik bei der Veränderung des

Status quo durch Ost-Berlin, durch die DDR-Regierung jedenfalls ein Stück konterkariert.

Vierte Bemerkung: Als im Zusammenhang mit dem Berlin-Ultimatum seit November 1958, vor allem im Herbst 1959, nachdem die Bundesrepublik und die DDR zum erstenmal am Genfer Katzentisch international gleichbehandelt worden sind, bei den Gesprächen Eisenhower-Chruschtschow in Camp David sich die Möglichkeit abzeichnete, daß die amerikanische Politik eine praktische Berlin-Regelung nach dem Muster der zuerst von John Foster Dulles kurz vor seinem Tod formulierten Agententheorie – also DDR-Grenzbeamte bei der Kontrolle der Zugangswege als Agenten der Sowjets – akzeptieren würde, war aus der Sicht Adenauers, wie die damals wieder aufgenommenen vertraulichen Gespräche mit Chefredakteuren in Bonn zeigten, jedenfalls die Tendenz zur internationalen Anerkennung der DDR unaufhaltsam.

Er hatte sich aber auf der anderen Seite im Mai 1960 riesig gefreut, als die Pariser Gipfelkonferenz platzte.

Zitat: „Wir haben noch mal nieses Glück gehabt.“ Ich kann das Kölsche leider nicht so gut.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Das war kein gutes Kölsch!

Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Das gebe ich zu, aber das Zitat ist trotzdem von seinem Pressechef Felix von Eckardt übermittelt, dem Adenauer dies gesagt hat.

Fünfte Bemerkung. Es ist sehr zu diskutieren, ob frühere Lösungen in dem bezeichneten Sinne die Rigidität des Grenzregimes ab dem 13. August 1961 hätten verhindern können. Klar ist, daß es in jedem Fall ein Grenzregime gegeben hätte, damit die DDR im Sinne der Sowjetunion und der anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts stabilisiert werden konnte. Klar ist auch – darauf hat ja vorher der kleine Disput zwischen Frau Wilms und Herrn Mahncke schon hingewiesen –, daß ab 1962, also unmittelbar nach der Mauer, umfangreiche, massive Berlin-Hilfen von seiten der Bundesregierung gekommen sind, die in ihren materiellen, wirtschaftlichen, sozialen und auch kulturellen Auswirkungen erheblich größer waren als in den 50er Jahren insgesamt durch das sogenannte Notopfer Berlin. Dazu braucht es hier in diesem Kreis keine zusätzlichen Ausführungen. Denn der Abbau dieser Berlin-Hilfen in den letzten Jahren – er findet ja nach wie vor statt – bringt ja erhebliche Einbußen, insbesondere für die West-Berliner. Daraus kann man den massiven Charakter dieser Hilfen ersehen.

Noch eine Bemerkung: Die Wende in der Ostdeutschland/Berlin-Politik, zuerst in der politischen Führung West-Berlins, später in ersten Ansätzen der Großen Koalition und schließlich in den entscheidenden Schritten der sozialliberalen Koalition ab 1969, ist durch die Erfahrungen des 13. August 1961 in Gang

gekommen. Brandt hat dies am 25. Februar 1970 im Bundestag deutlich gesagt. Damals wurde ein Vorhang weggezogen, und es stellte sich heraus: Die Bühne war leer.

Der Antwortbrief John F. Kennedys auf einen Brief, den Willy Brandt unmittelbar nach dem 13. August geschrieben hat, um die Nöte der Stadt und insbesondere die psychologische Situation darzulegen, machte dann auch deutlich, daß es unabhängig von der Sicherung der drei Essentials wichtig war, sich nicht im politischen Status quo einzurichten. Und daraus wurden dann ganz bestimmte Konsequenzen gezogen.

Letzter Punkt, der auch die Diskussion mit Herrn Mahncke noch erwähnt: Da ich selber einer der Betroffenen der Maßnahme der Bundesregierung nach 1961 war – durch die Verlängerung der Wehrpflicht –, ist es nicht ganz richtig, wenn Sie sagen, daß es keine militärischen Maßnahmen außer dieser Verlängerung der Dienstzeit der Zeitsoldaten gegeben habe. Die Wehrpflicht wurde unmittelbar nach dem Mauerbau zunächst auf 15 Monate erweitert, ab 1962 auf 18 Monate. Soviel zur Ergänzung dessen, was Herr Mahncke gesagt hat. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU): Vielen Dank, Herr Soell. Daß es mich jetzt juckt, einiges zu sagen, möge man verstehen. Aber ich bin heute nur Moderator; deshalb gebe ich jetzt das Wort Herrn Professor Wilke, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Liebe Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will kurz zu einem Aspekt sprechen und den Faden weiterspinnen, den Stefan Wolle vor mir schon gelegt hat, welche Rolle das Volk von Berlin in der deutschen Nachkriegsgeschichte gespielt hat. Dabei werde ich mich auf die Grundfrage deutscher Politik nach 1945 konzentrieren: Wo gehört Deutschland hin, West- oder Ostorientierung?

Wir alle kennen das Bild. 1945 wurde auf diesem Reichstag die rote Fahne gehißt. Wir wissen auch, daß das Bild als Propagandacoup geplant wurde. Mit dem Bild wollte die Sowjetunion den Deutschen deutlich machen, wer der Sieger ist.

Die Alliierten hatten Berlin aus den Besatzungszonen herausgenommen, um hier in der Hauptstadt des bezwungenen Reiches gemeinsam als Sieger über Deutschland zu entscheiden. Keine Macht hat die Teilung explizit gewollt. Roosevelt hat in Jalta heillosig gesagt: Vielleicht wird aus Besatzungszonen die Teilung werden, auf die sich die „großen Drei“ in Jalta nicht einigen konnten.

Aber der Sonderstatus Berlins machte eines deutlich, über die Deutschen sollte verfügt werden, um die drei zentralen Ziele alliierter Nachkriegspolitik durchzusetzen: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung.

Kollege Mahncke hat auf die Bedeutung des Besatzungsrechts als Ausgangspunkt der deutschen Nachkriegsentwicklung hingewiesen. Eine Frage blieb: Wie werden die Deutschen Demokratie definieren? Dieses Kriegsende von 1945 war auch eine Niederlage all der deutschen Sonderwege, der Träumereien des 19. Jahrhunderts vom deutschen Wesen, vom Salz der Erde und dergleichen nationalistischen Unsinn. 1945 standen die Deutschen als Nation vor der Frage: Wie kommen wir aus dieser Katastrophe, die Demütigung, in die uns die Nazipolitik geführt hat und in die wir uns führen ließen, heraus? Wählen wir den sowjetischen Weg oder den der westlichen Demokratien?

Das erste, was der deutsche Widerstand, was die deutschen Demokraten lernen mußten, war, die Sieger haben das letzte Wort, und zwar in allen Besatzungszonen.

Die erste demokratische Bewährungsprobe, in der das Volk von Berlin die Weltpolitik nachhaltig beeinflusste, fand 1945/46 statt. Die Sowjetunion, die sowjetische Militäradministration in Deutschland – einer ihrer Mitarbeiter, der Herr Doemberg, sitzt ja hier im Raum – beschloß im Herbst 1945, den Einfluß der Sozialdemokratie in der SBZ zu brechen. Sie setzte die Frage der von den Kommunisten geführten Sozialistischen Einheitspartei in ihrer Besatzungszone auf die Tagesordnung. Das Frühjahr 1946 war der Zeitpunkt, als die deutschen Demokraten lernten, die deutsche Selbstbestimmung ist nur in den Besatzungszonen, in den Sektoren möglich, in denen es Besatzungsmächte gab, die selbst eine demokratische Verfassung besaßen.

Die Urabstimmung, die die Berliner Sozialdemokraten im März 1946 durchsetzten, konnte nur in den Westsektoren stattfinden. Die Mitglieder sprachen sich in überwältigender Mehrheit gegen eine sofortige Verschmelzung der Parteien in Berlin aus.

Diese Parteiwahl war die erste demokratische Wahl in Deutschland nach 1945. Diese Urabstimmung wurde dann durch die Wahlergebnisse vom Oktober 1946 bestätigt. 1946 hatten die Berliner in den Westsektoren entschieden, wir gehören zum Westen! Mit Hunger und Entbehrungen bekräftigten sie ihre Wahl in der Berliner Blockade.

An diese Grundentscheidung von 1946 in Berlin muß erinnert werden. Sie fiel vor der Gründung der Bundesrepublik. Ein symbolisches Menetekel war für die Sowjets und die SED auch Ernst Reuter, die überragende Persönlichkeit der Berliner Selbstbehauptung dieser Jahre. Er war der erste Generalsekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands, der 1921 mit der KPD brach. Mit diesem Schritt protestierte er gegen die sowjetische Politik, die mit der KPD in Deutschland verfolgt wurde. Ernst Reuter wurde Sozialdemokrat und kam aus dem türkischen Exil zurück. Vor dem Reichstag forderte er 1948 mit dem pathetischen Satz „Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!“ die westliche Solidarität mit der deutschen Demokratie.

Über 1961 ist genug gesagt worden. Kommen wir zur letzten Station der

Teilungsgeschichte, in der das Volk von Berlin noch einmal Weltpolitik gestaltete. Ich spreche vom 9. November 1989. Stefan Wolle hat Recht, der entscheidende Moment beim Sturz der SED-Diktatur ist der 9. Oktober 1989, als in Leipzig die Freiheit der Demonstration, die Freiheit der demokratischen Selbstbestimmung gegen die SED durchgesetzt wurde.

Am 4. November 1989 war die gesamte DDR-Opposition, vor allem die Intellektuellen und Künstler, stolz über die 500.000, die sich auf dem Alexanderplatz versammelten. Die Mauer stand noch, aber die SED wußte: Ihre Stunden sind gezählt.

Zu diesem Zeitpunkt gewann die Ausreisefrage für die gewendete SED-Führung eine explosive Dynamik. Die tschechoslowakische Regierung drohte, die Grenzen zu schließen, wenn die DDR nicht endlich eine legale Form für die Ausreise ihrer Staatsbürger in die Bundesrepublik findet. Zum Druck von außen kam der von innen; die Montagsdemonstrationen verlangten die Reisefreiheit.

In dieser Situation fand die folgenreiche Sitzung des SED-Zentralkomitees statt, auf der am 9. November 1989 das Reisegesetz beschlossen wurde. Es war, glaube ich, ein italienischer Journalist, der an diesem Abend des 9. November Günter Schabowski, den großen PR-Manager des untergehenden Politbüros fragte, wann das Reisegesetz kommt. Schabowski antwortete: Ja, wir haben eine Regelung beschlossen; ab morgen früh kann jeder Bürger, der sich bei der Volkspolizei einen Stempel geholt hat, die Grenze passieren. – Ab wann denn das gelte? – Na, ab sofort.

Es ist bezeichnend – und es ist auch ein Tadel, den ich bewußt an die Stadtregierung in Berlin adressiere –, daß sich bislang niemand darum gekümmert hat, wer war der erste, der sich aus Ostberlin aufmachte und sagte: Na gut, Schabowski hat sofort gesagt! Probieren wir es aus!

(Dr. Hartmut Soell (SPD): Da gibt es Hunderte erste!)

Es gibt aber den ersten, der an der Grenze stand und sagte: Ich will jetzt rüber nach West-Berlin! Unabhängig von der Frage, wer war an der Bornholmer Straße oder der Sonnenallee der erste am 9. November 1989; die Berliner nahmen ihr Recht auf Selbstbestimmung an diesem Abend spontan in Anspruch und sie waren es, die die Mauer öffneten.

Durch den Fall der Mauer ging es nicht mehr um die Reform der DDR, sondern um die deutsche Vereinigung. Das war die weltgeschichtliche Bedeutung des 9. November 1989.

Für die Revolutionssoziologen und -theoretiker ist vielleicht noch wichtig, die Berliner haben die erste nationale Revolution in Form eines Wiedersehensfestes gemacht. Kollege Mahncke hat uns ja vor Augen geführt, welche vielfältigen Rechtsbeziehungen es gab, welche Vorbehaltsrechte die Alliierten

in und um Berlin hatten. Die Berliner haben sich in dieser Nacht darüber hinweggesetzt.

Der Fall der Mauer, die Einforderung der deutschen Einheit fand in einer Form statt, die politisch vollkommen unangreifbar war. Es war der Souverän, es war das Volk, der dies tat, und danach mußten sich alle Mächte und alle Regierungen richten.

Das ist das große nationale Verdienst der Berliner von 1989, ihre Tat bekräftigte die Option von 1946; die Deutschen gehören zum Westen. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank auch Ihnen, Herr Professor Wilke. Sie haben das Augenmerk noch einmal auf die demokratische Anfangszeit gelenkt, was sehr wichtig ist, und noch einmal an den 9. November erinnert.

Wenn die persönliche Bemerkung gestattet ist: Ich habe am 9. November ganz zufällig bei einer Konferenz von Historikern hier im Saal gestanden, und ich habe es überhaupt nicht begreifen können, als mir ein Zettel hereingegeben wurde: Die Mauer ist offen. Ich habe das nicht begriffen, nicht verstanden. Und erst beim zweiten Zettel dämmerte mir, daß das wohl auch so gemeint war.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Frau Vorsitzende, ich frage es, weil es mir schon von anderer Seite geschildert wurde: Ist es richtig, daß dann jemand aus Ihrer Begleitung versucht hat, die sowjetische Botschaft zu erreichen, um zu erfahren, ob Reaktionen der Sowjetbehörden, etwa auch der sowjetischen Armee, zu erwarten wären? Ist das richtig? So wurde mir das geschildert. Und als dort niemand erreicht wurde, hätte man in der Luftsicherheitszentrale angerufen, und ein sowjetischer Beamter hätte gesagt, die sowjetischen Panzer blieben in ihren Kasernen. – Also richtig dramatisch!

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Daß es dramatisch war, ist sicher richtig. Vor allem war es unfassbar. Allerdings ist mir von diesen Telefonaten nichts bekannt, was nicht ausschließt, daß von anderen Stellen in Berlin solche Anrufe möglicherweise getätigt worden sind. Das kann ich aber nicht bezeugen.

Herr Mitter, Sie haben das Wort. – Herr Dr. Armin Mitter, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission für das Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Sv. Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwar hat Herr Wilke darauf hingewiesen, daß wir heute schon eine Menge über 1961 und den Mauerbau gehört haben; ich hoffe aber, ich werde Sie mit meinen Ausführungen nicht langweilen, die sich vor allen Dingen mit der inneren Verfassung der DDR-Gesellschaft vor dem Mauerbau,

vor allem seit 1958 bis nach dem Mauerbau, etwa im Herbst 1961, die ich an einigen Stichpunkten schildern will, beschäftigen.

Die Grundlage für meine Ausführungen ist ein gründliches Studium – soweit es möglich war – in den Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, im ehemaligen SED-Archiv und im Archiv der Einheitsgewerkschaft FDGB.

Herr Mahncke hat das eigentlich im Moment vielleicht interessanteste Forschungsproblem in der neueren Zeitgeschichtsschreibung schon formuliert. Er hat darauf hingewiesen, daß gerade die Abhängigkeit der SED von den sowjetischen Genossen in Moskau oder die Eigenständigkeit der SED – eben dieses Wechselverhältnis – im Moment die Geister bewegt und einen sehr breiten Raum in der Literatur einnimmt.

Es ist geradezu interessant festzustellen, daß, parallel zu den forcierten Rüstungsbestrebungen von Chruschtschow 1958, die aus einer gewissen Überlegenheitsmentalität heraus resultierten – einerseits war der Sputnik-Schock nicht lange her, andererseits hatte sich das Land wirtschaftlich einigermaßen konsolidiert, Ungarn war niedergeschlagen, man hatte verhindert, daß in den anderen kommunistischen Staaten ähnliche Ereignisse stattfinden – der V. Parteitag der SED auf Betreiben des Zentralkomitees bzw. des Politbüros der SED die forcierte Vollendung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus beschloß.

Ich glaube, daß diese zwei Dinge sehr viel miteinander zu tun haben, eng aufeinander abgestimmt waren. Man darf nicht vergessen – Herr Wolle hat das meines Erachtens sehr prägnant benannt –, daß es sich bei der Berlin-Krise zwischen 1958 und 1961 eben nicht um eine Berlin-Krise im engeren Sinne, sondern um eine innere gesellschaftliche Krise der DDR handelte.

In der DDR-Hofgeschichtsschreibung – etwas anderes ist bis 1989 nicht festzustellen – ist der Mauerbau immer wieder mehr oder weniger plump und primitiv damit begründet worden, daß die DDR ausbluten würde, wenn man die Mauer nicht gebaut hätte. Ich möchte dagegen polemisieren: Man vertauscht hier Ursache und Wirkung. Gerade diesem Komplex, der Rolle der Fluchtbewegung in der Zeit zwischen 1958 und 1961, kommt deshalb so große Bedeutung zu, weil auch in einem Teil der westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung immer stärker dieses Argument gebraucht wurde – bis zu der für mich uneinsichtigen These, daß der Sozialismus in der DDR eigentlich erst aufgebaut werden konnte, als die Mauer gebaut worden war, mit dem Hintergrund, daß die DDR zwangsläufig hätte ausbluten müssen, wenn die Mauer nicht gebaut worden wäre.

Meines Erachtens hatte der forcierte Aufbau des Sozialismus eine innergesellschaftliche Umgestaltung zum Inhalt, die verschiedene soziale Schichten in Bewegung gebracht hat. Es war durchaus nicht so, daß die Anziehungskraft des Westens allein diese Fluchtbewegung hervorgerufen hat. In erster Linie

wurde die Liquidierung ganzer Klassen und Schichten mit diesem forcierten Aufbau intendiert. Das Wichtigste und Prägnanteste war zweifellos die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft zwischen 1959 und 1961. Jeder, der sich im bäuerlichen Milieu auskennt, weiß darüber Bescheid, wie schwierig es für jemanden ist, der auf dem Lande lebt, das Land zu verlassen und in ein anderes Land zu gehen. Zudem waren die sozialen Bedingungen gerade für die ländliche Bevölkerung der DDR, die sich Richtung Westen begab, durchaus nicht so positiv, wie das oft in der DDR-Hofgeschichtsschreibung beschrieben wurde. Im Gegenteil, gerade in dieser Zeit kam es zu einer Intensivierung der bundesdeutschen Landwirtschaft, die natürlich auch damit zu tun hatte, daß sehr viele ehemalige Landwirte ihre Betriebe aufgeben mußten.

In diesem Prozeß fand auch in der Industrie eine ungeheure Zentralisierung statt, die vor allen Dingen Frustrationen innerhalb der Industriearbeiterschaft mit sich brachte. Es ist festzustellen, daß bereits im Jahre 1960, im Jahr des sogenannten vollgenossenschaftlichen Dorfes, in den Betrieben, also parallel zur Kollektivierung der Landwirtschaft, die Intensivierung der Industrieproduktion stattfand. Auch das wurde in der DDR-Geschichtswissenschaft immer groß gefeiert. Der Siebenjahrplan war bis 1965 das eigentliche Kernstück der Entwicklung. Im Grunde genommen war es bereits zu diesem Zeitpunkt die blanke Niederlage.

In dieser Zeit, also 1960, fanden in der DDR über 150 Streiks statt. Die Zwangskollektivierung wurde zunächst von der ländlichen Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade sogar hingenommen. Allerdings ist in den Akten bereits für Juli/August 1960 festzustellen, daß es zu Auflösungen, sogar zu Landarbeiterstreiks kam, und die SED-Führung reagierte mit Repressivmaßnahmen, vor allem durch Gerichte.

Überhaupt ist der Machtapparat zur gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung in der DDR seit 1958, seit dem V. Parteitag, in vollem Einsatz. Es werden Einsatzbrigaden aus örtlichen Funktionären, aus Staatsanwälten gebildet, die nur ein Ziel haben: die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Recht und Gesetz hatten da eine völlig untergeordnete Bedeutung. Es ging bis zur physischen Liquidierung. Das ist auch in den Akten ziemlich klar festzustellen.

Allerdings reagierte die Bevölkerung eben nicht so, wie sich die SED-Machthaber das dachten. Seit etwa Anfang 1961 kommt es zu einer forcierten Streikbewegung. Die Intensivierung der Auflösung der LPG schreitet ständig voran. Andererseits ist eine wachsende Zahl von Provokationen festzustellen, die sich über die ganze DDR erstrecken. Ich rede hier nicht von einem Teil Berlins, sondern ich habe mich ganz bewußt darum bemüht, in allen Bezirken die Situation innerhalb der Bevölkerung festzustellen.

Der erste Höhepunkt dieser gesamten Entwicklung ist eigentlich im April/Mai zu sehen, wo die DDR-Führung versucht, mit außenpolitischen Aktivitäten auf

sich aufmerksam zu machen. Der sogenannte Friedensvertrag mit Deutschland wird propagiert, der von der Bevölkerung überhaupt nicht angenommen wird, weil die breite Masse der Bevölkerung einsieht, daß es nicht realistisch ist, daß die Bundesrepublik aus bestimmten Gründen darauf überhaupt nicht eingehen wird.

Um so schlimmer ist es, daß sich Intellektuelle im Osten und im Westen für dieses Phänomen sehr stark machen. Man stellt in den Akten immer wieder den Zwiespalt zwischen der Meinung der Intellektuellen und der Ansicht der einfachen Arbeiter oder Bauern auf dem Dorf fest, die die Situation viel klarer gesehen haben und sich auf das Geplänkel der Herrschenden nie eingelassen haben.

Etwa ab Mai 1960 ist in sämtlichen Stimmungsberichten aus den Betrieben festzustellen, daß in der DDR eine ähnliche Situation wie vor dem 17. Juni 1953 herrscht: wachsende Streiks, Austritte aus den LPG, wachsende Protestaktionen, wachsende Provokationen gegenüber SED-Genossen. Die Partei in sich selbst wird immer desolater. Es ist spürbar, daß selbst von der Parteibasis der Kurs des forcierten Aufbaus des Sozialismus immer stärker angezweifelt wird.

Es sind drei Verhaltensweisen festzustellen: erstens Austritte alter Genossen, zweitens die Forderung nach Gründung einer neuen SPD – das ist flächendeckend über sämtliche Bezirke festzustellen – und drittens: Der eigentliche Mann ist Willy Brandt. Das ist der eigentliche Parteiführer, dessen Ziele wir vertreten können. Willy Brandt hat zu diesem Zeitpunkt innerhalb der SED ein sehr hohes Maß an Popularität gehabt – sehr zum Schaden der Parteiführung. Auch auf Konrad Adenauer ruhten sehr viele Hoffnungen, daß er endlich dem ganzen Spuk ein Ende macht. Denn große Teile der Bevölkerung sind damals, vor dem Mauerbau, davon ausgegangen, daß sich die Bundesregierung, auch die Alliierten, diesen verschärften Kurs, der natürlich auch mit einer riesigen Verhaftungswelle verbunden war, nicht gefallen lassen werden.

Die DDR-Führung hatte meines Erachtens in dieser innergesellschaftlichen Krise überhaupt keine andere Chance. Alles, was ich jetzt im politischen Bereich beschrieben habe, könnte ich auch auf den wirtschaftlichen Bereich ausdehnen. Es kam zu Engpässen im gesamten Warengbiet. Es kam zu einer wirtschaftlichen Krise sondergleichen, die bis dahin nicht dagewesen war.

Aber die Fluchtwelle hat ihre Höhepunkte eigentlich erst ab April 1961 erreicht. Da begann sie sprunghaft anzusteigen. Vorher sind die Zahlen durchaus etwa mit denen von 1957 vergleichbar. Auch das spricht dagegen, daß die Fluchtwelle der eigentliche Grund für den Mauerbau gewesen ist. Die Notwendigkeit hat eigentlich darin bestanden, daß man diese innergesellschaftliche Krise lösen mußte. Die außenpolitischen Gegebenheiten waren eben so – das hat man zwischen Ost-Berlin und Moskau sehr genau kalkuliert –, daß die Westmächte nicht dagegen vorgehen würden.

Nach dem Mauerbau – auch die Untersuchung dieser Zeit scheint mir sehr wichtig – ist festzustellen, daß auf allen gesellschaftlichen Ebenen, einschließlich der SED, eine riesige Disziplinierungswelle stattfindet. Die Zahl der Verhafteten steigt extrem an und ist etwa vergleichbar mit den Monaten Juli/August 1953. Bis nach dem Mauerbau sind solche Zahlen nie mehr aufgetreten.

Die Disziplinierung erstreckt sich aber beispielsweise auch auf die Universitäten. Es ist von den Vertretern der sogenannten systemimmanenten Betrachtungsweise immer wieder behauptet worden, daß gerade die Intelligenz in der DDR der eigentliche Faktor sei, der die Reformen in Gang setzen wird. Meines Erachtens ist die Intelligenz bis 1961 schon heruntergewirtschaftet gewesen. Die Hochschulen waren längst nicht mehr die Stätten von Kreativität. Aber nach dem Mauerbau ist der entscheidende Schub gekommen. Man kann in den Akten beispielsweise nachlesen, daß 1962 nur 32 % aller Hochschullehrer überhaupt die Qualifikation hatten, die eigentlich für einen Hochschullehrer notwendig war. Das zeigt den intellektuellen Niedergang, der in dieser Zeit bereits eingetreten ist.

Es zeigte sich auch, daß die verstärkte Militarisierung innerhalb der DDR vorangetrieben wurde. Die Wehrpflicht wurde beispielsweise im Herbst 1961 eingeführt. Dagegen wurde in den Schulen extrem protestiert. Zum Beispiel sind in der Oberschule in Anklam Oberschüler in schwarzen Hemden und mit schwarzen Fahnen zum Unterricht gekommen und haben gesagt: Wir tragen heute unsere Zukunft zu Grabe. Das hat Ulbricht zum Anlaß genommen, eine breite Disziplinierungskampagne innerhalb der DDR-Volksbildung einzuleiten. Das hat Hunderte von Lehrern die Jobs gekostet. Gerade in der ersten Zeit nach dem Mauerbau war der Anteil der Lehrer an den Flüchtlingen sehr hoch.

Es tut mir leid, daß ich die Zeit vielleicht etwas überschritten habe. Ich glaube aber, daß diese wenigen Fakten doch ein gewisses Bild von der inneren Verfassung der DDR- Gesellschaft zwischen 1958 und dem Herbst 1961 geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, es war wichtig, daß Sie sozusagen das Umfeld dargestellt haben, daß wir Berlin nicht isoliert sehen, sondern daß die Vorgänge in Berlin auch in sehr engem Kontext mit den Vorgängen in der DDR waren. Das ist ein wichtiger Bezugspunkt.

Wir treten jetzt in die Diskussionsrunde ein. Ich darf Herrn Professor Mahncke und Herrn Dr. Wolle bitten, hier vorn Platz zu nehmen. Sie werden gleich noch Gelegenheit haben, zu Anmerkungen oder an Sie gerichteten Fragen Stellung zu nehmen. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, was wir einvernehmlich festgelegt hatten: Wir machen jetzt eine etwas längere Runde mit Fragen oder ergänzenden Bemerkungen, und zwar mit jeweils zwei Kollegen der großen Fraktionen und jeweils einem Kollegen der kleineren Fraktionen bzw.

Gruppen. Wenn es Ihnen recht ist, nehme ich die Worterteilung so vor, daß jeder zunächst einmal dran ist.

Abg. Meckel (SPD): Ich will noch einige Ergänzungen zu dem machen, was Dr. Wolle uns dargestellt hat. Ich erinnere daran – ich weiß gar nicht mehr, wann es war –, daß die Straßenschranken an der Grenze Berlins eingerissen wurden.

(Sv. Martin Gutzeit: 1973 war das!)

– 1973?

Das war für jemanden, der in Berlin lebte, eine ausgesprochen auffällige Erfahrung, da es ja mit den konkreten Lebensbedingungen zu tun hatte. Damals ist auch die Zuzugsgenehmigung, die man vorher brauchte, weggefallen. Bis dahin brauchte man eine staatliche Genehmigung, um nach Berlin zu ziehen.

Besonders wichtig war in den letzten zwanzig Jahren die Berliner Möglichkeit der Kommunikation. Es war für alle Teile der DDR wichtig, daß es die Möglichkeit gab, jemanden einzuladen, der dann auch kommen konnte. In Berlin war es überraschend und sofort möglich, daß man sich treffen konnte. Diese Kommunikation hat eine ganz besondere Rolle gespielt, etwa im Vergleich zu Dresden und anderen Orten. Das gilt auch für die Journalisten. Deren Informationen aus Regionen außerhalb Berlins waren doch relativ zufällig. Natürlich waren sie in Berlin auch zufällig, aber doch mit einer sehr viel größeren Breite. Die Möglichkeit, nach West-Berlin zu telefonieren, die es nur in Berlin gab, ist schon erwähnt worden. Gerade dieser Sonderstatus der Kommunikationsmöglichkeit, der nicht nur für die Opposition, sondern für alle bestand, spielte eine ganz zentrale Rolle.

Und dann das Leben mit der Mauer. Für mich persönlich kann ich sagen, daß sie schon fast zum selbstverständlichen Stadtbild gehörte. Das heißt, man ging daran vorbei, ohne daß sie ein unmittelbares ständiges Ärgernis war. Man mußte sie sich als ein solches immer wieder ins Bewußtsein rufen. Natürlich war das am Brandenburger Tor offensichtlicher; aber in anderen Teilen Berlins, wo man auch ständig an Mauern stieß, trifft das zu. Für mich selbst gilt auch, daß ich die Geographie West-Berlins kaum kannte, d.h., wenn ich an eine Straße kam, die dann zu Ende war, nicht immer sofort sagen konnte, wie die Straße dahinter heißt, z.T. sogar nicht einmal wußte, wie der Stadtbezirk dahinter heißt. Dies war wirklich auch im Bewußtsein eine geteilte Stadt. Ich habe gerade nach dem November 1989 die Erfahrung gemacht, daß sehr viele sich einfach nicht auskannten. Sich in seiner Heimatstadt nicht auszukennen als einer, der so um die 40 war, das gab es nur in Berlin!

Dem, was Herr Wilke in bezug auf den 9. Oktober gesagt hat, stimme ich voll zu, wobei ich in Erinnerung rufen möchte: Es war nicht nur Leipzig. Leipzig ist die größte Stadt mit den meisten Menschen gewesen; aber es gab noch eine ganze Reihe von anderen Städten, wo Militär oder

Kampfgruppen aufmarschiert waren – ich selber habe es mit etwa 8.000 Leuten im Magdeburger Dom erlebt –, die dann eben auch nicht schossen. Es ist wichtig, vielleicht auch einmal zu untersuchen, wo überall dergleichen geschah. Leipzig als Symbol will ich ja gar nicht kaputtmachen, aber es ist eben ein Symbol für sehr viele andere Städte.

Das letzte ist die Frage des 4. November. Hier unterscheiden sich unsere Interpretationen. Der 4. November und die Veranstaltung, die hier in Berlin stattfand, hatte für die konkreten Abläufe der Ereignisse des Herbstes 1989 nicht die große Bedeutung, die ihnen oft zugeschrieben wird. Die Akteure in der Vorbereitung waren ganz andere als die, die dann zum Runden Tisch hinführten. Es war eine Künstlergruppe. Man sehe sich auch an, wer da alles redete – von Markus Wolf bis Schorlemmer über Christa Wolf und Heym. War das ein Spektrum, das dann wirklich zu den systemverändernden Entwicklungen geführt hat – oder nicht? Wenn man sich die Reden ansieht, muß man das für den 04. November bezweifeln. Das klang alles ähnlich dem Neuen Forum, nach dem Motto: Es muß sich etwas ändern! Aber was, in welcher Richtung, mit einer veränderten SED oder mit dem Sturz des Systems – das war am 4. November zumindest bei denen, die dort agierten, überhaupt nicht so klar, wie es hier beschrieben worden ist.

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Ich glaube, die Tatsache, daß das geteilte Berlin, wie Herr Professor Mahncke sich ausgedrückt hat, von der DDR und der Sowjetunion – am Schluß sicher viel stärker von der DDR – als Faktor einer möglichen Destabilisierung der DDR empfunden worden ist, ist ja auch beim „40jährigen Jubiläum“ der DDR sehr deutlich geworden. Vielleicht könnten vor allem unsere Sachverständigen, die damals im Ostteil Berlins gelebt haben, das noch einmal deutlich machen.

Ich wollte zu diesem Zeitpunkt bei einem Besuch im Westteil der Stadt in den Ostteil der Stadt, und der war zu dieser Zeit für Westbesucher völlig abgeriegelt. Die DDR hat ihr 40jähriges Jubiläum in der „Hauptstadt der DDR“ gefeiert und dabei die Stadt gegenüber Besuchern aus dem Westen völlig abgeriegelt. Mir und sehr vielen Besuchern im Westteil der Stadt ist es nicht möglich gewesen, damals in den Ostteil der Stadt zu kommen, um dieses Spektakel im Zusammenhang mit dem Besuch von Gorbatschow mitzerleben. Das zeigt, daß die Angst vor der Rolle Berlins als Faktor der Destabilisierung nach meinem Dafürhalten bis 1989 angehalten hat. Ich wollte das zur Ergänzung sagen, weil diese 40-Jahr-Feier in Ihren Stimmungs- und Situationsberichten nicht sehr deutlich angeklungen ist.

Ich habe zwei Fragen, einmal an Herrn Professor Mahncke, zum anderen an Herrn Professor Soell.

Zunächst an Herrn Professor Mahncke: Ich teile Ihre Auffassung, daß das offensive Vertreten des westlich-alliierten Rechtsstandpunktes und auch des westlichen Engagements in und für Berlin eine wesentliche Voraussetzung

für das Offenhalten der deutschen Frage gewesen ist. Aber Sie haben an einer Stelle auch – nur mit einem Halbsatz – von „Nageversuchen“ an diesem Berlin-Status aus bundesrepublikanischer Sicht und von bundesrepublikanischer Seite gesprochen. Hingen diese Nageversuche am Berlin-Status zu bestimmten Zeiten deutscher Ostpolitik auch mit damals allgemeinen Aufweichungstendenzen in Fragen der Behauptung der Rechtsposition in der Deutschlandfrage zusammen?

Ich glaube, es ging damals nicht nur um Aufweichung von Fragen, die mit dem Viermächtestatus von Berlin im Zusammenhang standen, sondern es ging allgemein um die Frage, ob man nicht bestimmte Positionen in der Deutschlandfrage für deutschlandpolitische Erfolge relativieren sollte.

Ich hätte von Ihnen auch gern noch etwas zum Dissens über das Viermächteabkommen gehört. Die DDR hat dies ja als vierseitiges Abkommen über „Westberlin“ bezeichnet. Ich kann mich erinnern, daß ich einmal in einer Ausgabe des Neuen Deutschland eine ganz abenteuerliche Deutung gelesen habe, wer denn diese vier Seiten des „Vierseitigen Abkommens über Westberlin“ sind. Da waren eine Seite die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die zweite Seite die DDR, die dritte Seite die BRD und die vierte Seite West-Berlin als selbständige Einheit. Daß ein Viermächteabkommen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über Berlin zu einem solchen vierseitigen Abkommen gemacht werden sollte, bei dem eine beteiligte Seite ein selbständiges Völkerrechtssubjekt „Westberlin“ sein sollte, zeigt doch, daß dieses Viermächteabkommen von DDR-Seite und sowjetischer Seite von vornherein auf völkerrechtlichen und rechtlichen Dissens angelegt war.

Jetzt eine Frage an den Kollegen Professor Dr. Soell: Ich glaube, es ist unbestreitbar, daß es bei Adenauer Vorbehalte gegen Berlin und Preußen gegeben hat. Ich habe eigentlich diese Vorbehalte bei Adenauer immer sehr stark aus seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus interpretiert. Herr Professor Dr. Soell, liebe Kolleginnen und Kollegen, der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Herr Schorlemmer, hat das ja auch auf einen interessanten Nenner gebracht. Wer seiner Rede am Sonntag zugehört hat, weiß, daß er gesagt hat: Ich bin für Berlin; ich bin für einen schnellen Umzug nach Berlin; aber wir müssen in Berlin beweisen, daß die alten Geister wirklich in ihren Gräbern bleiben und nicht mehr herauspringen.

Ist es deshalb nicht, Herr Professor Soell, etwas überspitzt und überinterpretiert, aus Adenauers – aus seiner tiefen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus resultierenden – Anti-Berlin-Haltung jetzt eine Anti-Wiedervereinigungshaltung Adenauers zu konstruieren? Ich glaube, daß die Adenauersche Deutschlandpolitik sehr wohl gewußt hat, welche Rolle die Berlinfrage in der Deutschlandfrage vor allem im Hinblick auf den Rechtsstandpunkt spielt – ein

hoher Beamter des Auswärtigen Amtes, der heute bei den Vereinten Nationen sitzt, hat das einmal „das zerbrechliche chinesische Porzellan“ genannt.

Daß ein Herausbrechen z. B. der Berlinfrage oder anderer Fragen wie der Staatsangehörigkeitsfrage – die ja dann in Deutschland-West diskutiert wurden – insgesamt eine Gefährdung des gesamten Standpunktes und des rechtlichen, auch völkerrechtlichen Fundaments für die offene deutsche Frage gewesen ist, wird man bei Adenauer wohl nicht herauslesen können.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Wir werden gleich eine Antwortrunde machen, so daß wir die Fragen im Moment so stehen lassen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Kollege Mahncke, ich habe mit großem Interesse Ihre Ausführungen über Berlin gelesen. Sie sind meiner Meinung nach sehr ausgewogen und zeigen vor allem, welche Möglichkeiten wir heute haben, zu neuen Ergebnissen auf diesem Gebiet zu kommen.

Erlauben Sie mir, einen kurzen Hinweis zu dem zu geben, was Sie nicht gesagt haben, und dann zwei Fragen zu stellen, die prinzipieller Natur sind. Einmal glaube ich, vor dem Hintergrund des Wettkampfes der Systeme, zu dem ich mich heute nachmittag noch äußern werde, ist es nicht adäquat, so zu formulieren, wie Sie es im Zusammenhang mit der zweiten Berlin-Krise, 1958 bis 1961, getan haben, also: „Chruschtschows Abenteuerpolitik“. Ich glaube, das muß man im Gesamtzusammenhang der sowjetischen Strategie sehen, im Sinne der „friedlichen Koexistenz“ den Sieg des Kommunismus auf andere Weise sicherzustellen, eben auch in Berlin. Aber das nur als Randbemerkung. Darüber kann man vielleicht noch intern diskutieren.

Aber nun zwei, wie mir scheint, wichtige Fragen, vor allem eine zentrale Frage, die mir hier bisher überhaupt zu kurz gekommen ist.

Die erste Frage. Ich weiß nicht, ob Sie richtig formulieren, wenn Sie die Ausführungen Kennedys aus dem Jahre 1961 wirklich wörtlich nehmen, d. h. seine Erklärung, er würde notfalls einen Nuklearkrieg für Berlin riskieren wollen. Sie haben noch in einer Anmerkung das Gespräch von Dulles erwähnt usw.

Ich frage mich: Ist das nicht doch mehr im Rahmen des Verbalismus eine Drohgebärde gewesen? Wenn wir das nachweisen wollen, können wir das nicht dadurch tun, daß wir nun auf bestimmte Zitate von einzelnen Politikern hinweisen: Wenn ihr Berlin angreift, werden wir uns notfalls nuklear betätigen! Vielmehr müssen wir ja in der Lage sein, auch wissenschaftlich zu untersuchen und zu klären, ob entsprechende Vorbereitungen auf nuklearem Gebiete getroffen worden sind, um notfalls einzugreifen. Sie haben einige Aspekte des konventionellen militärischen Einsatzes erwähnt, aber nicht zu der Frage Stellung genommen, ob die amerikanische Regierung auf dem Nukleargebiet tatsächlich entsprechende Vorbereitungen getroffen hat.

Einer der wohl besten Sachkenner auf diesem Gebiet, mein amerikanischer

Kollege Biala, hat meines Erachtens vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, daß ein Grundkonsens zwischen SU und Amerika weltpolitisch eigentlich seit den 50er Jahren darin bestanden hat, alles zu tun, um einen Nuklearkrieg zu vermeiden. Ich habe Bedenken, so konkret zu formulieren, daß Kennedy das als Drohgebärde benutzt und gesagt hat: Wagt es ja nicht, Berlin anzufassen! Berlin war ja der große Prüfstein für die westliche Allianz, unbestritten. Aber ob man das wirklich in der Politik nachweisen kann, wage ich zu bezweifeln.

Jetzt die vielleicht noch wichtigere Frage. Was mir bisher bei Ihren Ausführungen und denen der anderen Kollegen zu kurz gekommen ist, ist die Grundfrage: Welche Bedeutung hatte eigentlich das Ende der zweiten Berlin-Krise, August 1961, für die spezifische Deutschlandpolitik? Sie wissen, es gibt Vertreter folgender Auffassung – und vieles spricht dafür: Der 13. August 1961 zeigt das Scheitern der Adenauerschen Deutschlandpolitik, weil zu diesem Zeitpunkt klar wird, daß mit dem Mitteleinsatz, von dem Adenauer damals aus sicherlich subjektiv berechtigten Gründen überzeugt war, das Ziel der deutschen Einheit nicht verwirklicht werden konnte – „Politik der Stärke“ und wie die Formeln alle hießen.

Das heißt, wir müssen uns noch mehr als bisher mit dieser Frage beschäftigen. Wir wissen ja, daß nach dem 13. August zweierlei geschah, einmal auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen – das müßte auch vertieft werden –, zum anderen – davon werden wir noch zu sprechen haben – im Bereich der Innenpolitik. Das Scheitern dieser Politik, mit dem Mitteleinsatz von Adenauer zum Ziel zu kommen, führt ja dann bei Brandt und anderen zu der Einsicht: Wir müssen anders vorgehen; Stichwort: durch antagonistische Kooperation die Sache auflockern.

Aber auch im internationalen Bereich, Herr Mahncke, zeigt sich doch – da kommen die Punkte sehr schnell zusammen –, daß für die Westmächte der 13. August doch so etwas wie ein Einfrieren der deutschen Frage geworden ist: die Anerkennung des Status quo; wir müssen anders vorgehen. Und wir wissen ja, daß die deutsche Ostpolitik seit 1969 im wesentlichen die Reaktion auf die internationalen Entspannungsbemühungen unserer amerikanischen, britischen und französischen Verbündeten gewesen ist. Ich glaube, daß wir hier noch tiefer bohren müssen; denn es zeigt sich, daß nach dem 13. August 1961 auch die Prioritätenfolge anders gesetzt wurde: erst Entspannung, Abrüstung, und am Schluß die Einheit Deutschlands.

Wenn wir das noch ein bißchen ausführlicher diskutieren, wäre das sehr hilfreich für die Gesamtdiskussion unserer Kommission.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will nur ein paar ergänzende Anmerkungen zu einigen Beiträgen machen. Es wurde mit Recht die besondere Versorgungsfunktion für Ost-Berlin angesprochen, was natürlich nicht nur eine Schaufensterangelegenheit war, sondern insbesondere auch die Versorgung der zahlreichen Funktionäre betraf. Die waren natürlich in Berlin sehr viel

stärker präsent als in anderen Teilen der DDR. Damit war das ein echtes Privileg, das sehr viel Unmut und Frust in anderen Teilen der DDR erzeugte, das Ausreisegrund wurde und dergleichen mehr, aber auch in gewissen Bereichen in anderen Städten der DDR ein Widerstandspotential erzeugte. Das war gerade diese besondere Rolle der sogenannten Hauptstadt. So wie West-Berlin die ständige Herausforderung für die Ost-Berliner war, war es Ost-Berlin mitunter für die sogenannte Provinz. Mich hat ein bißchen gewundert, daß niemand Berlin 1968 erwähnt hat, die Studentenbewegung im Westen. Sie hat in der Tat doch eine gewisse Rolle gerade bei der Herausbildung von oppositionellen Haltungen in der DDR, in Ost-Berlin gespielt. Das hatte sicherlich damit zu tun, daß gewohnte Autoritäten in Frage gestellt wurden, auch ein Generationskonflikt zum Tragen kam, der natürlich auf andere Weise im Osten auch vorhanden war. Parallel dazu fand, worüber wir ja morgen sprechen werden, in Prag der „Prager Frühling“ statt. Diese Kombination einer antiautoritären Bewegung in West-Berlin und von Reformversuchen in Prag – wenngleich sie von oben kamen – hat auf die Entwicklung in Ost-Berlin und in der DDR großen Einfluß gehabt, auf die Entwicklung einer politischen Diskussion, die Gewohntes in Frage zu stellen viel stärker bereit war, als das vorher der Fall war.

Ich würde nicht unterschätzen, was dadurch im einzelnen ausgelöst wurde, auch wenn es nicht immer den Intentionen derer entsprach, die es auslösten. Es hatte mitunter ganz andere Auswirkungen.

In dem Zusammenhang kann man in Ergänzung zu Stefan Wolle auch eine Anekdote erzählen. So etwas wie am Brandenburger Tor gab es natürlich auch schon früher, unter anderem das Gerücht, daß die Rolling Stones, deren Name vielleicht vielen geläufiger ist als David Bowie, auf dem Springer-Hochhaus spielen sollten, was sie natürlich nicht taten. Aber diese Meldung löste nahezu eine Völkerwanderung von Jugendlichen, ziemlich aufmüpfigen Jugendlichen, in Richtung dieses Springer-Hochhauses, also in das Stadtzentrum von Berlin, aus, die mit brutaler Konsequenz von der Polizei, von der Staatssicherheit niedergeschlagen wurde. Dies war auch gegen Ende der sechziger Jahre.

(Abg. Meckel (SPD): Zum 20. Jahrestag!)

– Ja, 1969. Und es war auch so ein bißchen auf das bezogen, was ich vorher nannte, nämlich diese Bewegungen in West-Berlin, die dann ja auch ihre Ausstrahlungen hatten.

Ich unterstütze nachdrücklich das, was Markus Meckel zu den Kommunikationsmöglichkeiten gesagt hat. Hier gab es insbesondere für die sich herausbildende Opposition in Berlin natürlich sehr viel bessere Möglichkeiten als überall woanders. Sicher ist ja auch der 9. Oktober 1989 in Leipzig nicht einfach so aus dem Nichts gekommen, sondern ihm ging eine jahrelange Entwicklung der verschiedenen Gruppen voraus, die zum einen wahrscheinlich an ihren eigenen Informationsdefiziten zugrunde gegangen wären, zum

anderen auch eine gewisse Schutzfunktion nicht gehabt hätten, hätte es nicht diese Kontaktmöglichkeiten in Berlin – mit Tagesbesuchern aus dem Westen, Politikern, Künstlern usw. – gegeben, Kontakte zu seinerzeit hier akkreditierten Journalisten, die in dieser Zeit ausgesprochen wichtig waren. Das alles waren Möglichkeiten, die es in anderen Städten sehr viel schwächer oder nur zufällig oder gar nicht gab, was also immer eine besondere Rolle für die Herausbildung der Opposition in der DDR, in dieser Stadt Berlin gespielt hat, wenn es auch dann nachher einen gewissen Umschwung in Richtung Leipzig gab, was jedenfalls das Jahr 1989 angeht.

Mit Recht wurde die gewaltige Rolle der Medien erwähnt. Um so bedauerlicher die jetzige Entwicklung, muß ich anmerken. Das Verschwinden von RIAS Berlin und das Aufgehen in irgend so einem bisher noch unklar profilierten Sender bedaure ich außerordentlich. (Beifall von Sv. Dr. Armin Mitter)

Wenn ich morgens hier Radio höre, erwische ich fast nur Brandenburger Lokalnachrichten. Das ist eine Sache, die mich zunächst mal sehr verwundert hat, ein gewisser Provinzialismus, der sich nach dem Öffnen der Mauer – auch in West-Berlin – herausstellte. Auch die West-Berliner waren ummauert!

Ich hatte ja noch Gelegenheit, als Zwanzigjähriger vor dem Bau der Mauer sehr oft in West-Berlin zu sein. Das machte auf mich immer einen ausgesprochen weltstädtischen Eindruck, während ich nach der Maueröffnung Ende 1989 doch verwundert war, was es für Nischen und für Provinzen innerhalb dieser Großstadt gab. Das veranlaßt mich zu der Frage: Wie sieht es denn nun aus mit der Hauptstadt Berlin?

Ich möchte Herrn Mahncke noch einmal fragen. Er sagte, seit 1957 hätte es da so Vorbereitungen gegeben. Erwähnt haben Sie das Beispiel mit dem zweiten Sitz des Bundespräsidenten. Aber mich würde interessieren: Hat es denn noch weitere Vorbereitungen gegeben, oder sind die 1961 abgebrochen worden? Oder was ist da geschehen? Wenn man sich gegenwärtig die Situation ansieht, kann man nicht davon ausgehen, daß es hier besondere Vorbereitungen gibt. Eine letzte Anmerkung zum 4. November 1989. Auch hier teile ich weitgehend die Meinung von Markus Meckel. Darüber hinaus aber möchte ich folgendes sagen. Die Vorbereitung war natürlich auch schon eine gewisse Inszenierung. Es war kein Zufall, daß dort Schabowski und Markus Wolf und ähnliche sprechen konnten und daß andere, die sprechen sollten, z. B. aus der Opposition, nicht zugelassen wurden und ihnen hinter der Bühne der Weg zum Podium versperrt wurde. Es war sicherlich zum einen eine große Demonstration, wo eine halbe Million Menschen ihren Unmut ausdrückte, zum anderen der verzweifelte Versuch, bestimmte Leute für die Zukunft zu installieren. (Beifall)

Aber das Wichtige an dieser großen Demonstration war, daß die halbe Million sich von Herrn Schabowski, von Herrn Markus Wolf verabschiedet hat, daß sie

ausgepiffen wurden. Insofern war dieser 4. November natürlich schon eine deutliche Vorbereitung für den 9. November.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich habe eine Fülle von Wortmeldungen, vorher aber noch zwei davon, die verabredungsgemäß eine etwas längere Darstellung geben können; das sind Frau Kollegin Professor Wisniewski und Herr Dr. Faulenbach. Dann bitte ich allerdings, da wir eine Mittagspause machen müssen und unseren Kollegen auch noch Zeit zur Beantwortung geben wollen, daß die folgenden Redner sich kurz halten, sonst läuft uns der Vormittag aus dem Ruder.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich möchte auch ein bißchen West-Berlin schildern, wobei wir uns bis zum Mauerbau immer als eine Einheit mit den Ost-Berlinern fühlten. Ich habe von 1945 bis 1965 in Berlin, in West-Berlin gelebt; das war die Zeit meines Abiturs, des Studiums und der beginnenden Berufstätigkeit an der Freien Universität Berlin. Wenn ich an diese Zeit zurückdenke: Es ist für mich eine wichtige Zeit, in der sich so etwas wie eine Mentalitätsgeschichte unserer Nachkriegszeit feststellen läßt.

Ich kam also im September 1945 mit meinen Eltern und meinem Bruder nach Berlin. Wir waren Heimatvertriebene aus Pommern, und wir kamen in eine vollkommen zerstörte Stadt. Die Menschen lebten zusammengepfercht in den wenigen erhaltenen Häusern. Sie schlugen sich mehr schlecht als recht, auch mit Schwarzmarktgeschäften, durch. Sie suchten in Trümmern nach Holz, schlüpfen in Keller in der Hoffnung, etwas Eßbares zu finden, gingen stundenlang durch die Straßen, weil es ja keine Verkehrsmittel gab, zogen mit Handkarren aufs Land, um zu hamstern, und gerieten dabei oft genug in die russischen Sperren, und das mühsam Erbettelte mußte wieder abgegeben werden. Viel gefährlicher war es natürlich, Militärverpflegungstransporte um einige Säcke Getreide oder was auch immer zu erleichtern.

Für uns Heimatvertriebene – darauf lege ich jetzt Wert – war dies im Grunde genommen eine Erleichterung, denn es gab keinen Unterschied zwischen Einheimischen und Zugezogenen. Wir waren alle „Habenichtse“, denn die Berliner waren zum allergrößten Teil ausgebombt und genauso arm dran wie wir.

Jeder von uns, die wir nun hier in diese Stadt kamen, aber genauso die Berliner, die die Eroberung Berlins miterlebt hatten, wußten, was es heißt, von der Roten Armee erobert und beherrscht zu werden. Unvergessen war für alle, was an Vergewaltigungen, Hinrichtungen, Verschleppungen, Grausamkeiten aller Art gewesen war, andererseits auch wieder erinnerte man sich an Freundlichkeiten einzelner russischer Soldaten. Unvergessen und täglich neu zu besichtigen war auch das, was man als zivilisatorische Rückständigkeit einzelner Angehörigen der Roten Armee bezeichnete, und natürlich dann über viele Jahre, über Jahrzehnte hinweg die Berichte der DDR-Flüchtlinge über das, was sich in der DDR tat.

Dies alles, dieses Erleben, trug dazu bei, daß in Berlin ein alle verbindendes Bewußtsein herrschte. Es war ein Bewußtsein, das ich als „antirussisches Bewußtsein“ kennzeichnen möchte; denn man sprach immer von „den Russen“, nicht von „den Sowjets“. Und es entwickelte sich bei den Spannungen – wir haben ja viel von den Berlin-Krisen gehört, und das heißt ja für die Menschen, daß sie in ständiger Unsicherheit lebten; keiner von uns wußte, ob am nächsten Morgen noch alles so sein würde, wie es am Abend war –, zunehmend so etwas wie eine „Frontstadtmentalität“; und diese „Frontstadtmentalität“ verband alle.

Es entwickelte sich ein Bewußtsein – und es hielt sich in Berlin ziemlich hartnäckig –, das „die Amis“ – so hießen die Amerikaner – recht positiv sah; es gab natürlich Einzelercheinungen, daß jemand entgleiste. Aber man verstand sie schon sehr bald nicht als Besatzungsmacht, sondern als Schutzmacht, ohne die Berlin verloren gewesen wäre.

Andererseits wurden „die Russen“ kollektiv als Bedrohung empfunden. Dieses Grundempfinden hielt sich während der 20 Jahre, in denen ich in Berlin lebte, ziemlich unverändert. Als z. B. einmal eine Parade der westlichen Besatzungsmächte stattfand und amerikanische Panzer an uns Zuschauern vorbeizogen – man schaute eben zu, man ging zu den Paraden; die Menschen standen dichtgedrängt und schauten zu –, da rief eine Frau neben mir aus: „Diese Panzer sind unsere Friedenstauben!“ So dachten mehr oder minder alle in West-Berlin und auch in Ost-Berlin, ob alt, ob jung, ob arm, ob reich, ob CDU- oder SPD- oder LDP-Anhänger, ob Intellektuelle oder einfachere Menschen. Alle vereinte eine Antipathie gegen die Sowjetunion und ihre Politik.

Diese antisowjetische Haltung war mit einer antikommunistischen Haltung verbunden. Als im Winter 1945/46 die Kampagne für die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei begann, reagierten die Berliner höchst allergisch. Ich entsinne mich noch an mein eigenes Entsetzen, als ich Transparente, Fahnen und Umzüge sah, die nur allzusehr an das erinnerten, was wir gerade im Dritten Reich erlebt hatten.

Der totalitäre Charakter des im Ostteil der Stadt sich etablierenden Systems wurde gerade durch diese Embleme sehr deutlich und auch als solcher erkannt. Wieder kamen die Erinnerungen an die Erlebnisse aus dem Kriegsende und vom Beginn der sowjetischen Besatzungszeit. Die Menschen sahen den Kommunismus, den „real existierenden Sozialismus“, wie es dann hieß, in der sowjetischen Besatzungsmacht personifiziert und wandten sich voller Abscheu ab.

Das klingt nun alles sehr emotional und vielleicht auch unkritisch. Nur muß man die Lage der Berliner bedenken. Ich wiederhole: Wir lebten auf einer kleinen Insel, die westlich geprägt zu werden begann – das ging ja auch nur langsam –, und wir sahen uns umgeben von einem riesigen Gebiet,

erfüllt von Sowjetsoldaten, sowjetisch geprägt, die Bevölkerung von der Roten Armee teilweise unbarmherzig unterdrückt, zunehmend eben gerade von dem bedrückt und gequält, was Herr Mitter so deutlich herausgearbeitet hat: dieser Umstrukturierung der gesamten Gesellschaft. Es konnte einem tatsächlich bange werden, und, wie gesagt, man war täglich auf eine Aggression, Invasion oder ein Einverleibtwerden gefaßt.

In den späten Jahren brachte z.B. die unheimliche Situation durch den Knall, den es gab, wenn sowjetische Flugzeuge über West-Berlin die Schallmauer durchbrachen, ständige Nervosität, weil das ja auch eine sehr deutliche Sprache war.

Die Berliner Bevölkerung und nach dem Mauerbau vor allem die West-Berliner Bevölkerung der Jahre von 1946 bis 1961 und weiter bis 1968 war geprägt durch eine feste, entschlossene und unnachgiebige Haltung des Widerstandes gegen den Kommunismus. Für mich ist es ein aufregendes Phänomen, daß eine ganze Stadt von mehreren Millionen Menschen das zeigte, was man heute „widerständiges Verhalten“ nennt.

Das kam natürlich besonders zum Ausdruck, als vom Juni 1948 bis Mai 1949 die Blockade zu überstehen war. Das hieß für uns normale Leute: dauernde Stromsperren – ich habe meine Referate und Seminararbeiten bei einem kleinen Funzelchen geschrieben –, Beschränkungen des innerstädtischen Verkehrs, Nahrungsmittelzuteilung, Brennmaterialnot. Man hungerte und froh in jenem Jahr in Berlin über die Maßen. Aber man war entschlossen, trotzig entschlossen, durchzuhalten. Wir gingen gern auf den Trümmerberg auf dem Tempelhofer Feld und begrüßten die, wie sie hießen, „Rosinenbomber“.

Die „Amis“ wurden immer mehr zu Freunden, auf die man sich unbedingt verlassen mußte, aber auch verlassen konnte. Dies alles verband sich allmählich, sehr allmählich, mit dem Glauben an die freiheitliche Demokratie westlicher Prägung und mit spöttischer Ablehnung des sowjetisch importierten real existierenden Sozialismus, wie er uns nun in der DDR begegnete.

Ganz Berlin hörte bzw. sah die „Insulaner“; die Älteren werden sich daran erinnern. Das war eine Kabarett-Truppe, die es großartig verstand, Inhalt und Atmosphäre von DDR-Schulungsabenden und DDR-Wirklichkeit satirisch darzustellen. Nicht zuletzt wurden dabei die mehr oder minder offenen Kommentare der Figuren bejubelt, die DDR-Bürger verkörperten. Berliner und DDR-Bewohner verstanden sich trotz zunehmender Spaltung der Stadt in der Ablehnung des importierten Systems, weil sie eben dieselben Erfahrungen gemacht hatten.

Es mag merkwürdig klingen, aber wir geplagten West-Berliner dachten und hofften wirklich mit dem Refrain der „Insulaner – Sie kennen ihn vielleicht: „Der Insulaner verliert die Ruhe nicht, der Insulaner liebt kein Getue nicht, der Insulaner hofft unbeirrt, daß seine Insel wieder'n schönes Festland wird.“ Das war es, was uns erhielt.

Bekanntlich erzwang die Sowjetunion die Anbindung der Berliner Westsektoren an die jeweiligen Zonen im Westen Deutschlands, als sie sich weigerte, ganz Berlin mit Erzeugnissen aus der SBZ zu beliefern. Das war wohl der erste Aushungerungsversuch. Aber diese mehr oder weniger mühsam zu bewerkstelligende Anbindung sorgte dafür, daß West-Berlin im Laufe der Jahre, mit erheblichen Phasenverschiebungen gegenüber der Bundesrepublik, erfreulicherweise zum Schaufenster des Westens wurde. Ein Beispiel dafür: Wenn man aus dem Flugzeug den dunklen Ost-Berliner Teil und den helleren West-Berliner Teil sah, war der Unterschied zwischen diesen Systemen bildhaft.

Ein Wort zum Schluß. Das West-Berlin der fünfziger und frühen sechziger Jahre war ein großartiger kultureller Mittelpunkt, und von Anfang an gingen die Berliner in Konzerte, Oper und Theater und empfanden das als ihre Veranstaltungen, als ihre Gebäude. Die emotionalen Bindungen der Menschen an ihre Stadt waren es damals, die diese Stadt auch als Stadt der Freiheit erhalten haben. So ist es kein Wunder, daß 1948 die Freie Universität entstand. Anlaß waren Relegationen von Studentenvertretern der Humboldt-Universität. Die Ursache: Es hatte Artikel gegeben, Aufruhr unter den Studenten, Demonstrationen gegen die Zulassungspolitik. Als man merkte, daß nur Arbeiter- und Bauernkinder, wie es hieß, zugelassen werden durften, gab es die Forderung nach gleicher Zulassung für alle, Freiheit des Studiums usw. Es bildeten sich kleine Trupps, die die Professoren, die besonders verdächtig waren, zu beschützen versuchten; und wir Studenten, die jungen wie die älteren, gingen dann schließlich still und ohne uns auseinanderzusetzen hinüber an die Freie Universität. Ich habe semesterlang damit zugebracht, eine Seminarbibliothek aufzubauen, Bücher zu kaufen. Das alles war nicht unbedingt das, was man unter einem regulären Studium versteht; aber alles war eine großartige Bewährung in einer Haltung, die eben darin bestand, die Freiheit zu erhalten gegen diese Herausforderung.

Berlins große geistige Entfaltung geschah in den Jahren 1945 bis 1968. Und danach, merkwürdigerweise mit der relativen Sicherheit, kam nach dem Viermächteabkommen, beginnend mit den Studentenunruhen 1968, ausgerechnet in Berlin so etwas wie eine innere Unsicherheit. Der Konsens zwischen den Demokraten zerbrach. Plötzlich wußte man genau, wer CDU, wer SPD usw. war. Es stellte sich heraus, daß – für mein Empfinden und für viele, die es miterlebten, völlig unverständlicherweise – ausgerechnet in Berlin an der FU der Neomarxismus Fuß fassen konnte – dies war ja die Ursache für die Studentenunruhen – und daß Berlin, ausgerechnet West-Berlin, zu einer Stadt der Unruhe, der Krawalle und der Großdemonstrationen mit Ausschreitungen wurde. Und dies ging durch die Weltpresse. Dies hat uns, die wir es nur von fern miterlebten, sehr schockiert.

Noch mehr schockiert hat das, was Sie, Herr Poppe, sagten: der beginnende

Provinzialismus in West-Berlin. Bis 1968 war Berlin wirklich eine Weltstadt, eine Großstadt von kulturellem Gepräge, wie sie schöner und beeindruckender nicht sein konnte. Danach sah man Niedergang, und auch heute noch kann manchmal traurig über das sein, was sich in Berlin entwickelt hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Es war vielleicht wichtig, etwas aus der West-Berliner Sicht zum heutigen Thema zu sagen. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, es war wichtig, daß auch einmal durchaus mit Emotionen ein Zeitzeugenbericht dazwischengeschaltet und nicht nur aus den Akten etwas dargestellt wurde.

Nun als letzter längerer Beitrag der von Herrn Dr. Faulenbach.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ich hoffe, ich brauche mich nicht sehr lang zu fassen. Zunächst möchte ich gerne zum Verhältnis West-Berlin/Bund Fragen aufwerfen.

Herr Mahncke, insgesamt gesehen ist ja Adenauer in seinen Operationen im Hinblick auf den Berlin-Status sehr vorsichtig gewesen. Vielleicht können Sie Ihrerseits die Motivation der Adenauerschen Berlin-Politik einmal erläutern. Wir haben ja von Herrn Soell eine Interpretation gehört; vielleicht können Sie Ihrerseits das Adenauersche Kalkül näher zu entwickeln versuchen.

Oder noch einmal als Gegenfrage formuliert: Wie würden Sie denn von heute aus eigentlich die Aktivitäten von Bucerius und dem Kuratorium Unteilbares Deutschland, die Hauptstadtfunktion 1956 nach Berlin zu verlegen, beurteilen, gegen die sich Adenauer faktisch gewandt hat? Kann man diese Aktivitäten als eine Form von naivem Aktionismus sehen? Wie würden Sie in der Beurteilung einerseits Adenauers und andererseits derjenigen, die für Berlin eingetreten sind, optieren? Wer hat aus der heutigen Perspektive mit seinen Überlegungen den historisch längeren Atem gehabt? Vielleicht nehmen Sie einmal zu Adenauer und seinen Antipoden Stellung?

An Herrn Soell die Frage: Man hatte in den Diskussionen in Bonn in den fünfziger und auch in den sechziger Jahren zeitweilig den Eindruck, daß es auch im Hinblick auf die Parteipolitik, im Hinblick auf die Berlin-Lobby doch bestimmte Unterschiede gab, daß die Opposition sich stärker für einen Ausbau der Bundespräsenz in Berlin einsetzte. Sehen Sie dies als eine Folge der spezifischen Rolle der Opposition an, oder hat es tiefere Gründe, daß die Berlin-Lobby stärker sozialdemokratisch geprägt war? Dabei bin ich nicht der Ansicht, daß es nicht auch CDU-Leute gegeben hat, die die Berlin-Lobby vertreten haben, ich denke an Jakob Kaiser und andere.

(Abg. Koschyk (CDU/CSU): Wir haben die meisten Fraktionssitzungen in Berlin durchgeführt!)

– Ja, ich werfe es als Frage auf. Darüber kann ja geredet werden, was die parteipolitische Zuordnung angeht.

Übrigens zu Ihnen, Herrn Koschyk, da Sie gerade einen Einwurf machen:

Kann man tatsächlich Adenauers Haltung gegenüber Preußen nur mit dem NS erklären? Wir kennen ja die Haltung Adenauers zu den Preußen, also seine durchaus skeptische Beurteilung Preußens, auch schon in den zwanziger Jahren. Sie sollten einmal so herum fragen – ich sage es ohne Häme –: Gab es nicht auch Grund, sich mit einer gewissen Skepsis gegenüber dem Ambivalenzcharakter von Preußen zu verhalten? War dies nicht eine für einen Rheinländer ganz verständliche Skepsis gegenüber Berlin? Dies würde ich gern als Frage stellen.

(Zuruf von der SPD: Das Verhältnis zu München wäre noch eine eigene Frage!)

– Das wäre eine eigene Frage, ja. – Soviel zum Verhältnis des Bundes zu Berlin, das über all die Jahre Gegenstand der politischen Diskussion in Bonn gewesen ist.

Zu Frau Wisniewski eine Zusatzüberlegung. Sie haben gesagt: Nach 1968 geht es nur noch bergab mit Berlin. Ich will dazu nur die Frage aufwerfen: Hat die Intensität und Schärfe der Auseinandersetzung 1968 und in der Folgezeit in Berlin nicht auch etwas mit dem Frontstadtcharakter Berlins in der vorhergehenden Zeit zu tun? Müßte man die innere Atmosphäre der Stadt mit ihren ambivalenten Zügen nicht ebenfalls in die Betrachtung einbeziehen?

Ein weiterer Punkt die Funktion Berlins für die DDR. Herr Poppe hat dazu schon einiges gesagt: Kommunikationsort, Tor zum Westen, Tor, das verschlossen war, usw. Darüber ist zu Recht hier gesprochen worden. Übrigens wurde Berlin gerade wegen seiner Funktion an der Schnittstelle zwischen Ost und West auch so etwas wie eine Touristenattraktion für den Westen. Der Taxifahrer, der mich heute hierher gefahren hat, hat mir erzählt: Die Touristenströme haben nach dem Fall der Mauer stark abgenommen. Auch dies gehört alles zur Realität von Berlin. Meine Frage zielt mehr auf die Argumentation von Herrn Mitter: Kann man die politischen Motive tatsächlich so auseinanderdividieren, wie er es getan hat, was den Bau der Mauer angeht? Die Fluchtbewegung bezog sich ja sicher auf Bauern, auf kleine Selbständige; aber es ist doch gar keine Frage, daß auch Facharbeiter hinübergekommen sind. Es war doch eher eine Mischung von Repressionsfolgen und Attraktivität des Westens wirksam. Und es wird sich im einzelnen auch gar nicht auseinanderdividieren lassen, wie dieses Verhältnis war. Ich will also fragen, ob nicht bei der Fluchtbewegung beide Momente eine Rolle gespielt haben und sie keineswegs auf ganz bestimmte soziale Gruppen beschränkt gewesen ist.

Was hier nicht diskutiert worden ist, was wir auch mit einbeziehen müßten, wären die Folgen des Mauerbaus. Aus früheren Anhörungen muß man folgendes sagen. Ich habe mich z.B. bei der Anhörung zur Kultur der DDR gewundert, daß es verschiedene Leute gab, die gesagt haben: Zunächst waren wir über den Bau der Mauer gar nicht so beunruhigt, sondern sie schien uns

eine gewisse Konsolidierung zu ermöglichen. Offenbar ist erst auf lange Sicht diese Klaustrophobie entstanden; nicht alle Teile der DDR-Bevölkerung haben anscheinend von vornherein scharf ablehnend reagiert; gerade weil sie in der DDR waren, wollten manche ihrem Hiersein einen Sinn geben und in gewisser Weise auch an diese Konsolidierungsmöglichkeit glauben. Ich erinnere an diese vor dieser Kommission vorgetragenen – für mich eher überraschenden – Äußerungen, die darauf hinausliefen, daß Teile der DDR-Bevölkerung sich die SED-Version der Konsolidierungsmöglichkeit partiell zu eigen gemacht haben.

Die Frage von Herrn Jacobsen wäre auch meine Frage gewesen. Ich will sie nicht wiederholen, möchte aber in diesem Zusammenhang die bündnispolitische Rolle Berlins wenigstens ansprechen. Die Sicherung Berlins war für die Außenpolitik der Bundesrepublik stets eine sehr wichtige, sehr zentrale Frage, die übrigens auch den außenpolitischen Spielraum der Bundesrepublik erheblich eingeengt hat. Wenn wir uns etwa die Auseinandersetzungen zwischen Atlantikern und Gaullisten in den 60er Jahren vergegenwärtigen, so ist deutlich: Die Gaullisten kamen in Argumentationsschwierigkeiten, wenn es um die Sicherung Berlins ging. Das ging eben nicht ohne die Amerikaner. Die enge Bindung an die amerikanische Politik hing u.a. mit der Notwendigkeit der Sicherung Berlins zusammen. Auch dies gehört mit in das Gesamtfeld der internationalen Kontextualität der Berlinfrage.

So weit meine knappen Anmerkungen und Fragen.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich denke, wir gehen jetzt in den Rhythmus der normalen – bitte, kurzen – Fragen. Ich habe gerade mit dem Herrn Vorsitzenden geklärt, daß wir die Mittagspause verschieben. Ich peile jetzt halb zwei, viertel vor zwei an.

Ich habe sieben Wortmeldungen. Wer noch das Bedürfnis hat, sich zu melden, möge das jetzt tun; wenn es Ihnen recht ist, werde ich dann die Rednerliste schließen. Ich darf vorlesen: Herr von Schorlemer, Frau von Renesse, Herr Hansen, Herr Eppelmann, Herr Dehnel, Herr Weisskirchen, Frau Barbe, Herr Böhm. Darf ich dann mit Ihrer Erlaubnis die Rednerliste schließen, damit wir zum vorläufigen Abschluß kommen? Ich bitte um etwas Kürze, damit wir vorankommen.

Abg. Frhr. von Schorlemer (CDU/CSU): Eine Frage und zwei kurze Anmerkungen. Die Frage richtet sich an Herrn Professor Mahncke, der sehr stark darauf hingewiesen hat, daß sowohl von der damaligen Bundesregierung als auch von den Westmächten die Bestimmungen des Besatzungsstatuts und auch später des Berlin-Status strikt eingehalten worden sind.

Es ist ja im Jahre 1961 beim Mauerbau diskutiert worden, warum Adenauer nicht sofort nach Berlin gefahren ist. Von einigen ist immer behauptet worden, die Amerikaner hätten gesagt, es gehe nicht, das sei eine Sache, in der die Besatzungsmächte besonders gefordert seien, sie wollten die

Innenpolitik herauslassen – mit dem Hinweis, daß es wenige Wochen vor der Bundestagswahl war.

Wie schwierig das strikte Einhalten ist, haben wir als Bundestag ja selbst erlebt, als wir am 10. November 1989 nach Berlin fliegen wollten. Die Maschinen mußten auf Umwegen über Paris und wo auch immer her kommen, damit wir nach Verhandlungen in vier, fünf Stunden überhaupt von Bonn nach Berlin kommen konnten. So strikt wurde das eingehalten.

Jetzt meine Anmerkungen zu Herrn Professor Soell. Natürlich kann man über Adenauer und Berlin besonders sprechen, und, Herr Faulenbach, ich stimme Ihnen zu: Es war so, daß die Randbereiche des großen Preußen, ob Rheinland oder Westfalen, ein besonderes Verhältnis zu Berlin hatten. In Klammern sage ich: Die Preußen haben sichergestellt, daß der Kölner Dom fertiggebaut wurde, und die Kölner haben immer dafür gesorgt, daß der Oberbürgermeister besser dotiert war als der Reichskanzler oder der preußische Ministerpräsident. Die hielten schon etwas voneinander, und die Preußen waren auch so klug, dem Kölner Oberbürgermeister als Repräsentanten der zweitgrößten Stadt Preußens immer die Rolle des Präsidenten des Preußischen Staatsrates zuzubilligen.

Ich würde die kritischen Äußerungen nicht so ernst nehmen. Ich würde auch nicht Herrn Blankenhorn in den Vordergrund stellen, sondern sagen, daß Adenauer in den entscheidenden Fragen, als es wirklich darum ging, die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen abzusichern, im Grunde genommen recht hatte. Hier, Herr Professor Jacobsen, will ich Ihnen – nicht aus wissenschaftlicher, sondern aus ganz pragmatischer Sicht eindeutig widersprechen, wenn Sie sagen, daß die Adenauersche Politik gescheitert sei. Das Einbeziehen der Bundesrepublik – 30. Juni 1960, Rede Herbert Wehners vor dem Bundestag, im Grunde genommen das Einschwenken der Opposition auf diese Linie einschließlich der Zustimmung zur NATO – beweist, daß dies der richtige Weg war.

Daß es wirklich der richtige Weg war, dieses Einbeziehen in den Westen, ist uns 1989 am deutlichsten geworden. Denn wo hätten wir gestanden, wenn wir bei dem Ansinnen an unsere Nachbarn, uns im Einigungsprozeß zu unterstützen, nicht gleich hätten sagen können: Wir fühlen uns fest in Europa eingebunden und wollen nicht dazwischen als neutrales Land stehen – ein Thema, das durchaus in den fünfziger Jahren zwischen der Regierung und der Opposition heftig diskutiert wurde. Insofern, glaube ich, ist die von Ihnen zum Ausdruck gebrachte Meinung falsch.

Eine Abschlußbemerkung, Herr Professor Soell, die etwas ketzerisch ist, aber ich sage sie trotzdem und verweise auch auf Herrn Faulenbach. Was mich bei Ihren Bemerkungen zu Berlin und zu Adenauer ein wenig zum Fragen bringt: Warum war die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag – die Mehrheit der Christdemokraten war für Berlin! – nicht für Berlin, sondern für Bonn?

Abg. Frau von Renesse (SPD): Ich möchte die Diskussion um die Frage, was wann gescheitert ist, was hat wie ergänzt oder mit einem Korrektiv versehen werden müssen, nicht fortsetzen. Trotzdem hat meine Frage an Herrn Professor Mahncke etwas damit zu tun. Eines ist ja klar, scheint mir klar zu sein, auch nach dem, was Sie vorgetragen haben: daß es jedenfalls in diesen 40 Jahren Veränderungen gegeben hat.

Mich interessiert die Veränderung des völkerrechtlichen Status von Ost-Berlin. Hat es eine gegeben? Ursprünglich galt der Viermächtestatus für ganz Berlin, und zwar unbestritten; dann wurde heftig darüber diskutiert. 1961 passierte etwas, und Sie sagten, in der Zeit danach, als diese Essential-Diskussion war, wurde das mehr oder minder deutlich für West-Berlin formuliert.

Hat es, abgesehen davon, daß sich die Alliierten natürlich den Zugang zu Ost-Berlin über den Checkpoint Charly aufrechterhielten, so etwas gegeben wie massive Proteste gegen Präsenz und Auftreten von Militär der DDR bei Feiern zum 1. Mai in Ost-Berlin bis zum Schluß?

(Zuruf von der CDU/CSU: Regelmäßig!)

Wie würden Sie charakterisieren, was sich am völkerrechtlichen Status von Ost-Berlin verändert oder nicht verändert hat? Ist das veränderungslos? Im Völkerrecht gibt es ja die *clausula rebus sic stantibus*, und Übungen zwischen den Völkerrechtssubjekten erstarken manchmal auch zu Interpretationskonsensen, um nicht zu sagen zu Rechtsquellen. Gewohnheitsrecht spielt im Völkerrecht eine große Rolle, auch Vertragsgestaltungen, selbst wenn sie schriftlich niedergelegt und fixiert sind, verändern ihre Qualität durch Gebrauch oder Nichtgebrauch. Hat es so etwas wie eine Veränderung für Ost-Berlin gegeben?

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine Frage schließt an das an, was Frau von Renesse Herrn Mahncke eben gefragt hat.

Kann man sagen, daß 1961 mit der Kennedy-Rede – den drei Essentials – ein Rückzug der Amerikaner oder der drei Westalliierten aus der bisherigen Position – sprich Viermächteverantwortung – zu konstatieren ist? Ist das ein qualitativer Sprung westlich alliierter Politik, die dann höchstens durch gewisse Protestnoten oder Checkpoint Charly ein bißchen popularisiert wurde, aber nicht ernstgemeint war?

Eine zweite Frage, auch an Herrn Mahncke. Den 22. August 1961 haben Sie zitiert, den Quasi-Schießbefehl will ich es nennen. Ich knüpfe die Frage daran: Ist es eigentlich politisch, vielleicht auch rechtlich, überhaupt notwendig, ein solches Aktenstück zu suchen, zitieren zu können? Auch die Judenvernichtung wird ja nicht auf einen Hitler-Vernichtungsbefehl datiert, der bekanntlich nicht gefunden werden konnte.

Die dritte Frage geht an Herrn Wolle. Gibt es eigentlich im Osten – in Ost-Berlin und in der DDR – Resonanz auf das, was wir ab 1969, auch

1972 Entspannungs- und Ostpolitik genannt haben? Poppe hat mit Recht danach gefragt, was mit 1968 ist, weil das nicht erwähnt worden ist. Was uns im Westen – wenn ich so an meine eigene politische Biographie denke – unglaublich bewegt hat, wie ist das eigentlich in den frühen siebziger Jahren in Berlin, speziell in Ost-Berlin aufgenommen worden?

Letzte Frage an Herrn Mitter. Sie sagen, es läge eine Verwechslung von Ursache und Folgen hinsichtlich des Mauerbaus, der gesellschaftlichen Krise und ähnlichem vor. Sehen Sie bei den sogenannten systemimmanenten „DDRologen“ zu dieser Fragestellung – Ursache oder Folge – eigentlich eine Quellenlage, die sich begründet heranziehen läßt, um Ihre These aus der Sicht dieser DDRologen entweder zu belegen oder zu widerlegen?

Abg. Eppelmann (CDU/CSU): Wir befassen uns ja mit den Themen im Themenfeld 4, weil wir der Meinung waren und sind, wir können das, was in der DDR passierte, nur begreifen, wenn wir auch danach fragen, welche deutsch-deutschen und welche internationalen Rahmenbedingungen es gegeben hat. Wenn ich uns richtig verstehe, geht es immer um die Wechselwirkung. Wir werden ja nicht davon ausgegangen sein, daß es bloß etwas gab, was auf die DDR eingewirkt hat, sondern auch umgekehrt, daß die DDR mit dem, was sie machte oder nicht machte, auf ihre Umwelt wirkte.

Auf diesem Hintergrund eine Feststellung und eine Frage in besonderer Weise an Herrn Mitter und Herrn Wilke. Die Angst vor fremden, mongolischen Horden hat dazu geführt, daß die chinesische Mauer gebaut worden ist. Die offensichtliche Angst vor eigenen, ausreisewilligen Horden hat andere dazu gebracht, die Mauer in Berlin zu bauen.

Welchen Einfluß hat dieser Fakt eigentlich auf die Politiker, auf die Parteien, auf die Journalisten, auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland und Europa zu den Baumeistern dieses scheußlichen Bauwerks gehabt?

Abg. Böhm (CDU/CSU): Ich möchte mich zunächst einmal an Herrn Dr. Faulenbach wenden. Er führte den Begriff der „Frontstadt“ hier in die Diskussion ein. Das war ja eine ganz bekannte Vokabel des sogenannten Kalten Krieges. Ich meine, daß man diesen Begriff nicht verwenden kann, ohne darauf hinzuweisen, wodurch Berlin zur Frontstadt geworden ist: doch sicher dadurch, daß von der einen – sprich kommunistischen – Seite diese Stadt erobert werden sollte und daß West-Berlin zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland die Verteidigung gegen diesen Angriff führte.

Es gehörte dazu, dieses West-Berlin von innen auszuhöhlen, systematisch die Freie Universität, von der wir hier gehört haben, umzufunktionieren in eine – polemisch gesprochen – Kaderschmiede der 68er und damit Unruhe in diese Stadt zu bringen mit dem Ziel, daß der Westen dieser Stadt überdrüssig werden sollte.

Ich erinnere mich an die zahlreichen Flugblätter, die an den westdeutschen Universitäten herumgingen: Kommt jetzt alle nach West-Berlin! Studenten wie wir, marxistische Studenten, wir versammeln uns alle jetzt und in Zukunft in West-Berlin an der FU! Kommt alle dorthin! – Dort war der Boden durch diejenigen vorbereitet, die als Wehrdienstverweigerer eine bestimmte Grundhaltung mitbrachten. Diese Mischung war das Ergebnis einer Strategie.

Das wollte ich zu dem Begriff „Frontstadt“ sagen, der hier eingeführt worden ist.

Ein anderes ist mir in allen Darstellungen und Diskussionen heute aufgefallen: Wir machen – das ist ja sicher auch richtig so – bestimmte Entwicklungen immer an Daten und Ereignissen fest. Ich habe Herrn Professor Wilkes eindringlichen Hinweis auf den 9. November 1989 bis hin zu der Frage, wer eigentlich der erste war, der an diesem Abend nach West-Berlin kam, so verstanden: Wir sollten unsere Geschichte auch an – sagen wir es einmal übertrieben – revolutionären, den Menschen bewegenden Geschehen festmachen, wo von den einfachen Menschen her Aktion geschehen ist.

Deshalb ist ja auch der 3. Oktober als Nationalfeiertag ein wenig mit einem Fragezeichen zu versehen. Das war der Tag, an dem wir bei den alliierten Notaren gewesen waren, und als der Zeiger der Uhr auf null Uhr sprang, da war es so weit, da trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Das ist typisch deutsches Perfektionsstreben. Nachdem wir das alles im Bundesgesetzblatt veröffentlicht hatten, war dann dieser Tag herbeigekommen. Und nun haben wir den 3. Oktober als Nationalfeiertag.

Ich sage das hier deshalb, um darauf zu verweisen: Wir können den 3. Oktober natürlich auch anders sehen. Und jetzt denke ich an Herrn Meckel, der auf Leipzig und andere Städte verwiesen hat. Denn dieser 3. Oktober ein Jahr zuvor war der Tag des Sturms auf den Dresdner Bahnhof. Da waren nicht nur Dresdner beteiligt, sondern Menschen aus allen Teilen der DDR, die flüchten wollten, die die Chance sahen, über Prag herauszukommen, und die an dem Tag auf ihrer Wanderung gen Süden, gen Prag hören mußten, daß nunmehr von den Behörden abgestoppt worden war. Die DDR wollte ab sofort den Reiseverkehr mit der CSSR abstoppen.

Es war der 3. Oktober 1989 – für mich also die innere Rechtfertigung für den 3. Oktober als Nationalfeiertag –, als einfache Menschen aus allen Teilen der DDR – 800 waren es – dort auf den Bahnhof stürmten und von der Polizei zurückgedrängt wurden. Da ging es nicht allzu friedlich zu, obwohl der friedliche Charakter der Revolution auch schon im Verhalten dieser Menschen angelegt war.

Das bringt mich zum letzten, was ich sagen will. Ich bin Herrn Dr. Mitter dankbar, daß er die Fluchtbewegung aus der DDR erwähnt hat, die bei uns – auch hier in der Enquete-Kommission – bisher meiner Meinung nach noch

nicht die entscheidende Rolle gespielt hat, die ihr bei dem Widerstand der Menschen gegen den real existierenden Sozialismus zukommt.

Jede einzelne Flucht war ein individueller Beitritt eines sogenannten DDR-Bürgers zur Bundesrepublik Deutschland, war ein kleines Stückchen vollzogene Wiedervereinigung. Und diese Flüchtlinge haben dann im Westen den Gedanken an die DDR und an die Zusammengehörigkeit aller aufrechterhalten.

Ich meine, daß Berlin als der Ort, an dem diese Möglichkeit zur Flucht bis 1961 – und danach nur noch unter Lebensgefahr – bestand, auch zeigt, daß diese Fluchtbewegung, wenn man sie als Teil des revolutionären Aufgehens gegen den real existierenden Sozialismus sieht, nicht so friedlich verlaufen ist; denn viele hundert Menschen sind bei dieser Flucht gestorben. Sie wurden niedergeschossen oder von automatischen Tötungsanlagen zerfetzt.

Lassen Sie mich das unterstreichen, Herr Dr. Mitter: Deshalb war es so wichtig, daß Sie diese Flucht als eine Art Aufbruch in die Freiheit und nicht Aufbruch zum westlichen Wohlstand, sondern als Abkehr vom Sozialismus, als Abkehr von dem real existierenden Sozialismus bezeichnet haben. Das möchte ich hier noch einmal unterstrichen haben.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Es würde natürlich reizen, auf das, was Frau Professor Wisniewski und Herr Böhm angesprochen haben, zu reagieren, nämlich darauf, die Freiheit sei in West-Berlin mit 1968 gestorben. Merkwürdig, da starb ein Student namens Benno Ohnesorg!

(Zuruf: Anschließend starb Drenckmann! – Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Der demokratische Konsens starb!)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Herr Kollege Weisskirchen, ich schalte mich hier ein, weil ich glaube, wir müssen das für das Protokoll festhalten: Es hat niemand gesagt, weder Frau Kollegin Wisniewski noch Herr Kollege Böhm, daß mit 1968 die Freiheit in Berlin gestorben sei. Darauf lege ich als Moderator Wert. Das hat hier niemand behauptet!

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich habe nur Frau Wisniewski so verstanden, daß für sie die Freiheitsgeschichte 1968 einen Wendepunkt erlebt hat. Nun gut, ich habe das so verstanden, liebe Frau Kollegin. Ich möchte darauf jetzt nicht näher eingehen.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Das kann ich so nicht stehenlassen. Nicht die Freiheitsgeschichte ist gestorben; das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß etwa 1968 der demokratische Konsens gestorben ist – das können Sie überall nachlesen, Herr Weisskirchen –, und ich habe ferner bedauert, daß seitdem ein gewisser Niedergang, ein kultureller Niedergang in Berlin festzustellen ist, was sicher mit den Demonstrationen gewalttätiger Art etc. zusammenhängt.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich wollte nur darauf hinweisen, daß da jemand anders starb.

(Zurufe: Drenckmann auch! – Der erste war ein Student!)

Es ist also offensichtlich reizvoller, über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland miteinander zu debattieren, die aber in der Tat – und insofern spielt West-Berlin schon eine zentrale Rolle – hier in einer anderen Weise stattgefunden hat. Darauf, wie das in Ost-Berlin damals gewirkt hat, wollte ich eingehen. Das war ja eine gehälfte Stadt, die aber doch in einer ganz anderen Weise miteinander von innen und von unten her kommuniziert hat. Da gab es in beiden Städten Mitläufe und Gegenläufe.

Wenn wir an das Ende der Geschichte Ost-Berlins gehen, interessiert mich insbesondere, inwiefern dort dieses Mischungsverhältnis zwischen Mitläufen und Gegenläufen empfunden worden ist. Hat es eine Entsprechung in der West-Berliner Debatte gegeben? Ich nehme einmal das Beispiel – es ist etwas unverfänglicher, liebe Frau Professor Wisniewski – der Kulturdebatte, so jemanden wie Peter Wawercinek, den ich immer als jemanden empfunden habe, der bestimmte Traditionen des frühen Dadaismus in seiner Arbeit aufnimmt, eine Mischung zwischen Prosa und Lyrik. Ich sehe, wie er an bestimmten Anfangspunkten angefangen hat und wie es umgekehrt in West-Berlin ebenfalls literarische Mauerspringer gab, die sich nicht zufriedengegeben haben mit der sozusagen etatistischen Hälfung Berlins, sondern wie es im Laufe der Zeit nach dem Mauerbau dann doch so etwas gab, daß von innen und von unten Gegenläufe formuliert worden sind.

Ich will auf ein anderes Beispiel verweisen. Mir gegenüber sitzt ja der Pfarrer Eppelmann, der durch seine Veranstaltungsreihen eine innere Verknüpfung mit dem gehabt hat, was in Westdeutschland oder in Westeuropa ein bestimmter Teil der Friedensbewegung auch gemacht hat, nämlich derjenige, der sich nicht an die NATO und an den Warschauer Pakt binden wollte, sondern der sie überwinden wollte.

Es gab in dieser Stadt in einer ganz anderen Weise, als das anderswo der Fall war, diesen ungeheuren Widerspruch zwischen einerseits denjenigen, die für die Beharrung waren – aber innerhalb dieser Beharrungstendenzen gab es ja auch Aufgeregtheiten –, und andererseits welchen, die versucht haben, diese Beharrung zu überwinden, und insofern ein Moment der Spannung hineingetragen haben. Und diese Spannung war eigentlich eine sehr beruhigende. Ich formuliere absichtlich paradox, weil es in dieser Form auch zu dieser paradoxen Mischung gekommen ist.

Ich frage die beiden, Stefan Wolle und Herrn Mitter, wie diese reziproke Debatte derer, die sich in beiden Hälften der Stadt nicht mit dem Status quo zufriedengeben wollten, verlaufen ist, wie sie miteinander kommuniziert haben und ob es möglicherweise Verbindungslinien gegeben hat, die über den Zustand ihrer Stadt hinausgewiesen haben.

Herr Poppe hat vorhin mit Recht die schwierige gegenwärtige Medien- und Kulturszene der Stadt angesprochen. Könnten Sie sich nicht eigentlich wünschen – und wie könnte das aussehen? –, daß das Moment des vorantreibenden Impulses in dieser Stadt wieder stärker deutlich wird?

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Jetzt haben wir noch die Fragen von Herrn Dehnel und Frau Barbe – bitte kurz!

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Für mich ergibt sich für heute die Frage: Ist es nur symbolisch oder interessant, daß wir heute hier tagen und Geschichte Berlins aufarbeiten und daß zur gleichen Zeit in Bonn über die Durchsetzung von Beschlüssen beraten und gestritten wird?

Eine Frage aber jetzt an Professor Mahncke. Es gibt ja die Legende, daß Thüringen und Sachsen zugunsten der Aufteilung Berlins an die sowjetische Besatzungsmacht gegeben worden sind. Was ist an dieser Legende wahr? Ich frage das deshalb, weil ich selbst damals im Niemandsland geboren worden bin, im berühmten Schwarzenberg, das zwischen den Fronten – Schneeberg und Annaberg – lag, wo sich für wenige Monate eine eigenständige Republik gebildet hatte. Da gab es das berühmte Uran, und die Russen haben ja dann zugegriffen. Hatten die Amerikaner daran kein Interesse oder ist die Aufteilung deshalb so getroffen worden? Diese Frage wird immer wieder gestellt; vielleicht gibt es neuere Erkenntnisse.

Eine Frage an Herrn Dr. Wolle. Ich kann aus eigenem Erleben bestätigen, daß nach dem Mauerbau am 13. August 1961 und nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 entsprechende Erklärungen herausgegeben und in den Betrieben verteilt wurden, die dann unterschrieben werden sollten. Es ist mir bekannt, daß schon damals in dem Unternehmen, wo ich beschäftigt war, lediglich 30% unterschrieben haben. Ist Ihnen auch bekannt, daß es damals schon Gruppen gab, die dagegen Stellung genommen, nicht nur nicht unterschrieben haben? Können Sie das bestätigen?

Abg. Frau Barbe (SPD): Eine Frage an Herrn Wolle zum Bau der Mauer. Es steht die Frage von Herrn Faulenbach im Raum, ob es da eine Konsolidierung gegeben hat. Meine Frage geht dahin: Was ist aus den Quellen zu entnehmen? Die Erfahrungen, die ich gemacht habe, waren eher andere.

Erstens sind ja verwandtschaftliche Beziehungen kaputtgemacht worden; das hat bei den Leuten Wut und Empörung ausgelöst.

Zweitens ist vielfach die Hoffnung genährt worden, daß das nicht lange hält, auf gar keinen Fall. Ein paar Jahre würde sich der „Spitzbart“ halten, dann ist Schluß. Aber das hat ja dann leider doch länger gehalten.

Drittens gab es Ohnmacht und Verzweiflung, mit dem Satz dokumentiert: Stellt Kerzen ins Fenster! Wir fühlten uns dort in der Provinz, in einem kleinen Dorf, vom Westen ziemlich allein gelassen.

Das ist auch eine Frage, die ich an die heutige Politik habe. Es geht um den

Umgang mit Diktatoren, darum, wie man ihnen das Handwerk legen kann. Insofern hat die Debatte, die am Wochenende auch bei den Grünen gewesen ist, im Grunde genommen bei uns unterschwellig immer eine Rolle gespielt.

Zum zweiten bedaure ich außerordentlich, daß sich die SPD mehrheitlich gegen Berlin ausgesprochen hat. Da kann ich Ihnen nur beipflichten.

Drittens möchte ich auf die Frage eingehen, die Herr Hansen gestellt hat: Ist es eigentlich notwendig, einen Schießbefehl zu suchen? Es scheint nicht ganz klar zu sein, daß dieses Unrechtssystem, das sozusagen die Stacheln gegen die eigenen Leute gerichtet hat, schon aus dieser Tatsache heraus ein Unrechtssystem war, und das im Gegensatz zur heutigen Nostalgiedebatte, die das ja immer ablehnen will. Das auch zu Herrn Mitter.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank allen Kolleginnen und Kollegen für die rege Diskussion, die sehr vertiefenden Fragen und für die zusätzlichen Facetten, die angeboten worden sind.

Ich schlage vor, daß wir nun zuerst unseren beiden Gästen, Herrn Professor Mahncke und Herrn Dr. Wolle, die Möglichkeit zur Beantwortung geben und dann unsere Kollegen aus der Enquete-Kommission ihre Antworten anbieten.

Professor Dr. Dieter Mahncke: Ich danke sehr für die vielfältigen Bemerkungen. Ich fand sie alle interessant und meine, daß man eigentlich über alle ausführlicher diskutieren kann. Ich versuche die, die am häufigsten vorgekommen sind, herauszugreifen und dazu erst einmal etwas zu sagen – und wenn dann noch Zeit ist, zu anderen.

Ich fange mit einem ganz kurzen Punkt, dem letzten, an: Thüringen-Sachsen, die Legende. Natürlich ist das keine Legende, sondern historische Wahrheit, ein Ergebnis der Londoner Protokolle. In den Londoner Protokollen hatte man aufgeteilt, wie das nun sein soll, egal, wo die Truppen am Ende stehen. Beide Seiten waren daran interessiert, weil beide Seiten Angst hatten, daß die andere zuerst kommt.

Es erwies sich dann, daß die westlichen Truppen zuerst da waren, aus welchen Gründen auch immer, in Mecklenburg, Thüringen und Sachsen, also schon in Gebieten, die als sowjetische Besatzungszone vorgesehen waren. Eisenhower hat dann den Vormarsch gestoppt und gesagt: Ich habe nun genug meiner Leute geopfert, nun sollen mal die Russen ihren Teil machen! Und er hat sie Berlin erobern lassen. Dann gab es einen Telegrammwechsel Truman – Stalin, und es wurde beschlossen: Jetzt ziehen wir uns in die vorher vereinbarten Gebiete zurück. Das heißt, die westlichen Truppen zogen sich aus Thüringen, Sachsen, Mecklenburg zurück und zogen gleichzeitig in die Westsektoren Berlins ein.

Ich will nun auf zwei Punkte, die am häufigsten vorkamen, eingehen: Bundespräsenz und Adenauers Politik. Zur Bundespräsenz. Es hieß in der Bundestagsentschließung von Anfang Februar 1957: Um Berlin auf die Haupt-

stadtfunktion vorzubereiten. Aber es ging eigentlich darum, die Bindung zur Bundesrepublik Deutschland zu demonstrieren. Das sollte schwerpunktmäßig geschehen. Hintergrund war, das Engagement der Westmächte zu sichern, also zu sagen: Wenn den Westmächten klar ist, daß sie uns verlieren, wenn sie Berlin aufgeben, festigen wir damit auch die Bindung an Berlin.

Lassen Sie mich ganz kurz zu den „Nageversuchen“ etwas sagen. Der Ausdruck ist vielleicht nicht so ganz richtig; denn „nagen“ bedeutet ja, daß man irgend etwas kaputt machen will. So war es nicht. Aber die Bundesregierungen haben immer sehr viel Wert darauf gelegt, diesen Zusammenhalt zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland zu demonstrieren. Sie haben immer, wenn es darum ging, ein Beispiel dafür zu geben, das auch getan – z. B. das Bundesverfassungsgerichtsurteil, oder die Praxis, Gesetze auch in Berlin zu unterschreiben, was ja eigentlich ein Hoheitsakt, ein Amtsakt einer Regierung ist und normalerweise nicht auf Territorium außerhalb geschehen sollte. Solche Maßnahmen gab es laufend. Das habe ich damit gemeint, ohne damit sagen zu wollen, daß man versucht hat, damit die westliche Präsenz zu unterhöhlen.

Ein letztes großes Beispiel für den Aufbau der Bundespräsenz war unmittelbar nach dem Viermächteabkommen von 1971 das Umweltbundesamt. Interessant, daß die damalige Bundesregierung gleich gesagt hat: Jetzt wollen wir mal sehen, ob sich die „Entwicklung der Bindungen“, wie es im Abkommen heißt, auch verwirklichen läßt, und nun tun wir da ein neues Bundesamt hin! Damals hat es ja sehr heftige Proteste von östlicher Seite gegeben, und auch die westliche Seite hat gesagt: Bevor ihr wieder so etwas macht, laßt uns darüber reden!

Nun zu dem generellen Verhältnis Adenauers zu Berlin. Ich glaube, wenn man die Äußerungen von Adenauer – „In Magdeburg lasse ich die Jalousien runter“, „heidnische Stadt“ usw. – als maßgeblich für Adenauers Politik betrachtet, unterschätzt man die politischen Fähigkeiten Adenauers. Ich glaube nicht, daß er sich davon hat bestimmen lassen. Ich stimme auch Herrn Faulenbach in der Auffassung zu, daß es bestimmte Zurückhaltungen gegenüber Preußen gab, für das Berlin – vielleicht ein bißchen zu Unrecht – ein Symbol gewesen ist, die nicht nur von Adenauer, sondern von vielen anderen Leuten auch geteilt wurden.

Das als bestimmend für seine Politik anzusehen, wäre jedoch ungerechtfertigt. Natürlich wurde nicht nur nach der Berlin-Blockade, sondern häufig diskutiert: Soll man Berlin – wir haben immer von Berlin gesprochen, aber faktisch ging es um West-Berlin – enger an die Bundesrepublik binden? Wie kann man das machen? Wie machen wir daraus ein Land usw.? Darüber wurde diskutiert, aber die Ergebnisse waren natürlich andere. Die Ergebnisse waren so, wie sie waren, nämlich: Nein, der Viermächtestatus muß aufrechterhalten werden.

Die Ergebnisse sind ja nicht unwichtig. Ich erinnere daran, was während

der zweiten Berlin-Krise alles in der Eisenhower-Regierung an möglichen Konzessionen diskutiert wurde. Und das erste, was Kennedy gemacht hat, war, durch Averell Harriman erklären zu lassen: Wir fangen ganz neu an, um erst einmal diese anderen „angedachten“ Konzessionen aus dem Wege zu räumen. Insofern ist das letztliche Ergebnis wichtig, was für Argumente Adenauer und Blankenhorn auch immer verwendet haben mögen. Im Jahre 1949 war die Bundesrepublik Deutschland nicht Mitglied der NATO. Wie sollte gerade das exponierte Berlin geschützt werden? Da war es doch auch ein deutsches Interesse, sicher zu sein, daß die Westmächte fest in Berlin sitzen.

Auch das „Symbol der unvollendeten Teilung“ spielt hier eine Rolle. Adenauer hat Wert darauf gelegt. Wäre diese Symbolik, wenn Berlin zu einem ganz normalen Land geworden wäre, reduziert worden? Wahrscheinlich doch etwas.

Zu Adenauers Deutschlandpolitik insgesamt möchte ich folgendes sagen. Adenauer hatte immer, auch während der zweiten Berlin-Krise, Sorge, daß die Westmächte deutschlandpolitische Konzessionen machen würden, um Berlin zu sichern. Wenn er aber an der deutschen Wiedervereinigung interessiert war, mußte er ja auch an Berlin interessiert gewesen sein; denn es wäre wohl kaum möglich gewesen, Deutschland ohne Berlin wiederzueinigen.

Also, ich glaube, diese Dinge sind insgesamt recht komplex, und ich würde sie nicht auf irgendwelche Äußerungen über das „heidnische Berlin“ reduzieren.

(Abg. Koschyk (CDU/CSU): Kontextualität!)

Mit Sicherheit wäre die Mauer auch nicht verhindert worden, wenn Berlin ein Bundesland gewesen wäre, weil die Motive, sie zu bauen, ja ganz andere waren.

Damit bin ich bei der Frage von Herrn Jacobsen, welche Bedeutung das Ende der Berlin-Krise für die Deutschlandpolitik hatte.

Zunächst glaube ich nicht, daß der Bau der Mauer das Scheitern der Adenauer-Politik anzeigte. In den sechziger Jahren wurde generell gesagt, diese Politik ist gescheitert. Augstein, der damals einer der Protagonisten dieser These war, hat sich nun nachträglich entschuldigt und gesagt: Diese Sichtweise war doch nicht richtig. Sie hat die Bedeutung der Mauer überschätzt. So dramatisch ihr Bau war, war sie doch in erster Linie eine defensive Maßnahme der DDR, um aufrechtzuerhalten, was sowieso schon da war. Adenauer hat immer gesagt: Wir müssen unsere Grundpositionen aufrechterhalten, wir müssen Geduld und einen langen Atem haben; dann wird der Tag kommen, an dem die Wiedervereinigung erneut auf der Tagesordnung steht. Dieser Tag werde aus drei Gründen kommen. Erstens werde die Wirtschaft im Osten zusammenbrechen, denn ein solches Wirtschaftssystem lasse sich auf die

Dauer nicht erhalten. Zweitens würden die Menschen das auf die Dauer nicht erdulden. Und drittens – das hat er vielleicht überschätzt – werde die Auseinandersetzung mit China die Sowjetunion schwächen.

Es hat aber Veränderungen in der Deutschlandpolitik gegeben – dem stimme ich zu –, und zwar insbesondere in der SPD die Überlegung, die Sie schon nannten, der Wunsch, neu nachzudenken. Nun ist dieses Nachdenken nicht auf die eine Seite beschränkt gewesen. Ich weiß, in einem Bundestagsausschuß ist es absolut unmöglich, der anderen Seite einmal zuzugestehen, daß sie auch etwas Richtiges getan hat.

Es ist inzwischen nachgewiesen, daß es auch bei Adenauer Nachdenken gegeben hat; 1962 das Burgfriedensangebot; vorher schon die Globke-Pläne – all diese Gedanken hat es gegeben. Ich finde es falsch, heute zu sagen, die Wiedervereinigung sei überhaupt nur durch die neue Ostpolitik der SPD möglich gewesen. Ich finde es auch falsch, zu sagen, sie sei überhaupt nur durch die Adenauerpolitik möglich gewesen. Man muß doch erkennen, daß es ein Geben und Nehmen, ein Zusammenwirken war. Die SPD hat nach dem Bau der Mauer die Anerkennung des Status quo, der „Realitäten“, betont. Die CDU/CSU hat zu Recht gewarnt, dabei zu weit zu gehen. Und das war richtig: Das Verfassungsgerichtsurteil von 1973, das die Ostverträge bestätigt, aber gravierende Einschränkungen gemacht hat, war ganz wichtig für den Fortgang der Deutschlandpolitik und letztlich für die Wiedervereinigung.

Ein Problem bei der Anerkennung der Realitäten war, daß vor allen Dingen die Realität der Macht anerkannt wurde. Es wurde zu wenig die Realität der Unzufriedenheit und des Widerstandes gesehen und anerkannt. Das wurde unterschätzt.

Zu dem Punkt, ob „Nuklearkrieg“ nur Verbalismus gewesen sei, ist schon gesagt worden, daß der Verbalismus in dieser Sache natürlich auch eine Rolle spielte. Doch war es auch ernst gemeint? Ich glaube, letztlich kann man das nicht wirklich beantworten, denn jeder fürchtete einen Krieg. Man wollte alles tun, um einen Nuklearkrieg zu vermeiden – aber wahrscheinlich doch nicht um jeden Preis. Das hat Kennedy gesagt: Es gibt bestimmte Punkte, da sind wir nicht bereit, da müssen wir einen Krieg riskieren.

Gab es Vorbereitungen? Ja, es gab zwei Elemente. Das war einmal die Koppelung auch Berlins an die allgemeine westliche Abschreckung. Es wurde aber auch in der Contingency planning während der zweiten Berlin-Krise über die Anwendung taktischer Nuklearwaffen diskutiert. Heute, nach Tschernobyl, und generell ist uns der Gedanke ziemlich entsetzlich; aber es wurde konkret überlegt, was man in so einer Situation machen kann. Es wurde über einen möglichen Einsatz taktischer Nuklearwaffen nachgedacht, ohne daß gesagt wurde: Um soundsoviel Uhr werden wir die dann einsetzen.

Herr Mitter hat gesagt, die Fluchtwelle sei nicht nur auf die Anziehungskraft des Westens zurückgegangen, sondern auch auf die Politik der DDR, die

forcierte Kollektivierung usw. Ich finde das absolut richtig. Es kam noch ein dritter Faktor hinzu, nämlich die selbstgeschaffene internationale Krise, die auch weiterhin die Fluchtwelle gefördert hat. Es waren also mehrere Elemente.

Chruschtschow hat Ulbricht wiederholt aufgefordert, eine Politik zu machen, damit die Leute ihm nicht immer weglaufen. Es gibt dafür mehrere Beispiele, Protokolle oder Briefe von Chruschtschow. Ich komme allerdings nicht zu der Folgerung, daß die Fluchtwelle nicht trotzdem der eigentliche Grund für die Mauer war. Gerade wenn sie sich erst langsam gesteigert hat: Man hat überlegt, was man tun kann, um diese Ausblutung – und das war es ja – zu verhindern. Es waren auch immer mehr junge Leute, die flohen.

Ganz kurz noch ein paar Punkte. Warum ist Adenauer damals nicht sofort nach Berlin geflogen? Es gibt dazu unterschiedliche Äußerungen. Einer von Adenauers Söhnen hat gesagt, Adenauer habe ihm auf eine Frage, warum er nicht gleich nach Berlin geflogen sei, geantwortet: Die Amerikaner haben mich nicht gelassen; ich wollte ja. Es ist schwer, den Wahrheitsgehalt zu beurteilen. Nehmen wir an, es ist wahr. Es ist möglich, daß hier eine Verwechslung mit der Anreise des Sonderbeauftragten Clay besteht. Als Clay nach Berlin flog, wollte Adenauer mit ihm fliegen. Clay hat das abgelehnt, weil es als Einmischung in den Wahlkampf gesehen werden konnte. Das war aber sehr viel später. Vielleicht hat der Sohn das verwechselt?

Andere, Franz-Josef Bach z. B., damals persönlicher Referent von Adenauer, Anneliese Poppinga, seine Sekretärin, sagen etwas anderes. Sie sagen, Adenauer habe gesagt – das habe ich in dem Gutachten zitiert –: Das hat überhaupt keinen Sinn; was soll ich da? Das putscht nur die Menschen auf, das reizt sie; ich kann ihnen nichts geben. Lassen Sie mich hier aus einem Protokoll des SED-Politbüros eine nette Äußerung wiedergeben. Irgend jemand – ich weiß nicht mehr, wer – hat da einen Bericht über die Johnson-Rede gegeben: Es sei eine typische Rede eines westlichen Politikers gewesen, er habe die Leute ordentlich aufgeputzt, aber gegeben habe er ihnen in Wirklichkeit nichts. Das war Adenauers Position jedenfalls nach Bach, Poppinga und anderen.

Hat sich der völkerrechtliche Status Ost-Berlins verändert? – Prinzipiell nicht, muß man sagen. Es haben sich Dinge faktisch verändert. Wir haben während der Viermächteverhandlungen über Berlin 1971 akzeptiert, daß die DDR für Ost-Berlin verhandeln kann. Die DDR hätte niemals akzeptiert, daß die Bundesregierung für West-Berlin verhandelt; das mußte der Senat tun. Gut, das war so eine gewisse faktische Konzession.

Die Botschaften der Westmächte haben sich, nachdem sie sich lange gesträubt hatten, dann doch in Ost-Berlin angesiedelt, allerdings mit dem Hinweis, daß sie nicht in der DDR, sondern bei der DDR akkreditiert sind. Wie sich diese faktischen Entwicklungen im Laufe der Zeit gewohnheitsrechtlich

ausgewirkt hätten, das weiß man nicht. Man wird es auch nie wissen, weil es nicht so weit gekommen ist. Aber streng völkerrechtlich gesehen hat es keine Veränderungen gegeben, nur diese faktischen Veränderungen, die sich vielleicht hätten auswirken können.

Waren die drei Essentials eigentlich ein Rückzug? Hier muß ich wieder mit Radio Eriwan antworten: Eigentlich nicht. Man hat – mit einigen Ausnahmen – bis 1958 immer von Berlin gesprochen. Man kann aber folgern, daß sich die Garantien der Westmächte nur auf West-Berlin bezogen, weil ja die NATO-Garantie sagte: entweder ein Angriff auf NATO-Territorium oder auf NATO-Truppen; und beides galt ja für Ost-Berlin nicht. Ab 1958 ist dann sehr klargemacht worden, daß die Essentials nur für West-Berlin gelten.

Letzter Punkt. Man muß immer sehr vorsichtig sein: Natürlich ist es richtig, Herr Soell, daß wir 1961/62 die Wehrpflicht verändert haben. Es ist nicht so, daß wir gar nichts gemacht haben. Nur, in der Debatte, als von uns, von der westdeutschen Presse im August und September soviel Kritik an Amerika geäußert wurde, haben die Amerikaner, laut Birrenbach, gesagt: Wir verstehen euch nicht. Wir engagieren uns ganz heftig in West-Berlin, außerdem erhöhen wir den Verteidigungstetät, und ihr seid noch nicht mal bereit, eure Wehrpflichtigen eine Weile zurückzuhalten! Daß wir dann, ein bißchen spät zwar, die Wehrpflicht verlängert haben, ist richtig. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank für die Ergänzungen, Herr Mahncke. Ich mache alle Kollegen darauf aufmerksam, daß es ja auch ein Manuskript von Herrn Mahncke gibt, das beim Sekretariat angefordert werden kann, so daß man an Hand der reichen Quellenhinweise den Dingen nachgehen kann.

Herr Dr. Wolle, auch Sie haben einen reichen Fragenkatalog.

Dr. Stefan Wolle: Unter dem Druck des Mittagessens, auf das jetzt alle warten, möchte ich mich auf eine Frage beschränken: Wie wurde das legendäre Jahr 1968 in der DDR reflektiert? Zunächst einmal verbindet sich damit für uns ein doppeltes Datum: zum einen die Niederschlagung des Prager Frühlings, zum anderen die antiautoritäre Studentenbewegung in vielen Ländern, aber eben auch sehr konzentriert in West-Berlin, wie wir alle wissen.

Ich warne jetzt ausdrücklich vor nachträglicher Rechthaberei. Ich glaube, es gibt überhaupt nichts Schlimmeres in der Geschichte. Kontextualität, wie das eben so schön gesagt wurde, ist eben hier mehr als irgendwo angesagt.

Ich glaube mich sehr gut erinnern zu können und habe es sehr ausführlich im Aktenmaterial nachgelesen, daß die Wirkung dessen, was man so mit antiautoritärer Studentenbewegung verbindet, auf den Osten von der Obrigkeit mit sehr, sehr viel Mißtrauen beobachtet wurde. Zum einen wurde der dogmatische Marxismus durch kritische neue Ideen, die aus dem Westen kamen, aufgebrochen. Das wurde als sehr gefährlich angesehen, zum Teil

für gefährlicher erachtet als eine rein bürgerliche Opposition. Bei allen Spintisierungen, die man vielleicht heute, nach 20, 30 Jahren sieht, war das doch die überwiegende Wirkung unter jungen Leuten in der DDR.

Und überhaupt der kulturelle Aufbruch. Es war ja in der DDR eine sehr prude Gesellschaft, eine sehr spießbürgerliche, provinzielle Gesellschaft. Und alles das – ich will es im einzelnen nicht ausführen –, was sich so damit verband, Revolte, Rebellentum, antiautoritäre Haltung, fiel bei uns auf sehr fruchtbaren Boden und hatte eine – für meine Begriffe – sehr positive Wirkung.

Man hat die Bewegung von 1989 sehr oft die Revolution der Vierzigjährigen genannt, und ohne das wissenschaftlich direkt verifizieren zu können, glaube ich doch: Es ist eine typische Biographie derer, die 1989 40 + x waren – ich selbst war in diesem Jahr 39 –, die mit 17 und 18 sehr stark beeinflusst waren einerseits von den Ideen, die von der Jugendbewegung aus dem Westen kamen, andererseits von den Ideen des Prager Frühlings, und das bildete damals bei uns eine Synthese. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank für diesen persönlichen Akzent, Herr Wollé. Jeder ist geprägt durch seine Zeit, in der er groß geworden ist. Das müssen wir in unseren Betrachtungen immer mit in Erwägung ziehen.

Ich darf mir den Vorschlag erlauben, daß die drei Kollegen aus der Kommission vor allen Dingen auf die berlinspezifischen Probleme eingehen. Die internationalen Fragen, die auch noch im Raum standen, können vielleicht heute Nachmittag, wenn wir das ganze internationale Feld bedenken, mit eingebracht werden, so daß nichts unter den Tisch fällt.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich will dieses Thema jetzt auch nicht vertiefen.

Herr Jacobsen, ich gebe Herrn Mahncke mehr Recht, was die Frage der nuklearen Planung selbst für den Fall angeht, daß 1961 wieder eine neue Blockade anstand. Sie war sehr ernsthaft. Das können Sie in den Erinnerungen von Franz Josef Strauß nachlesen, daß gerade die deutsche Seite mehr erschreckt war und versuchte, sich – was die Bundesregierung anging – mit größter Vorsicht zu verhalten. Das muß man ihr ein Stück zugute halten, und das gilt auch gerade insbesondere für Strauß, der zwar gelegentlich Gefangener eigener Rhetorik war, aber in kritischen Momenten – sowohl in der Berlin-Krise wie in der Kuba-Krise – gegenüber der NATO eher für Zurückhaltung plädiert hat. Das muß man einfach konzedieren.

Jetzt aber zunächst zur Frage von Herrn Faulenbach, was die Rolle der damaligen Opposition – es bezieht sich wohl auf die fünfziger Jahre, also vor 1961 – angeht. Da war es sicherlich eine Rollendefinition; aber es war natürlich auch das Erbe von Kurt Schumacher, der das Verhalten der Sozialdemokraten aus der Zeit vor 1933 zur nationalen Frage, jedenfalls

was die theoretische, programmatische Seite betrifft, kritisiert und gesagt hat, das solle der Sozialdemokratie nicht wieder passieren. Die eigene Grenzlanderfahrung eines Mannes, der aus Westpreußen stammte, spielte natürlich auch eine Rolle.

Dazu kam, wie Fritz Erler, der aus dem Prenzlauer Berg stammte und hier aufgewachsen war, es einmal ausgedrückt hat, daß die SPD ohne die östlichen Länder nur auf einem Lungenflügel atmete, weil sie ihre starken Bastionen eben hier in Berlin, in Sachsen und Thüringen hatte. Dies ist ja dann durch die Naziherrschaft und die SED-Herrschaft dramatisch zerstört worden. Deswegen waren die Spekulationen von Ende 1989/1990 nicht tragfähig, die SPD würde nun auf einmal wieder die größte Partei im Osten sein.

Dann komme ich zu den Fragen von Herrn Koschyk und Herrn von Schorlemer. Die Ambivalenzen – der Begriff ist ja bei Faulenbach aufgetaucht – von Adenauer, was Berlin oder die Beurteilung Preußens in der deutschen Geschichte angeht, sind in Teilen bei mir auch vorhanden. Ich bin Badener, noch weiter südlich am Rhein geboren als die Kölner, und insoweit verstehe ich das. Wir haben eine alte Rechnung mit dem alten, reaktionären Preußen.

Aber es gibt eben auch ein anderes Preußen, auch schon vor 1933. Und die Berliner jedenfalls – das habe ich auch in der Debatte um die Frage „Hauptstadt Berlin – ja oder nein“ immer betont – haben vor 1933 jedenfalls antinazistischer gewählt als West- und insbesondere Süddeutschland. Dabei gibt es in Süddeutschland auch wieder erhebliche Unterschiede; daran ist überhaupt kein Zweifel. Und da akzeptiere ich nun weder Adenauers Deutung in der berühmten Kölner Rede vom März 1946 noch die von Herrn Blankenhorn, daß die Süddeutschen nicht gerade die Anhänger Hitlers waren. Da muß man wieder sehr genau unterscheiden.

Es gibt eine bestimmte Variante der österreichischen und der bayrischen Mentalität, jedenfalls vor 1918/19, wo der Antisemitismus und die reaktionäre Stimmung auch von Teilen des katholischen Milieus geprägt sind. Das hat Hitler sehr stark geprägt. Das hat sich verbunden mit einem gewissen norddeutsch-obrigkeitsstaatlichen Verhalten; aber die Wurzeln dieses nationalsozialistischen Radikalismus lagen nicht in erster Linie in Preußen. Das muß man einfach hinzufügen.

Was die operative Seite der Politik angeht: Bei Adenauer war das ganz eindeutig. Er war nicht identisch mit der CDU. Es gab unterschiedliche Flügel. Gegenüber Jakob Kaiser hat er schon im April 1946 gesagt, daß es für den Westen wie für den Süden Deutschlands ganz ausgeschlossen sei, daß nach einer Wiedererrichtung Deutschlands die politische Zentrale des neuen Deutschlands in Berlin ihren Sitz findet. Dabei sei es gleichgültig, ob und von wem Berlin und der Osten besetzt seien. So seine Haltung.

1959 hat er z. B. versucht, die Bundesversammlung in Berlin abzusetzen. Gerstenmaier, ein Süddeutscher, hat gegengehalten und gesagt – es handelte

sich um die Wahl des Nachfolgers von Theodor Heuss: Die Wahl wird weiterhin in Berlin abgehalten. Man muß da sehr genau unterscheiden, Herr von Schorlemer.

Damit bin ich auch schon am Ende. Wenn man die Bayern bei den SPD-Bundestagsabgeordneten abrechnet, wie Sie die CSU von der CDU abgerechnet haben, hätte die Mehrheit der SPD-Abgeordneten auch für Berlin gestimmt.

Und wenn ich jetzt hier nur die aus dem Westen nehme: Gert Weisskirchen und ich stammen aus demselben badischen Raum und haben für Berlin gestimmt, weil die Badener, obwohl sie eine alte Rechnung mit den Preußen von 1849 haben, immer reichstreuer waren. Sie aus Niedersachsen haben ja auch eine alte Rechnung aus dem 66er Konflikt, und trotzdem waren Sie für Berlin. So gleicht sich manches aus.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Danke sehr, Herr Soell, auch für die aktuellen Schlußbemerkungen; aber wir wollen jetzt nicht in eine Berlin-Debatte eintreten.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Die letzten Beiträge haben mich besonders erfreut, weil sie zeigen, wie normal wir wieder werden und daß der deutsche Föderalismus sich seinen Raum schafft. Das ist ja auch nicht schlecht.

Bevor ich zu der Frage nach der Presse zu Berlin und der Mauer komme, will ich noch eine ganz persönliche Anmerkung zu meinem alten Freund Rudi Dutschke – ich darf das sagen – zu Protokoll geben. Rudi Dutschke und Bernd Rabehl – er ist im selben Atemzug zu nennen – kamen aus der DDR. Sie suchten einen dritten Weg. Sie waren zutiefst antikommunistisch in ihrer Gegnerschaft zur Sowjetunion und zur SED.

Wir müssen differenzieren. In dem Moment, als die Studentenbewegung gewissermaßen „verwestdeutsche“, fand eine Abkehr von den deutschen Fragen statt, die der SED „Spielchen“ ermöglichten, die Böhm (Melsungen) angesprochen hat. Aber bei Dutschke und Rabehl waren sie nicht möglich. Das will ich an dieser Stelle noch einmal festhalten, es geht dabei auch um ein Stück meiner eigenen Biographie.

Zu der Frage, wie die Medien, wie Teile der Journalisten auf die Berliner Mauer reagiert haben: Die Grundfrage der Anerkennung ist bereits einmal kurz gestreift worden. Ich will die noch einmal hervorheben, weil nach meiner Beobachtung der sogenannte kritische Journalismus ein sehr genaues Verhältnis dazu hatte.

Die Frage der Anerkennung ist die der Macht, und die SED war eine Macht. Die verschwiegene Anerkennung der Macht durch viele sich als kritisch und entspannungsfreundlich verstehende Journalisten in der Bundesrepublik beinhaltete oft, daß sie in ihrer Berichterstattung rücksichtsvoll respektierten,

daß die SED darüber verfügte, wer in die DDR einreisen darf und wer nicht. Ein Beispiel.

Ich habe den Rauswurf des Spiegelkorrespondenten Jörg Rainer Mettke ganz persönlich miterlebt. Mettke hat verzweifelt versucht, seine lieben Korrespondentenkollegen davon zu überzeugen, daß Solidarität gefordert ist. Er hat damals argumentiert: Wenn ihr akzeptiert, daß die SED akkreditierte Journalisten rauswirft, wie es ihr beliebt, dann werdet ihr verdammt sein, die Hofberichterstattung der SED zu machen und kein Stück mehr. – Dieses Kapitel muß sowieso noch einmal untersucht werden. Hinzu kommen noch: die Steuerpräferenzen der in Ost-Berlin akkreditierten Journalisten, der Antiquitätenhandel, der eine Rolle gespielt haben soll, usw. usw.

Ganz besonders deutlich wurde diese Anerkennung der SED-Diktatur – ein sehr beschämendes Beispiel für Presse und Medien in der Bundesrepublik –, als dieser von vielen verlachte Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, 1987 vor dem Brandenburger Tor stand und sagte: „Mr. Gorbatschow, der Prüfstein für Ihre ganze Politik ist, ob Sie diese Mauer abreißen und dieses Tor aufmachen!“ Damals war sich der sogenannte kritische Journalismus, der, wie gesagt, immer die Machtfrage in der DDR respektierte, einig in der Verächtlichmachung dieser Forderung. Es war immer die Frage, wie wir uns verhalten, ob wir sie akzeptieren.

Mahncke hat zu Recht gesagt: Entscheidend waren weniger die Modusvivendi-Formulierungen in der jeweiligen Machtsituation, sondern ob wir innerlich bereit waren, darauf zu beharren, das deutsche Selbstbestimmungsrecht gilt auch für die 16 Millionen. Und an diesem Punkt haben sich viele westdeutsche Journalisten versündigt. Ich warte immer noch darauf, daß der Chefredakteur dieses großen Wochenblattes, das in Hamburg als moralische Instanz der Nation jede Woche auftritt, auch noch einmal zu den Erbärmlichkeiten Stellung nimmt, wie seine Redaktion 1986 die Reise in die DDR vorbereitet hat. Ich habe die SED-Akten darüber gefunden und sie damals nicht publiziert. Ich habe mir gesagt: Herrgott, mit dieser Geschichte willst du dich gar nicht befassen; das ist einfach nur devot! Aber der „Unfehlbare“ hat es überhaupt nicht nötig, auch nur darüber zu berichten, wie das Blatt mit Herrn Meyer vom Außenamt der Deutschen Demokratischen Republik untertänigst – anders kann ich es nicht sagen – korrespondiert hat. Die Gesprächspartner in der DDR sollen so ausgesucht sein, daß er nicht wie ein ... – ich möchte das Wort gar nicht wiederholen, das der Chefredakteur an Herrn Meyer schrieb – in der Bundesrepublik dasteht.

Diese ganze Reise ist von Honecker höchstpersönlich inszeniert worden, und anschließend hat Herr Meyer in der Auswertung geschrieben, die „Zeit“-Serie hat ein positives DDR-Bild in den Eliten Westeuropas befördert. Der westdeutsche Opportunismus von Journalisten, die es nicht nötig hatten, ist

eine Sache, über die wir sprechen müssen, und ich danke Rainer Eppelmann, daß er mir Gelegenheit zu dieser Darstellung gegeben hat.

(Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Es gab auch ganz andere Journalisten! –
Abg. Koschyk (CDU/CSU): Wenige!)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Wir wollen jetzt Sie, Herr Mitter, hören. Das Thema „Journalisten“ wird uns ja, Herr Kollege Weisskirchen, im Themenbereich 4 noch beschäftigen. Da können wir an den Fragen weiterstricken.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich möchte es angesichts des Bedürfnisses, sich individuell zu unterhalten, sehr kurz machen und auf zwei Punkte eingehen.

Die Fluchtbewegung, um es sehr klar auszudrücken, ist für mich ein Teil einer innergesellschaftlichen Krise in der DDR, die viele Beispiele, viele Facetten hatte. Eine weitere Facette war z. B. der wachsende Widerstand der DDR-Bevölkerung auf unterschiedlichen Ebenen. Dieser Widerstand der DDR-Bevölkerung war nicht etwa auf Reformen orientiert – das waren die wenigsten –, die Leute wollten dieses Regime beseitigen, und zwar nicht bloß bis zum Mauerbau, sondern auch danach.

Die große Zahl an Verhaftungen bis Ende 1961 betraf nicht etwa Leute, die fliehen wollten, sondern Menschen, die in allen Bezirken dieses Landes auf ganz unterschiedliche Art und Weise gegen das Regime gekämpft haben. Es wurden Flugblätter verteilt: „Die rote Diktatur hat die braune abgelöst, wir müssen sie beseitigen!“ Es wurden Flugblätter geschrieben: „Wir können nicht alle in den Westen abhauen; wir müssen kämpfen, dieses Unrechtsregime muß beseitigt werden!“ Das war die gesamtgesellschaftliche Krise.

Mielke, der nun absolut kein Menschenfreund war, hat im Dezember 1961 erklärt, daß die Gefängnisse zu voll seien, man könne nicht mehr weiter verhaften, weil es überhand genommen hat. Man müsse andere Mittel und Methoden finden.

Das nur, um einige Punkte aus dieser innergesellschaftlichen Krise zu benennen.

Das zweite ist die Frage der DDRologen. Das ist natürlich ein sehr komplexes Feld. Für mich am allerwichtigsten ist, daß das fortwirkt. Diese Leute verstehen es heute noch, ihre alten Kontakte, die sie ab Mitte der achtziger Jahre in die DDR geknüpft haben, weiter zu nutzen. Und das ist nicht einmal das Schlimme. Das Schlimme ist, daß die, die wirklich Aufarbeitung der DDR-Geschichte betreiben wollen, die aus der Bürgerbewegung hervorgegangenen Gruppierungen, wieder am Rande stehen. Das Geld wird an Forschungsinstitute geliefert, die sich aus alten Kadern und neuen Kadern aus dem Westen zusammensetzen. Das ist das Entscheidende. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Auch Ihnen vielen Dank für diesen engagierten Beitrag, der sehr wichtig ist.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bislang das Mittagessen verkniffen; aber ich glaube, es war wichtiger, eine Stunde länger als vorgesehen über die Berlin-Frage zu sprechen. Es war wichtig, ein Thema sehr ausführlich und mit unterschiedlichen Facetten zu behandeln, das in der Diskussion um Deutschlandpolitik, um Aufarbeitung der Vergangenheit der SED, der DDR leider unterzugehen droht.

Deshalb ist es auch wichtig, daß diese Sitzung heute in Berlin stattfand. Wir hätten sie nicht in Bonn durchführen können. (Beifall)

Ich möchte mich im Namen aller meiner Kollegen sehr herzlich bei unseren beiden Gästen, bei Professor Mahncke und Herrn Dr. Wolle, bedanken. (Beifall)

Beide haben uns ganz wertvolle Hinweise gegeben. Herzlichen Dank aber auch an die Kollegen, die sich bereit erklärt hatten, heute etwas ausführlicher in die Thematik einzusteigen, an Herrn Soell, Herrn Wilke und Herrn Mitter.

Ich schließe diesen Teil der Anhörung. Ich gebe meine Moderatoren-aufgabe ab.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß Sie alle gestählt sind und die Pause ein wenig genutzt haben, damit Sie jetzt den Verhandlungen wieder mit höchster Aufmerksamkeit folgen können.

Es geht heute nachmittag um die internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik einmal von 1949 bis 1955 und zum anderen von 1961 bis 1989. Das heißt, es wird nun, nachdem wir uns am Vormittag stärker – nicht ausschließlich – mit den Beziehungen der beiden deutschen Staaten untereinander und ihrem wechselseitigen Einwirken aufeinander beschäftigt haben, stärker darum gehen: Wie ist das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn gewesen? In diese Problematik werden uns zwei Vortragende einführen, die wir eingeladen haben, Herr Hermann Graml vom Institut für Zeitgeschichte in München und Herr Professor Dr. Loth von der Universität/Gesamthochschule Essen. Sie werden in dieser Reihenfolge sprechen. Daran anschließend wird es eine Diskussion geben bzw. es werden Fragen der Mitglieder der Kommission gestellt werden. Dieser Teil der Veranstaltung wird von Professor Jacobsen eröffnet werden, der ein über den Rahmen einer Frage hinausgehendes Statement abgeben wird.

Zunächst erhält, wie gesagt, Hermann Graml das Wort. Er ist 1928 in Miltenberg am Main geboren. Er ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München. – Ich freue mich, daß Sie da sind. Vielleicht darf ich noch anfügen, daß Sie der Chefredakteur der vom Institut herausgegebenen Fachzeitschrift „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sind und außerdem eine ganze Reihe von Veröffentlichungen zu den Themen

der Außenpolitik der Zwischenkriegszeit, des Widerstandes und der nationalsozialistischen Judenverfolgung verfaßt haben.

Hermann Graml: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Bedeutende politische Ereignisse verändern nicht nur Gegenwartsbild und Zukunftserwartung der Zeitgenossen, sondern auch ihre Wahrnehmung der Vergangenheit. Meist entfernt sich dabei die Wahrnehmung von der gewesenen Realität. So ist es nicht sonderlich überraschend, daß uns die Vereinigung der lange getrennten Teile Deutschlands eine Flut von ahistorischen Urteilen über die Geschichte sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie der Deutschen Demokratischen Republik beschert, zumal hier Emotionen im Spiele sind, die mit einer wohl nicht zu unterdrückenden Gier nach neuer Deutung der Vergangenheit verlangen. Gerade die entscheidenden Bedingungen der deutschen Geschehnisse nach dem Zweiten Weltkrieg drohen aus dem Blick zu geraten. So führt die Vorstellung in die Irre, die Wahl anderer als der tatsächlich beschrittenen Wege sei für die Deutschen im Grunde eine Willensfrage gewesen. Zumindest im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende stand die politische Entwicklung in Deutschland in Wirklichkeit unter Gesetzen, die den Deutschen die Freiheit der Entscheidung zunächst vollständig und dann noch eine ganze Weile fast vollständig nahmen.

Die deutsche Nachkriegsgeschichte beginnt ja nicht mit der Bildung zweier deutscher Teilstaaten im Herbst 1949; sie beginnt vielmehr am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr, als Generaloberst Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, im Hauptquartier von General Eisenhower, dem Oberbefehlshaber der westlichen alliierten Streitkräfte in Europa, die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht unterzeichnete. Der Anlauf des nationalsozialistischen Deutschland unter Hitler, vorerst Europa seiner Herrschaft zu unterwerfen und ein auf die Landmasse zwischen Atlantik und Ural gestütztes Imperium zu errichten, war definitiv gescheitert, damit auch der nationalsozialistische Versuch, Liberalismus und Parlamentarismus in Europa zu beseitigen, alle Erscheinungsformen des Sozialismus und eines Kommunismus marxistischer Observanz zu vernichten und an ihre Stelle einen Totalitarismus biologisch-rassistischer Prägung zu setzen. Zugleich machte die Kapitulation jede Fortsetzung des mit den beiden ersten Zielen aufs engste zusammenhängenden nationalsozialistischen Ausrottungsfeldzugs gegen die im deutschen Macht- und Einflußbereich lebenden Juden unmöglich. Nach langen Jahren der politischen und dann zunächst auch militärischen Defensive hatten die parlamentarischen Demokratien des Westens und die stalinistische Sowjetunion nicht nur ihre Existenz behauptet, sondern einen totalen Sieg errungen.

Als sofortige politische Folge der Kapitulation erlosch zunächst einmal sogar die staatliche Existenz Deutschlands. Die Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen nun die in Europa dominierenden Mächte der Alliierten: Großbritannien, Sowjetunion, USA und Frankreich. Mit einer am 5. Juni 1945

veröffentlichten Proklamation stellten die vier Mächte die Übernahme offiziell fest; als Regierung des total besetzten und in vier Besatzungszonen geteilten deutschen Territoriums sollte der Alliierte Kontrollrat in Berlin fungieren, der aus den vier Oberbefehlshabern der in Deutschland stationierten Besatzungstruppen bestand. Mit diesem Akt setzten die Alliierten ihre Entschlossenheit in die Tat um, neben der militärischen zugleich die unumschränkte politische Verfügungsgewalt über Deutschland zu beanspruchen. Der Anspruch wiederum folgte aus einem Sicherheitsbedürfnis, das durch den erneuten deutschen „Griff nach der Weltmacht“ aufs äußerste gereizt worden war und jetzt nach totaler Befriedigung verlangte. Erbittert durch die außerhalb der deutschen Grenzen nirgends ernstlich bezweifelte Verantwortung Deutschlands sowohl für den Ersten wie für den Zweiten Weltkrieg und tief erschreckt durch die Kraftentfaltung, zu der sich die deutsche Gesellschaft in beiden Kriegen fähig gezeigt hatte, stimmten in allen Siegermächten Bevölkerung und Politiker vorerst darin überein, daß brutaler Expansionismus ein Wesensmerkmal deutscher Politik sei und daß gegen eine Aggressivität, der ein so bedeutendes Potential zur Verfügung stehe, außergewöhnliche Vorkehrungen getroffen werden müßten. Die Verbrechen, die von den Organen des NS-Regimes in allen während des Krieges besetzten Ländern verübt worden waren, wirkten als zusätzliches Stimulans des Sicherheitsbedürfnisses und lieferten der Anwendung nahezu jeglicher Befriedigungsmittel das erforderliche gute Gewissen, wie die Abtrennung großer Teile Ostdeutschlands und die Vertreibung der Masse der Deutschen aus Polen, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, aus Rumänien, ja sogar aus den von der Sowjetunion und Polen annektierten ostdeutschen Gebieten klar genug zeigten. Doch hielten sich die Alliierten nicht nur für berechtigt, die Grenzen Deutschlands nach eigener Machtvollkommenheit festzulegen; sie fühlten sich überdies berechtigt und im Interesse des Weltfriedens sogar verpflichtet, über die internationale Orientierung wie auch über die grundlegenden inneren Ordnungsprinzipien eines deutschen Staates oder mehrerer deutschen Staaten zu bestimmen.

Der politische Wille der Deutschen und deutsche politische Interessen konnten zunächst allenfalls eine sekundäre Rolle spielen, konnten bestätigend oder passiv ablehnend wirken. Die Deutschen waren vorerst, ob im Osten oder im Westen, nicht imstande, aus ihrer Abhängigkeit hervorzutreten – nicht allein aufgrund der tiefen physischen und mentalen Erschöpfung, in der sich die Nation nach einem langen Krieg befand, und nicht allein aufgrund der politischen Apathie, die dem lange anhaltenden Schock einer totalen politischen und militärischen Niederlage folgte, sondern doch auch aufgrund der bald eine wachsende Anzahl der Deutschen beeinflussenden Einsicht, daß jedenfalls für eine Weile die Nation fremde Führung verdiente, ja ihrer sogar bedürftig war, weil sie mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen

zugleich einen einzigartigen politischen Irrweg eingeschlagen hatte und in eine singuläre moralische Katastrophe gestürzt war.

So nahmen die deutsche Bevölkerung und ihre politischen Repräsentanten auf Jahre einen Zustand hin, den hinsichtlich deutschlandpolitischer Grundfragen die Tatsache charakterisierte, daß die vier Besatzungsmächte, die für die Entwicklung Deutschlands die Verantwortung übernommen hatten, nicht mit den Deutschen, sondern nur über die Deutschen sprachen. Bei allen Deutschlandkonferenzen der Alliierten fehlten die Vertreter der Besiegten, und noch zur Gipfelkonferenz vom Juli 1955 konnten die im Mai 1955 mit der formalen Souveränität begabten Staaten Bundesrepublik und DDR lediglich Beobachterdelegationen entsenden.

Während der Pariser Außenministerkonferenz von 1946 kam es zu einer bezeichnenden Szene. Am 9. Juli erörterten die vier Außenminister abermals den schon Monate zuvor vom Chef des State Department, James F. Byrnes, vorgelegten Entwurf eines Vertrags, der, seinerseits ein Zeugnis des Bewußtseins totaler Handlungsfreiheit der Alliierten, vorsah, Deutschland noch nach der eigentlichen Okkupationsperiode 25 Jahre lang entwaffnet, neutralisiert und unter strikter Kontrolle zu halten. Als der sowjetische Außenminister Molotow, der nach Argumenten für eine Ablehnung des amerikanischen Entwurfs suchte, unter anderem sagte, die von Byrnes ins Auge gefaßten 25 Jahre seien eine zu kurze Frist, die Entwaffnung, Neutralisierung und Kontrolle Deutschlands hätten vielmehr 40 Jahre zu dauern, da hat Byrnes die sowjetische Anregung, die immerhin eine Verlängerung totaler deutscher Abhängigkeit um nicht weniger als 15 Jahre bedeutet hätte, augenblicklich akzeptiert; keiner der Außenminister hat dabei einen Gedanken an die Betroffenen verschwendet.

Gewiß war den Besatzungsmächten bewußt, daß auch ein besetztes Deutschland nicht in dem total ohnmächtigen Stand der Jahre 1945 und 1946 eingefroren werden konnte, vielmehr wirtschaftliche Kräftigung und die Wiederkehr politischstaatlicher Organisationsformen natürlich zugelassen werden mußten. Doch hat diese Erkenntnis das Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland und den zur Befriedigung des Bedürfnisses verfochtenen Anspruch auf Verfügungsgewalt über Deutschland eher noch gesteigert. Im Grunde war es den Alliierten darum zu tun, den zur eigenen Entlastung und zur Erholung ganz Europas sogar notwendigen und zu fordernden wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands auf Wegen zu erreichen, die sicherstellten, daß die politische Konsolidierung weit dahinter zurückblieb und jedenfalls unter keinen Umständen ein unkontrolliertes Deutsches Reich mit der so mißbrauchten außenpolitischen Bewegungsfreiheit wiedererstand. Darin waren sich die Führer der europäischen Besatzungsmächte untereinander und auch mit der Regierung der etwas distanzierenden und auf die Geschehnisse in Kontinentaleuropa gelassener reagierenden Vereinigten Staaten einig. Der Begriff „Integration“ meinte von Anfang an und völlig unabhängig von jeweiligen politischen Großwetterlagen

die Bändigung oder Eindämmung der deutschen Aggressivität und die dauerhafte Beschneidung der deutschen Verfügungsgewalt über die Ressourcen Deutschlands.

Auch nach der Gründung zweier deutschen Staaten blieb die internationale politische Bewegungsfreiheit der Deutschen grundsätzlich suspendiert und in der Praxis stärkstens eingeschränkt. Sie standen nach wie vor unter Besatzungsrecht und durften formalisierte internationale Beziehungen lediglich zu ihren jeweils zuständigen Besatzungsmächten unterhalten. Sicherlich nicht als Kolonie der Westmächte zu bezeichnen, bot sich die Bundesrepublik Deutschland in ihrer frühen Phase doch als eine Art Protektorat dar.

Die DDR befand sich, grundsätzlich gesehen, in der gleichen Lage, allerdings mit einem qualitativen Unterschied in der Praxis: Waren die Vertreter der Westmächte von Anfang an bemüht, größtmögliche Übereinstimmung mit den Beherrschten herzustellen, und konnten sie angesichts des fast totalen Erfolgs ihrer Anstrengungen den Deutschen alsbald das Gefühl freiwilliger Partnerschaft vermitteln, so übte die Besatzungsmacht Sowjetunion in ihrem Protektorat die Führungsrolle mit Härte und ohne sonderliche Rücksicht auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung aus. Zwischen der fremden Herrschaft, einschließlich ihrer deutschen Administratoren, und einer Majorität der Bewohner der DDR bestand eine Kluft, die nicht schmaler werden wollte. Doch kam es immer wieder zu Vorfällen, die zeigten, daß sich die beiden deutschen Staaten, grundsätzlich gesehen, tatsächlich in durchaus ähnlicher Lage befanden. Noch am 14. Januar 1953 haben britische Besatzungsorgane Politiker, die es in der nordrheinwestfälischen FDP zu Rang und Einfluß gebracht hatten, verhaftet, weil sie, wie Außenminister Anthony Eden sagte, antiwestliche Auffassungen und politische Ziele propagierten.

Vom nie schlafenden Sicherheitsbedürfnis geleitet, nahmen die Besatzungsmächte ihre Funktion als Verwalter der deutschen Souveränität in der Tat vor allem dann äußerst ernst, wenn es um die internationale Grundorientierung Deutschlands ging. Auf der Berliner Außenministerkonferenz von Anfang 1954 sagte der sowjetische Außenminister Molotow in einer eher privaten Unterhaltung zu seinem amerikanischen Kollegen John Foster Dulles, daß die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs nicht den Fehler der Sieger von 1918 wiederholen und die Fesseln um Deutschland lockern dürften: „Es kommt darauf an, sicher zu sein, daß es eine Regierung gibt, die wir kontrollieren können.“ Gewiß zeugten solche Sätze auch für Molotows stalinistisches Politikverständnis, gleichermaßen jedoch für jenen abnormen Anspruch auf die politische Verfügungsgewalt über Deutschland, den nach abnormer Verletzung ein abnorm gesteigertes Sicherheitsbedürfnis begründete. Molotows westliche Gesprächspartner haben denn auch die Notwendigkeit, das internationale Handeln der Deutschen weiterhin zu kontrollieren, keineswegs bestritten.

Wenn alle Versuche, eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu finden, mit

Fehlschlägen endeten, so vor allem deshalb, weil hier ein zweiter Faktor ins Spiel kam, der in den zehn Jahren nach Kriegsende für die internationale Konstellation, in der mit dem Problem Deutschland umgegangen wurde, schon früh gleich wichtig war wie der erste und im Laufe der Zeit ständig noch an Gewicht gewann, nämlich die Verbindung jenes Sicherheitsbedürfnisses und jenes Anspruchs auf Verfügungsgewalt über Deutschland, die das Produkt der Erfahrung des Dritten Reiches und der Furcht vor einer Renaissance von Nationalsozialismus oder doch vor deutschem Nationalismus waren, mit Emotionen und Ängsten, die der Konflikt zwischen dem von der Sowjetunion beherrschten kommunistischen Lager und dem von den USA geführten Lager der westlichen Demokratien weckte.

Zeitweilig schien der Kalte Krieg für die Deutschen vorteilhaft zu sein, weil die Besatzungsmächte, von ihren allgemeinen Gründen zur Ermöglichung der Erholung Deutschlands abgesehen, die Deutschen als potentielle Bundesgenossen zu entdecken und in einer Weise zu umwerben begannen, wie das ohne den Kalten Krieg undenkbar gewesen wäre.

Bald zeigte sich aber, anfänglich nur in Umrissen, jedoch rasch sehr deutlich, daß die Ost-West-Spannung der Deutschlandpolitik der Besatzungsmächte und der realen Entwicklung in Deutschland auch gefährliche und am Ende verhängnisvolle Impulse gab, und zwar in doppelter Hinsicht. Erstens riß sie das Okkupationsgebiet gnadenlos in einen westlichen und einen östlichen Teil auseinander, und die an sich positive Tendenz, Deutschland in einem wirtschaftlich wie politisch integrierten europäischen Staatensystem den Wiederaufstieg zu ermöglichen, galt frühzeitig nicht mehr dem gesamten Besatzungsgebiet, sondern verengte sich, parallel zum nun einsetzenden gesamteuropäischen Spaltungsprozeß, auf den Willen, den jeweils eigenen Besatzungsraum in die entstehenden separaten Systeme des Westens bzw. des Ostens zu integrieren. Zweitens nahm der Vorgang in der hysterischen Atmosphäre des Ost-West-Konflikts eine Hektik und eine Rasanz an, zu der es in einem wenigstens etwas ruhigeren politischen Klima sicherlich nicht gekommen wäre. Die Einheit Deutschlands ging verloren, und das entbehrte insofern nicht einer tragischen Note, als die Siegermächte – Frankreich ausgenommen – im Frühjahr und Sommer 1945 eine solche Situation in Mitteleuropa keineswegs angestrebt hatten. Schon auf der Konferenz von Potsdam konnten sich aber die Mitglieder der Allianz nicht mehr auf eine gemeinsame Reparationspolitik gegenüber Deutschland verständigen. Der daher gefaßte Beschluß, die Siegermächte sollten ihre Reparationsansprüche im wesentlichen aus der jeweils eigenen Besatzungszone befriedigen, lief bereits, wenn auch noch ungewollt und meist sogar unerkannt, auf die Teilung Deutschlands hinaus, weil er die ebenfalls vereinbarte Behandlung des Okkupationsgebiets als wirtschaftliche Einheit konterkarierte. Außerdem legte Frankreich, das die drei anderen Mächte zwingen wollte, zu Aufteilungsplänen

zurückzukehren, durch systematische Obstruktion den Alliierten Kontrollrat in Berlin lahm. So erlangte der Kontrollrat gerade in seiner Anfangsphase und gerade in wichtigen Fragen nie die Fähigkeit, als gesamtdeutsche Regierung zu amtieren. Die vier Militärgouverneure exekutierten danach in ihren Zonen die vagen Direktiven des Potsdamer Protokolls zwangsläufig selbstherrlich, folgten dabei den ihnen vertrauten Interessen und Prinzipien des eigenen Landes und leiteten damit eine Sonderentwicklung der Regionen ein, die bereits im Laufe eines halben Jahres namentlich zwischen der sowjetischen Zone und dem westlichen Besatzungsgebiet einen tiefen Graben zog. Als sich der Konflikt zwischen Moskau und den Westmächten zum Kalten Krieg verschärfte, schwanden jedoch alle Chancen, den schon weit fortgeschrittenen Spaltungsprozeß anzuhalten oder gar rückgängig zu machen.

Es war nicht ohne Ironie, daß die eher hilflose Hinnahme einer an sich unwillkommenen Entwicklung, die sowohl in Moskau wie in Washington und London die Reaktion auf den deutschen Spaltungsprozeß zunächst gekennzeichnet hatte, just in dem Augenblick von bewußter Bejahung des Standes der Dinge und von einer dementsprechenden Politik abgelöst wurde – das heißt im Laufe des Jahres 1946 –, da beide Lager von weiteren ernsthaften Versuchen zur Ausdehnung der eigenen und zur Zurückdrängung der gegnerischen Machtsphäre Abstand zu nehmen und der Verteidigung des erworbenen Besitzstands Priorität einzuräumen begannen, da also an die Stelle von „Roll on“ und „Roll back“ „Containment“ trat.

Gerade in einem Konflikt, in dem beide Kontrahenten zwar mit aggressiver Gestik arbeiteten, weil sie nach wie vor von Angst und Mißtrauen beherrscht waren, in dem aber auf jeder Seite der durch Europa und Deutschland gezogenen Demarkationslinie eine zunehmend eindeutiger defensive Strategie die praktische Politik bestimmte, festigten Westmächte wie Sowjetunion ihre Entschlossenheit, den jeweiligen deutschen Besatzungsraum in der eigenen Gruppierung festzuhalten und zu deren Stärkung dort zu integrieren. Völlig undenkbar wurde es, den eigenen Besatzungsraum womöglich dem Gegner zu überlassen, die Front der Freunde zu schwächen und die Front des Feindes zu kräftigen. Damit schied auch eine Zusammenführung der getrennten deutschen Territorien bei vereinbarter Neutralisierung Gesamtdeutschlands als reale politische Möglichkeit aus. Ein Staat wie Deutschland hätte nicht lange in aufgezwungener Isolierung und Bewegungslosigkeit gehalten werden können. Alle handelnden Politiker wußten das und litten daher unter der Vorstellung, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland, nachdem es seine Fesseln abgestreift hatte, nicht dem eigenen, sondern dem feindlichen Lager anschloß und damit eine nicht hinnehmbare Machtverschiebung bewirkte. Als Bruno Kreisky während der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag Molotow einmal fragte, ob nicht auch für Deutschland eine österreichische Losung zu finden sei, antwortete der sowjetische Außenminister:

„Die Deutschen waren zweimal mit Waffengewalt in unserem Lande. Die Neutralität Österreichs läßt sich mit einem Papier sichern, die Neutralität Deutschlands nicht.“

Die Konferenzen, auf denen sich die Außenminister der vier Besatzungsmächte im Jahre 1947 mit Deutschland beschäftigten, haben die 1946 von allen getroffene Entscheidung, unter den gegebenen Umständen wenigstens den Status quo zu behaupten, nur bestätigt. Bei ihnen handelte es sich mehr um Schaukämpfe, die den östlichen wie den westlichen Akteuren vornehmlich dazu dienten, die jeweils eigenen Deutschen zur Erleichterung ihrer Integrierung davon zu überzeugen, daß für die Fortdauer und ständige Verfestigung der Teilung Deutschlands die Gegenseite verantwortlich sei.

George Kennan, damals Leiter der Planungsteilung im State Department, hat im August 1948 eine „Program A“ genannte Anleitung für deutschlandpolitische Verhandlungen mit der Sowjetunion ausgearbeitet, die für Moskau unannehmbare Vorschläge enthielt, jedoch so abgefaßt war, daß die erwartete Ablehnung, wie Kennan in seinen Memoiren schrieb, „die Russen mit der Verantwortung für die endgültige Spaltung Deutschlands belasten“ mußte. Auf der anderen Seite hat sich zur gleichen Zeit Stalin nicht geniert, selber die Kampagne als unernst zu entlarven, die der gesamte östliche Propagandaapparat gerade gegen die westlichen „Spalter“ Deutschlands eröffnet hatte. In einer Unterhaltung mit den Botschaftern der drei Westmächte, die am 3. August 1948 im Kreml stattfand, ließ Stalin, der am 24. Juni eine Blockade über West-Berlin verhängt hatte, keinen Zweifel daran, daß die Berliner Blockade nicht etwa dem Zweck diene, die Westmächte zur Aufnahme von Verhandlungen über Deutschland zu nötigen, sondern dem Ziel, die Westmächte aus Berlin herauszudrücken und Berlin selbst als Hauptstadt eines künftigen ostdeutschen Staatswesens verfügbar zu machen, mithin lediglich der Arrondierung dieses Staatswesens. So war die Berliner Blockade, ungeachtet der begleitenden und für deutsche Empfänger komponierten Einheitspropaganda, nach Stalins Kalkül ein taktisches Offensivunternehmen im Rahmen strategischer Statusquo-Politik.

Daß nun also Ostdeutschland wie Westdeutschland in größeren internationalen Systemen Aufgaben zugewiesen erhielten und übernahmen, die zur Eindämmung des jeweils gegnerischen Lagers beitragen sollten, hat allerdings das erste und anfänglich einzige Motiv der Deutschlandpolitik aller europäischen und aller an Europa interessierten Staaten, nämlich die Eindämmung der deutschen Aggressivität, keineswegs außer Kraft gesetzt. Niemand auf westlicher Seite bestritt, daß die westlichen Allianzen auch Westdeutschland Sicherheit zu bieten hatten, doch ging es stets ebenso, wie Hermann-Josef Rupieper gezeigt hat, um „Sicherheit vor Deutschland“. Präsident Eisenhower hat die EVG stets als ein Mittel sowohl gegen sowjetischen Expansionismus wie gegen deutschen Nationalismus betrachtet, und als Deutschland nach dem

Scheitern des EVG-Projekts über die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union in die NATO gesteuert wurde, da hat General Gruenther, der amerikanische Oberbefehlshaber der NATO in Europa, diese Entwicklung ausdrücklich deshalb begrüßt, weil nun ausgeschlossen sei, daß die Streitkräfte einzelner Mitgliedstaaten zu nationalistischen Abenteuern aufbrächen, d. h. – wie er sagte –, daß „ein wiedererstarkter deutscher Generalstab alleine losmarschiert“. Die französischen Politiker waren sogar der Meinung, daß die potentielle deutsche Bedrohung im Grunde mehr zu fürchten sei als die akute sowjetische Bedrohung.

Daß die doppelte Eindämmung das Koordinatensystem lieferte, in dem allein sich damals die Deutschlandpolitik der Mächte bewegen konnte, ist nicht zuletzt an dem diplomatischen Austausch abzulesen, den Stalin am 10. März 1952 mit einer Note an die drei anderen Besatzungsmächte eröffnete, in der er eine Vier-Mächte-Konferenz zur Ausarbeitung eines Friedensvertrags mit Deutschland vorzuschlagen schien, mit einem einerseits wiedervereinigten und sogar wiederbewaffneten, andererseits jedoch neutralisierten Deutschland. Die Haltung der Westmächte in dem Gefecht gab nie irgendwelche Rätsel auf. In Westeuropa dominierte härteste Opposition gegen eine Offerte, deren Annahme dem entstehenden westlichen Verbund den militärischen, vermutlich aber selbst den wirtschaftlichen Beitrag Westdeutschlands genommen hätte, und bare sieben Jahre nach der Kapitulation der Wehrmacht des Großdeutschen Reiches weckte schon die bloße Aussicht auf die Wiederkehr eines nirgends integrierten deutschen Nationalstaats blankes Entsetzen und unüberwindlichen Widerstand. In Washington, wo man selbstverständlich auch auf die Deutschlandfurcht der europäischen Bundesgenossen Rücksicht zu nehmen hatte, dachte ebenfalls niemand daran, aus der allmählich zusammenwachsenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abwehrfront gegen das sowjetische Lager ausgerechnet das Kernstück herausbrechen zu lassen.

So haben die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs eine Neutralisierung Deutschlands rundweg abgelehnt. Sie brauchten dazu aber weder den Rat noch die Genehmigung Konrad Adenauers; schon gar nicht nahmen sie aus Bonn Weisungen entgegen. Der Einfluß des Bundeskanzlers auf die beiden ersten westlichen Noten war gleich null, der Einfluß auf die dritte und vierte westliche Note nicht viel größer. Ein gegen die Politik der Westmächte opponierender Bundeskanzler wäre naturgemäß sehr störend gewesen, und eine machtvolle westdeutsche Volksbewegung für die sowjetischen Vorschläge hätte die westlichen Kabinette vor ernste Schwierigkeiten gestellt. Daß Adenauer mit dem Kurs der Westmächte übereinstimmte, daß ferner auch die westdeutsche Volksbewegung ausgeblieben ist, hat die westliche Notenpolitik fraglos erleichtert, aber mitnichten verursacht und bestimmt.

Die Annahme wiederum, Moskau habe damals tatsächlich die Wiedervereinigung zu akzeptablen Bedingungen angeboten, beruht nach meiner Meinung

auf einer Verkennung der sowjetischen Deutschlandpolitik jener Jahre. Im Grunde hat auch die sowjetische Haltung im Notengefecht von 1952 nie schwierigere Rätsel aufgegeben. Entgegen einer oft zu hörenden Ansicht sind ja die sowjetischen Absichten durch die westliche Notenpolitik durchaus ausgelotet und ermittelt worden. In den drei entscheidenden Punkten konnte sehr wohl Klarheit geschaffen werden.

Erstens ist die Sowjetunion dem westlichen Insistieren auf freien Wahlen in ganz Deutschland beharrlich ausgewichen, obwohl die Westmächte die Moskauer Forderungen in der Frage der Kontrolle solcher Wahlen praktisch sämtlich akzeptierten. Schon damit bewies Stalin, daß er freie gesamtdeutsche Wahlen nicht haben wollte und daß er gar nicht daran dachte, die SED-Herrschaft in der DDR preiszugeben und die Partei in einem wiedervereinigten Deutschland dem freien Spiel der politischen Kräfte zu überantworten. Noch deutlicher machten das im übrigen seine Nachfolger ein Jahr später, am 17. Juni 1953.

Zweitens ist, wenn man das Notengefecht als Ganzes studiert, gar nicht zu übersehen, daß die sowjetische Seite sorgfältig darauf achtete, den Notenwechsel so zu halten, daß er genau das blieb, was er war, nämlich ein Wechsel von Noten. Das heißt aber, daß sich die Sowjetunion alle Mühe gab, zur Verhinderung der Realisierung ihres Konferenzvorschlags selber einen entscheidenden Beitrag zu leisten.

Wenn jedoch Stalin gar keine Vier-Mächte-Konferenz haben wollte, so bestätigt das die erste Konklusion und führt unweigerlich und endgültig zu der Schlußfolgerung, daß es ihm drittens auch mit der Neutralisierung Deutschlands nicht ernst war. Das paßt zur Einschätzung der Neutralisierung, die man aus sowjetischen Äußerungen vor und nach 1952 kennt. Offensichtlich ist die Vorstellung falsch, Stalin habe auf die Entstehung der westlichen Allianzen, sofern Westdeutschland darin Mitglied würde, mit Furcht reagiert. Tatsächlich war nie recht einleuchtend, warum man in Moskau die weit gefährlichere Lösung der deutschen Frage, nämlich die Wiederkehr eines unberechenbaren und im Hinblick auf die in Potsdam festgelegten deutschen Ostgrenzen höchstwahrscheinlich revisionistischen deutschen Nationalstaats, der Integration Westdeutschlands in den Westen und der Integration Ostdeutschlands in den Osten vorgezogen haben soll. Als sich der sowjetische Diktator im Juli 1952 mit dem italienischen Sozialisten Pietro Nenni unterhielt, saß da, wie wir aus einer Tagebuchaufzeichnung Nennis wissen, ein Stalin, der die Vorgänge im Westen mit großem Gleichmut kommentierte und sein Sicherheitsbedürfnis von dem entstehenden Gleichgewicht der Kräfte optimal befriedigt fand.

In Wirklichkeit handelte es sich bei den sowjetischen Noten um nichts anderes als um ein Propagandamanöver. Gerhard Wettig hat kürzlich eine sehr verdienstvoll aus den Akten des Moskauer Außenministeriums erarbeitete Studie vorgelegt, in der er die Entstehungsgeschichte der sowjetischen No-

tenkampagne schildert und analysiert. Er kann zeigen, wie zwischen Anfang 1951 und Anfang 1952 SED-Führung und Moskauer Außenministerium an Versionen eines Dokuments herumfeilten, das allein für propagandistische Absichten gedacht war, wobei aus anfänglichen Entwürfen, die einer an die DDR anzuschließenden Bundesrepublik östliche Integration und Sowjetisierung verhießen, allmählich die Fassung vom März 1952 wurde, die unter propagandistischen Gesichtspunkten nicht mehr als völlig absurd erschien. Gerhard Wettig zieht daraus den Schluß, daß die Bevölkerung Westdeutschlands angesprochen und jedenfalls gegen die Westintegration aufgestachelt werden sollte.

Doch gibt es noch eine andere Möglichkeit. Man kann die Notenkampagne als Versuch verstehen, die Schuld an der Verfestigung der deutschen Teilung dem Westen anzulasten und damit die Ostintegration der DDR zu erleichtern. Das würde vielleicht besser mit der von Stalin damals verfolgten Generallinie seiner Blockpolitik übereinstimmen, die darauf hinauslief, in allen Ländern des sowjetischen Imperiums nationale Eigenständigkeit mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Im Hinblick auf die DDR gab es noch ein Sonderproblem. Schon 1977 ist gesagt worden:

„Die DDR hatte bis zum Frühjahr 1952 den militärischen Zweig der Volkspolizei als Kaderarmee nach dem Muster der alten Reichswehr organisiert. Den vorgesehenen Ausbau auf der Basis der Freiwilligkeit fortzusetzen hatte sich schon 1951 als überaus schwierig erwiesen. Von der allgemeinen Unlust der Bevölkerung abgesehen, wirkte nicht zuletzt gerade die antimilitaristische Propaganda der SED hemmend. Zur Stabilisierung des Staates wie zur Erfüllung seiner künftigen Bündnispflichten war eine Änderung des militärischen Rekrutierungsmechanismus und eine Änderung der generellen Linie in militärischen Fragen unumgänglich geworden. Der Vorschlag, eine deutsche Nationalarmee aufzustellen, hat diese Änderung eingeleitet.“

1991 hat Wilfriede Otto inzwischen zugänglich gewordene Tagebuchnotizen Wilhelm Piecks veröffentlicht, die jene Vermutung aus dem Jahre 1977 bestätigen. Pieck hielt sich, zusammen mit Grotewohl und Ulbricht, vom 31. März bis zum 10. April 1952 in Moskau auf, um mit sowjetischen Gesprächspartnern, darunter auch Stalin, die künftige Politik in der DDR zu erörtern. Zunächst ist festzustellen, daß Piecks Notizen einen Mann und eine Delegation zeigen, die ohne jede Sorge um den Bestand der DDR und der SED-Herrschaft sind. Es geht bei den Besprechungen um den weiteren Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland, und ein zentraler Punkt dabei ist die Notwendigkeit, die Abkehr vom bisher verfochtenen Pazifismus zu bewerkstelligen. „Die pazifistische Periode ist vorbei“, notiert Pieck und hält fest, daß es nun darum gehe, die „Volksarmee [zu] schaffen“, und zwar „ohne Geschrei“. Acht Wehrkreise sollen entstehen, neun oder zehn Armeekorps,

30 Divisionen. Die sowjetischen Gastgeber sagen den Deutschen: „Erfüllt euch mit Kampfgeist, wir werden euch helfen.“ Am 9. April 1952 erhalten die Moskauer Botschafter der drei Westmächte die zweite sowjetische Note. Acht Tage zuvor hält Pieck als eine Konsequenz der deutschsowjetischen Konferenzen fest: „FDJ muß schießen lernen.“

Man wird konstatieren dürfen, daß im ersten Nachkriegsjahrzehnt, spätestens seit Mitte 1946, die Fronten in der Deutschlandpolitik der vier Besatzungsmächte starr waren. Die erfolglose Deutschland-Konferenz der vier Außenminister, die im Januar und Februar 1954 in Berlin stattfand, hat das ebenso gezeigt wie das Treffen, das die vier Regierungschefs vom 18. bis zum 23. Juli 1955 in Genf zusammenführte.

Daß die Deutschen diese Starrheit und den von ihr verursachten Teilungsprozeß hinnahmen, ist allerdings nicht allein mit der vom Dritten Reich und seinem Krieg hinterlassenen Erschöpfung zu erklären. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist eine der stärksten Triebfedern politischen Handelns. Tatsächlich haben wir es neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland, das eine Folge des Zweiten Weltkriegs war, und neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor dem jeweils feindlichen Lager, das zum Kalten Krieg gehörte, mit einem dritten Sicherheitsbedürfnis zu tun, mit dem sogar extrem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis der Deutschen, das als politischer Faktor aufgrund der Umstände freilich auf Westdeutschland beschränkt war.

Die Westdeutschen und dann die Bundesrepublik grenzten unmittelbar an das entstehende und dann entstandene sowjetische Imperium. Man kann das Vorspiel der von Hitler freigesetzten sowjetischen Dynamik ausklammern, etwa den am 30. November 1939 unternommenen Angriff auf Finnland oder die 1940 von Rumänien ultimativ erpreßte Abtretung Bessarabiens. Aber die Bewohner Westdeutschlands hatten zwischen 1944 und 1949 die Entstehung des sowjetischen Imperiums als prägende Erfahrung erlebt. Mit einer Faszination, die zu tiefstzender Furcht führte, war registriert worden, wie dem Zusammenspiel zwischen militärischer sowjetischer Macht – anwesend oder drohend – und einheimischen kommunistischen Parteien erst Polen und zum zweiten Mal, wie schon im Juni 1940, die baltischen Staaten, dann Bulgarien und Rumänien, schließlich Ungarn und die Tschechoslowakei zum Opfer fielen. Daß die Sowjetunion zugleich in jenem Teil Deutschlands, in dem sie militärisch präsent war, ihre wirtschaftliche, politische und ideologische Herrschaft laufend ausbaute und ihre Besatzungszone allmählich praktisch in einen Teil ihres Imperiums verwandelte, gab der Furcht naturgemäß eine besondere Dimension; schien doch aus dem Vorgang hervorzugehen, daß der sowjetische Imperialismus als ein grundsätzlich nicht zu saturierender Expansionismus verstanden werden müsse. Wahrscheinlich hat dieser Schluß die stalinistische Sowjetunion falsch eingeschätzt. Doch war dieser Schluß angesichts des sowjetischen Vorgehens zwangsläufig.

Die erste Bundesregierung unterwarf ihr internationales Handeln, und zwar mit Zustimmung einer eindeutigen Majorität der Bevölkerung, bewußt den vom Sicherheitsbedürfnis gesetzten Orientierungspunkten, d. h. sie suchte bewußt und konsequent die Anlehnung an die Westmächte, die allein in der Lage waren, das Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen. Diese Politik hat ohne Frage jene Politik begünstigt, mit der die vier Besatzungsmächte ihr Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland befriedigten. Zugleich entsprach die westdeutsche Politik jener Jahre aber den damaligen politischen Möglichkeiten und ebenso den politischen Interessen der Westdeutschen; sie war mithin, historisch gesehen, ebenso unvermeidlich wie jedenfalls moralisch unanfechtbar. Danke. (Beifall – Manuskriptfassung Seite 1381 ff.)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Graml.

Der Kalte Krieg in Europa hat nach zehn Jahren aus ehemaligen Verbündeten und Alliierten Feinde gemacht und zur Teilung der Welt geführt, wie Sie, Herr Professor Dr. Loth, ausführen werden. Ich bitte Sie herzlich darum, uns davon zu berichten, wie es weitergegangen ist.

Prof. Dr. Wilfried Loth: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 30 Minuten für die Darstellung eines Zeitraums von knapp 30 Jahren sind natürlich nicht viel Zeit. Ich erspare mir deshalb, zu wiederholen, was ich in meinem Papier über die allgemeine Struktur des Ost-West-Konflikts geschrieben habe (Manuskriptfassung Seite 1744 ff.). Ich gehe auch nicht auf die Berlin-Krise ein, die am Anfang meines Berichtszeitraums steht.

Festzuhalten ist in unserem Zusammenhang nur – das ist gleichzeitig eine Antwort auf eine der Fragen von Herrn Jacobsen von heute vormittag –, daß die Berlin-Krise das definitive Ende jeder operativen Wiedervereinigungspolitik der Westmächte brachte. Dieses Ende wird nicht vom August 1961, sondern von der Genfer Außenministerratstagung vom Frühjahr und Sommer 1959 markiert. Auf dem Rückflug von den Beerdigungsfeierlichkeiten für John Foster Dulles vereinbarten die drei westlichen Außenminister, im weiteren Verlauf der Konferenz nur noch über Berlin zu sprechen, d. h. nicht mehr über Vorstellungen – auch westliche – zur Wiedervereinigung. Seitdem konzentrieren sich die Westmächte auf die Behauptung des Status quo auch in der deutschen Frage.

Der Ausgang der Kuba-Krise 1962, die ich jetzt auch nicht mehr im Detail behandeln will – sie können das in meinem Papier nachlesen –, hatte für die weitere Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses zwei höchst bedeutsame Konsequenzen. Zum einen sah Chruschtschow ein, daß er sich angesichts der realen Machtverhältnisse vorerst mit der De-facto-Respektierung des Status quo begnügen mußte. Er verstand auch, daß die amerikanische Haltung tatsächlich defensiv war, so daß er das tun konnte. Damit hörte der Druck auf Berlin auf. Zum anderen stellte Chruschtschow alle Weichen für den Ausbau der Sowjetunion zu einer militärischen Supermacht, die den USA ebenbürtig

sein würde, so daß sie bei einer künftigen Auseinandersetzung wie der um die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba nicht noch einmal würde einlenken müssen. Damit war entschieden, daß die Bemühungen um eine Einhegung des Ost-West-Konfliktes, die nach dem Erleben der Kriegsgefahr auf beiden Seiten jetzt neuen Auftrieb erhielten, nicht zu einer Abrüstung führen würden, sondern bestenfalls zu einer Rüstungskontrolle, zu einem Management des Ost-West-Verhältnisses bei fortdauerndem Wettrüsten.

Beim Ringen um die Ausgestaltung des Modus vivendi, der sich damit abzeichnete, standen mehrere Modelle zur Debatte, um die gerungen wurde und zwischen denen in den kommenden Jahren ein Ausgleich gefunden werden mußte. Zum einen stand die Idee des Kondominiums der Supermächte gegen die der Emanzipation der europäischen Staaten von ihren Hegemonialmächten, zweitens die Idee der Stabilisierung des Status quo in allen seinen Elementen gegen die Idee des Wandels durch Annäherung und drittens die Vorstellung der Befestigung der deutschen Zweistaatlichkeit gegen die der Reaktivierung der deutschen Frage.

Die Auseinandersetzungen um diese idealtypischen Modelle, zwischen denen wiederum sehr unterschiedliche Abstufungen und Kombinationen möglich waren, standen im Jahrzehnt nach der Kuba-Krise im Vordergrund der internationalen Politik. Der Entspannungsprozeß selbst kam über diese Auseinandersetzungen über die unterschiedlichen Formen und Arten der Entspannung nur mühsam voran.

Fortschritte erzielte der Entspannungsdialog im weiteren Verlauf der 60er Jahre vor allem auf einem Gebiet, das geeignet war, die Stellung der beiden Blockführungsmächte in ihren Lagern wieder zu bekräftigen. Nachdem noch unter Kennedy eine direkte Fernschreibverbindung zwischen den Entscheidungszentren in Moskau und Washington errichtet und ein Atomteststoppabkommen unterzeichnet worden war, zeigte sich die sowjetische Führung 1964 bereit, den amerikanischen Vorschlag eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen aufzugreifen, ein Vorschlag, der die Vormachtstellung der nuklearen Supermächte bekräftigen und gleichzeitig Abrüstungsverhandlungen durch die Beschränkung des Teilnehmerkreises erleichtern sollte. Am 1. Juli 1968 wurde der Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Gleichzeitig kündigten die amerikanische und die sowjetische Regierung die Vorbereitung von bilateralen Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Rüstung an.

Unterdessen hatte die Sowjetunion durch den Ausbau ihres Interkontinentalraketenarsenals allmählich eine Zweitschlagkapazität erworben; in Washington rang man sich ebenso allmählich zu der Anerkennung des Prinzips der atomaren Parität durch. Damit zeichnete sich Ende der 60er Jahre das bipolare Abschreckungssystem ab, und die Bundesrepublik Deutschland geriet in den Windschatten amerikanisch-sowjetischer Verständigung.

Daß sich die Entspannungspolitik dennoch nicht in der Fixierung des Status

quo erschöpfte, war in erster Linie dem Umstand zu verdanken, daß sich die Bundesrepublik Deutschland – hier komme ich auf die entscheidende strategische Rolle von älterer und neuerer Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen – nach der Blockierung der Osteuropakontakte der Ära Schröder durch Moskau dazu durchrang, auch die DDR in die Politik des Wandels durch Annäherung einzubeziehen. In einer ersten Phase zur Zeit der Großen Koalition vermied sie es dabei noch, sich verbindlich über den Status der Oder-Neiße-Grenze oder der DDR zu äußern, und stieß darum nach einem spektakulären Anfangserfolg, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien im Januar 1967, erneut auf ein sowjetisches Veto. In einer zweiten Phase, die nicht erst mit der sozialliberalen Koalition begann, sondern mit dem Signal der Budapester Tagung des Warschauer Paktes im März 1969, und die bis zum Abschluß der Ostverträge dauerte, gelang dann aber ein Kompromiß zwischen sowjetischem Stabilisierungs- und westdeutschem Wandlungsinteresse, ein Kompromiß, der zwar prekär blieb, sich aber gleichwohl als praktikabel erwies.

Mit den Formeln der völkerrechtlichen Verbindlichkeit eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie von der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen – so die Formulierungen im Moskauer Vertrag – akzeptierte die Bundesrepublik Deutschland de facto die bestehende staatliche Ordnung in Europa, behielt sich aber die Möglichkeit ihrer Veränderung auf konsensualem Wege vor. Umgekehrt nahm die sowjetische Führung hin, daß mit den Ostverträgen die Grundlage für die Entwicklung eines Beziehungsgeflechtes zwischen Ost und West und insbesondere zwischen den Bevölkerungen beider deutschen Staaten geschaffen wurde. Sie sicherte sich aber die Möglichkeit, diese Entwicklung zu kontrollieren.

Dieser deutsch-sowjetische Kompromiß – denn das war es im Kern – stärkte die Position der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis und barg zugleich die Möglichkeit zu einem deutschsowjetischen Alleingang. Grund genug für höchst alarmierte Reaktionen etwa Kissingers oder Pompidous. Willy Brandt blieb freilich allein schon wegen der anders nicht zu sichernden Lebensfähigkeit West-Berlins um ein Höchstmaß an Einbindung der neuen Ostpolitik in die Entspannungspolitik des westlichen Bündnisses bemüht, wie sie im Harmel-Bericht von Ende 1967 als neuer Bestandteil des Grundkonsenses der NATO formuliert worden war. So konnte der deutschsowjetische Kompromiß multilateralisiert werden, und zwar über die KSZE. Als im Juni 1973 die detaillierte Tagesordnung für diese Konferenz bekanntgegeben wurde, war entschieden, daß dort nicht nur, wie von der sowjetischen Seite gewünscht, über eine Absicherung des Status quo und den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West verhandelt wurde, sondern auch – worauf insbesondere die Westeuropäer gedrängt hatten – über einen vermehrten Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen.

Die weiteren Fortschritte im amerikanisch-sowjetischen Dialog – die Stichworte sind: Unterzeichnung des SALT-I-Abkommens im Mai 1972 und des Konsultationsabkommens zur Verhinderung von Atomkriegen im Juli 1973 – wurden damit von einem allgemeinen Ausbau des Beziehungsgeflechtes zwischen Ost und West begleitet. Zu dem Kompromiß zwischen Stabilisierung und Wandel trat ein ebenso spannungsreicher wie – finde ich – tragfähiger Ausgleich zwischen der Bekräftigung der Blockführungspositionen und der Emanzipation der Blockmitglieder.

In der deutschen Frage hingegen senkte sich die Waage deutlich zugunsten der Bekräftigung der Zweistaatlichkeit. Zu groß war das sowjetische Interesse an der Behauptung der DDR, zu deutlich auch das Einverständnis der westeuropäischen Verbündeten mit einer Regelung, die ihnen auf absehbare Zeit Sicherheit vor Deutschland bot, als daß mehr zu erreichen gewesen wäre als die vage Aussicht auf eine Überwindung der Spaltung im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Gleichzeitig nahm aber die Aussicht auf eine Wiedervereinigung Europas – so weit entfernt sie sein mochte – der Wiedervereinigung Deutschlands viel von ihrer Dringlichkeit.

Überzogene Erwartungen hinsichtlich des Tempos und des Ausmaßes des Wandels im sowjetischen Machtbereich, die vor allem im amerikanischen Publikum an die deutlichen Fortschritte der Entspannungspolitik zu Beginn der 70er Jahre geknüpft wurden, führten schon bald nach der Fixierung dieser Kompromisse zu ersten Blockaden des Entspannungsdialogs, die die Bemühungen um eine Eindämmung des Ost-West-Konflikts wieder sehr erschwerten. Ich nenne als Stichworte nur die Blockierung der Rüstungsvereinbarungen von Wladiwostok vom November 1974 und das Jackson-Vanik-Amendment vom Dezember 1974, das der Sowjetunion die Perspektiven auf die Entwicklung weitreichender Wirtschaftsbeziehungen mit den USA wieder nahm.

Nachdem auf diese Weise erst einmal ein wesentliches Ziel der sowjetischen Entspannungspolitik in unerreichbare Ferne gerückt war, legte man sich in Moskau weniger Zurückhaltung bei der Ausnutzung westlicher Schwächen als in den Jahren zuvor auf. Auch hier nur einige Stichworte: Unterstützung der portugiesischen Kommunisten und der marxistischen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, „Modernisierung“ der auf Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen, die einer Verstärkung der westeuropäischen Geiselrolle gleichkam, schließlich Ende 1979 die Intervention zugunsten der in Afghanistan bislang regierenden Kommunisten.

Daß darüber der amerikanische Entspannungswille zu Beginn der 80er Jahre ganz zum Erliegen kam, ist bekannt, ebenso, daß der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit des Abschreckungssystems auslöste und infolge der Protestbewegung, die sich gegen ihn entwickelte, die Sowjetführung geradezu dazu einlud, eine

Durchsetzung ihres Mittelstreckenprogramms zum Nulltarif zu versuchen, was sie dann zu Beginn der 80er Jahre auch tat.

Als „zweiten Kalten Krieg“ sollte man die ersten Jahre der Reagan-Ära dennoch nicht bezeichnen. Zwar verhalf Ronald Reagan konservativen Carter-Kritikern zu Einfluß, die bei unterschiedlichen Konzepten im einzelnen weitere Rüstungskontrollanstrengungen vom vorherigen Wohlverhalten der Sowjetunion abhängig machten – das ist das berühmte „Linkage“-Konzept –, die bewußt oder auch nur unbewußt die Wiederherstellung einer strategischen Hegemonie der USA anstrebten und die die westlichen Europäer im allgemeinen als schwächliche Pazifisten verachteten. Die Modernisierung des atomaren wie des konventionellen Arsenal der USA wurde von diesen expliziten Entspannungsgegnern nach Kräften vorangetrieben. Bis 1984 stieg das Militärbudget der USA Jahr für Jahr um real 9 %. Schrille Reden über die Führbarkeit von Atomkriegen und das „Reich des Bösen“, die diesen Drang zu neuer Aufrüstung begleiteten, riefen in Moskau, wie wir unterdessen wissen, große Besorgnis hervor.

Aber Reagans Politik war nicht so militant wie seine Rhetorik. Besonnene Kräfte in der Administration, vor allem die Spitzen des State Department, vermochten die „Falken“ von den ärgsten Dummheiten abzuhalten, der Kongreß bremste, und häufig blockierten sich die verschiedenen Fraktionen der Reagan-Equipe wechselseitig. Der Präsident selbst war, ohne die Mechanismen des Abschreckungssystems je verstanden zu haben, ernsthaft an einer Beseitigung der atomaren Bedrohung interessiert, d. h. an einer Abschaffung aller Atomwaffen.

Nachdem einerseits die Friedensbewegung und andererseits eine gewisse Genugtuung über das neue Aufrüstungsprogramm für einen Stimmungsumschwung in der amerikanischen öffentlichen Meinung gesorgt hatten, strebte Reagan eine dauerhafte Kooperation mit der Sowjetunion an. Seine Rede vom 16. Januar 1984, mit der er eine Wiederaufnahme des Dialogs mit der Sowjetführung ankündigte, war ernst gemeint; allerdings bedeutete sie noch keine Wende in den Ost-West-Beziehungen. Die verschiedenen Zweige der Reagan-Administration beharrten auf ihren Positionen, und Reagan selbst unternahm keine Anstrengungen, um die Widerstände gegen ein Abkommen über die strategische Rüstung zu überwinden.

Die Ost-West-Beziehungen verharrten somit Mitte der 80er Jahre – das ist für die Deutschlandpolitik wichtig – in einem eigentümlichen Schwebезustand, in dem einerseits die Zuspitzung zu einem Kalten Krieg wie in den späten 40er Jahren vermieden wurde, andererseits aber auch die Eindämmung des Konflikts nicht vorankam. Stabilisiert wurde dieser Schwebезustand durch die Einflußnahmen sowohl der westeuropäischen Regierungen als auch der osteuropäischen Machthaber, die beide nachhaltig daran interessiert waren, den Entspannungsdialoگ fortzusetzen; beide aus Furcht vor einer Destabilisierung

der Sicherheitslage, die westeuropäischen Regierungen darüber hinaus im Interesse des Wandels im östlichen Europa, die osteuropäischen in der Hoffnung auf die dringend benötigten wirtschaftlichen Vorteile. Insofern bildeten beide nun sichtlich eine Interessengemeinschaft. Sie waren aber nicht stark genug, um ihre jeweilige Führungsmacht über ein gewisses Maß an Schadensbegrenzung hinaus zu beeinflussen.

Das große Ausmaß an Kontinuität der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik im Übergang von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl wird vor diesem Hintergrund ebenso verständlich wie ihre zunehmende Status-quo-Orientierung. Angesichts der Kooperationsverweigerung der Weltmächte war schon viel gewonnen, wenn das bestehende Beziehungsgeflecht zwischen Ost und West in Europa erhalten blieb; für seine Ausgestaltung fehlten die konkreten Perspektiven.

Eine Überwindung der Stagnation kam erst in Sicht, als sich Gorbatschow entschloß, sich in den Rüstungsverhandlungen auf, gemessen an den bisherigen Positionen, einseitige Vorleistungen einzulassen. Von der Notwendigkeit einer Drosselung des Rüstungswettlaufs zugunsten der zivilen Produktion noch stärker überzeugt als seine beiden unmittelbaren Vorgänger und für die Idee der Sicherheitspartnerschaft gewonnen, war er bei seiner ersten Begegnung mit Reagan im November 1985 zu der Überzeugung gelangt, mit diesem Präsidenten zu einer Übereinkunft kommen zu können, wenn es nur gelang, den Einfluß seiner militanten Berater zu neutralisieren. Folglich trat er im Januar 1986 mit einem spektakulären Abrüstungsvorschlag an die Öffentlichkeit: Abschaffung sämtlicher Atomwaffen bis zum Jahr 2000, 50%ige Reduktion der Langstreckensysteme in den nächsten fünf bis acht Jahren, Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen usw. Im April 1986 kündigte er zudem seine Bereitschaft an, die sowjetischen Truppen nicht nur in Osteuropa, sondern auch im europäischen Teil der Sowjetunion zu reduzieren.

Gorbatschows Vorschläge waren nicht absolut seriös, und in der Regel waren sie auch noch nicht operativ durchdacht. Da sie aber auf der Linie von Reagans Vorstellungen und – Stichwort Null-Lösung – auf der Linie der Propagandathesen seiner Berater lagen, zwangen sie den amerikanischen Präsidenten geradezu zu ernsthaftem Verhandeln. Bei seiner nächsten Begegnung mit Gorbatschow im Oktober 1986 in Reykjavik kamen sich die Unterhändler in vielen Bereichen nahe. Reagan stimmte in einem dramatischen Gespräch schließlich sogar Gorbatschows Vorschlag zu, innerhalb von zehn Jahren alle Atomwaffen abzuschaffen. Das Treffen scheiterte dann an der sowjetischen Forderung, SDI-Tests auf den Laborbereich zu beschränken, eine etwas unklare Minimalforderung, die Gorbatschow offenbar dem Politbüro hatte zusagen müssen. Das Treffen scheiterte sehr zur nachträglichen Erleichterung der

westeuropäischen Verbündeten, die von der Aussicht auf eine Abschaffung des Abschreckungssystems zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht erbaut waren.

Die vielen Vereinbarungen in Teilbereichen, die man zuvor in Reykjavik getroffen hatte, konnten danach nicht mehr zurückgenommen werden. Nachdem beide Führer der Supermächte der Ehrgeiz gepackt hatte, zu substantiellen Ergebnissen zu gelangen, konnten auch noch verbliebene Hindernisse leichter überwunden werden. Gorbatschow entschloß sich Ende Februar 1987, einen Vertrag über die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen nicht länger von einer Vereinbarung über SDI abhängig zu machen. Es war ihm unterdessen klargeworden, daß dies doch ein recht utopisches Projekt war. Wenig später akzeptierte er auch die von den Unterhändlern keineswegs ernstgemeinte amerikanische Forderung nach Kontrolle der Abrüstungsvereinbarungen durch wechselseitige Inspektionen vor Ort. Danach fiel es Reagan nicht mehr schwer, die Bedenken der europäischen Verbündeten gegen die Schwächung der flexible response beiseite zu schieben, die mit dem Verzicht auf sämtliche Mittelstreckenwaffen verbunden war. Das Ergebnis war dann das INF-Abkommen zur Beseitigung aller Mittelstreckenraketen vom Dezember 1987.

Die Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Waffen kamen in der Ära Reagan allerdings nicht mehr zum Abschluß. Zu viele Einzelprobleme mußten bei der angestrebten Halbierung des strategischen Arsenal berücksichtigt werden, zu gering war die Handlungskapazität der Reagan-Administration für die daraus resultierende Umstrukturierung des Verteidigungssystems, zu wichtig den Sowjets die Einbeziehung der seegestützten cruise missiles, die die amerikanischen Experten gerne als Sicherheitsreservoir erhalten wissen wollten. Selbst die Ankündigung des vollständigen Rückzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan im Vorfeld des nächsten Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow im Mai 1988 in Moskau brachte keinen Verhandlungsdurchbruch. Sie manövrierte allerdings die Gegner einer weitreichenden Verständigung zwischen den Supermächten endgültig ins Abseits.

Schneller als die Reduzierung der strategischen Arsenale war die Herstellung von Parität auf niedrigerem Niveau im Bereich der konventionellen Rüstung zu erreichen. Der Vertrag zur drastischen Verminderung der konventionellen Rüstung konnte anläßlich des Pariser KSZE-Gipfels am 20. November 1990 unterzeichnet werden.

Unterdessen war der Ost-West-Konflikt freilich schon ganz zu Ende gegangen. Ich will zum Schluß einige Sätze dazu sagen, warum das so war und wie das Ergebnis zu bewerten ist. Warum? Der entscheidende Grund – es ist sicherlich eine Banalität – war, daß Gorbatschow und die sowjetische Reformelite, die er repräsentierte, darauf verzichtet hatten, Gewaltmittel zur Durchsetzung ihrer Ordnungsvorstellungen anzuwenden, daß sie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zum Gelingen der Reform des eigenen Systems für unabdingbar hielten und sich dabei auf universale Prinzipien beriefen. Diese Absage

an das revolutionäre Projekt der Oktoberrevolution hatte sich schrittweise ergeben, es war kein Programm von Anfang an, sondern das Resultat aus immer erschreckenderen Einsichten in den tatsächlichen Zustand der Sowjetgesellschaft, die Gorbatschow zu immer radikaleren Maßnahmen trieben, bis schließlich im Frühjahr 1989 die vollständige Übernahme der Grundsätze rechtsstaatlicher Demokratien und sozialstaatlicher Marktwirtschaften auf dem Programm stand.

Für das Ende des Ost-West-Konflikts wurde es entscheidend, daß Gorbatschow auch dann noch an diesem Programm festhielt und es gegen vielfache Widerstände zu behaupten wußte, als deutlich wurde, daß eben dieses Programm zu einer Auflösung des Sowjetimperiums führte. Diese Auflösung war keineswegs in seinem Sinne. Aber nachdem jeder Einsatz militärischer Gewalt gegen Unabhängigkeitsbewegungen jedweder Art die Perestroika zum Scheitern zu bringen drohte, waren ihm die Hände gebunden. Er konnte wohl noch taktieren, aber letztlich nicht mehr verhindern, daß sich die Nationalitäten gegen die Moskauer Zentrale auflehnten und die Länder des Warschauer Pakts von der Einparteienherrschaft befreien, die Stalin ihnen aufgezwungen hatte. Der Fall der Berliner Mauer markiert darum sehr präzise das Ende des Konflikts: Nachdem sich die Sowjetführung den Rückgriff auf die Repression auch dort versagte, wo sie formal als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs präsent war, war definitiv klar, daß es keinen Ostblock mehr gab. So überdeckte und transzendierte der Ausfall der einen Konfliktseite die noch laufenden Bemühungen um eine Eindämmung des Konflikts.

Es verdient abschließend festgehalten zu werden, daß es die führenden Repräsentanten des Sowjetsystems selbst waren, die diese Entscheidungen getroffen haben. Sie agierten nicht etwa aus einer Frustration ihrer Revolutionshoffnungen; diese hatten sich im mühevollen Kampf ums Überleben in Wahrheit schon längst verflüchtigt. Vielmehr wurden sie durch die Zwänge der industriellen Entwicklung ihres Imperiums getrieben und orientierten sich an der Erfahrung mit westlichen Kooperationspartnern, die die Doktrin vom Klassenfeind Lügen strafen.

Insofern – jetzt bin ich beim Kommentar – dürfen sich diejenigen, die beharrlich auf Wandel durch Annäherung gesetzt hatten, einen gewissen Anteil an der Überwindung des Sowjetsystems zugute halten, nicht aber die Verfechter eines einseitig militanten Auftretens, die die Einkreisungsängste auf der sowjetischen Seite im Gegenteil immer wieder bestärkt hatten. Die Rede vom Sieg des Westens im Kalten Krieg ist darum in der Hauptsache irreführend. Zu registrieren ist hier weder ein militärischer Sieg noch ein politischer Durchbruch der Westmächte im Osten. Vielmehr haben sich die Prinzipien der westlichen Zivilisation auch im bisherigen Machtbereich der Sowjetunion als Programm durchgesetzt. Das ist neben und vor dem Erfolg westlicher Entspannungspolitik vor allem ein Sieg der sowjetischen

Reformelite, die genügend Mut und Tatkraft besessen hat, ihr Land aus dem Gewebe von organisiertem Mißtrauen, verkrusteten Dogmen und lähmender Repression zu befreien, in dem es zu ersticken drohte. Es ist in gleichem Maße natürlich auch ein Sieg all der Reformer und Revolutionäre in den Ländern des Sowjetimperiums, die in unsicheren Zeiten viel riskiert haben, um diesen Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen.

Zwei Elemente eines Siegs des Westens sind in dem Geschehen allerdings doch auszumachen. Nach der Reagan-Administration ließ sich auch die Bush-Administration aus Vorsicht und Unkenntnis bemerkenswert viel Zeit, ehe sie den Reformprozeß in der Sowjetunion dann doch aktiv unterstützte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Hilfestellung blieb sie bis zum Schluß weit hinter dem Möglichen und Sinnvollen zurück. Dann nahmen weder Bush noch Kohl bei der Durchsetzung der Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands zur NATO auf Gorbatschows innenpolitische Stellung sonderliche Rücksicht. Wieweit beide Entscheidungen dazu beitrugen, einen geordneteren Übergang von der Sowjetunion zu den postkommunistischen Gesellschaften zu verhindern, als wir ihn gegenwärtig erleben, werden erst künftige Analysen der Moskauer Entscheidungsprozesse vor dem Putschversuch vom August 1991 zeigen. Aber daß beide Momente beim Scheitern Gorbatschows eine Rolle spielten, sollte bei aller Einsicht in die moralische und realpolitische Unabdingbarkeit des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik anerkannt werden. „Die Tatsache, daß Gorbatschow die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands akzeptierte“, so erklärte sein kurzzeitiger Außenminister Bessmertnych 1991, „war eine der meist gehaßten Entwicklungen in der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, und sie wird es für die nächsten Jahrzehnte auch bleiben.“ Wie alle großen politischen Entscheidungen, so hatte auch diese – für die Deutschen und ihre Verbündeten relativ bequeme – Lösung der deutschen Frage ihren Preis. Ich sage das nicht notwendigerweise als Kritik, wohl aber als Hinweis auf das Erbe, mit dem wir nun umzugehen haben. Danke (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ihnen beiden herzlichen Dank. Wir steigen jetzt in die Diskussion ein, und zwar in der Weise, wie ich es vorhin angedeutet habe. Wir beginnen mit einem kurzen Statement von Herrn Professor Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Jeder Wissenschaftler, der vor der Frage steht, sich mit den internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik zu befassen, steht vor fast unüberwindlichen Hindernissen. Die Vielzahl der Bestimmungsfaktoren ist das eine, die Gewichtung das andere, die Interdependenz, die wechselseitigen Beziehungen der einzelnen Faktoren ist ein Drittes. Dies alles zusammengenommen führt uns zu großen Schwierigkeiten, ob wir überhaupt in der Lage sind, in der jeweiligen historischen Situation angemessen herauszuarbeiten, was was bestimmt hat und warum es so und nicht anders gelaufen ist.

Ich habe als Politikwissenschaftler einmal den Versuch gemacht, Faktoren zu summieren. Ich bin allein auf 15 Bestimmungsfaktoren gekommen, die ich jetzt nicht vortragen kann und will; vielleicht werde ich es Ihnen einmal in einem schematischen Aufriß verdeutlichen. Es beginnt bei den geographischen Fragen. Die Geographie hat als Faktor der internationalen Politik natürlich eine große Rolle gespielt; ich brauche das jetzt nicht im einzelnen darzulegen. Genausowenig darf ein weiterer Punkt außer acht gelassen werden – bei den Historikern klang er hier gelegentlich an, hat aber viel größere Beachtung zu finden –: die Rolle der Persönlichkeiten, der Staatsmänner. Es ist ein Unterschied, ob es ein Eisenhower, ein Kennedy, ein Bush usw. war, der an der Spitze Amerikas stand, und ob auf der anderen Seite – das haben wir im letzten Beitrag spüren können – Stalin, Chruschtschow, Breschnew oder Gorbatschow im Amt waren. Man könnte das weiter fortsetzen.

Lassen Sie mich ganz knapp auf drei grundsätzliche Strukturelemente abheben. Ich meine, sie müßten ein wenig systematischer verdeutlicht werden. Dies liegt an einer spezifisch historischen Betrachtungsweise, die prozessual vorgeht. Im Unterschied dazu bemüht sich der Politikwissenschaftler, strukturell aufzuhellen, Systeme aufzuzeigen, um damit die Diskussion ein wenig zu erleichtern. Es handelt sich erstens um den historischen Aspekt, zweitens den Konflikt als solchen im Weltmaßstab und drittens das Problem der Bedrohung.

Erstens. Ich glaube, es greift zu kurz, die Frage nach der Deutschlandpolitik, der Teilung Deutschlands und Europas erst mit dem Jahr 1945 beginnen zu lassen. Herr Wilke hat darauf heute vormittag schon ein wenig hingewiesen. Lassen Sie mich das an drei Daten verdeutlichen: 22. Juni 1941, 11. Dezember 1941 und 25. April 1945. Was meine ich damit? Auch Herr Graml hat davon gesprochen: Ohne die nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik in der räumlichen Ausdehnung – Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941, Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten von Amerika im Dezember 1941 – wurden zwei, wie ich meine, „unnatürliche“ Bündnispartner, USA, Großbritannien (mit Frankreich) und UdSSR, zusammengeschiedet. Am 25. April 1945 drangen in das machtpolitische Vakuum Mitteleuropas jene Siegermächte ein, von denen bei Herrn Graml ansatzweise schon die Rede war. Hier würde ich ansetzen. Da ist der Ausgangspunkt für die Teilung Deutschlands und Europas mit all ihren Konsequenzen, weil sie sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen nicht in der Lage sahen, Deutschland einheitlich zu regieren.

Ein Weiteres gehört zur historischen Perspektive, und wir sollten das nicht gering achten. Der Wissenschaftler, diejenigen, die sich mit internationalen Beziehungen und vor allen Dingen mit den Faktoren, die das Handeln der Verantwortlichen bestimmt haben, befassen, müssen ein hohes Maß an Empathie besitzen, der Fähigkeit, sich in die Rolle des anderen, in die

Interessenlage des anderen hineinzusetzen. Hier spielt, wenn man die sowjetische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet, natürlich all das hinein, was an Furchtbarem in Rußland im Namen Deutschlands und von Deutschen geschehen ist. Dies reicht von der Vernichtungspolitik bis hin – ich sage das ganz bewußt – zu jenem barbarischen Feindbild des Untermenschen. Alle diese Dinge, die Feindbilder auf beiden Seiten haben vice versa eine Rolle gespielt und haben das Klima der Beziehungen vergiftet. Wenn man also den großen Dialog zwischen deutschen und sowjetischen Politikern verfolgt – ich greife vor allem das Jahr 1955 heraus; denken Sie an den Besuch Adenauers in Moskau! –, so sieht man, in welchem hohem Maße diese Erfahrungen in unseren bilateralen Beziehungen eine Rolle gespielt haben. Diese Dinge haben unter dem Gesichtspunkt der sogenannten besseren Gesellschaft, der sogenannten friedlicheren Gesellschaft, der Sicherheit vor Deutschland für die sowjetische Politik bis in die 70er, 80er Jahre große Bedeutung gehabt. Dies gilt unabhängig davon, daß durch das sogenannte Klassenfeindbild natürlich eine maßlose Übersteigerung gegeben war. Wir sollten der historischen Entwicklung noch mehr Rechnung tragen und uns klarmachen: Dies war der Ausgangspunkt, dies war die Herausforderung. Die gescheiterte Antwort auf die nationalsozialistischfaschistische Herausforderung ist eben das, was uns nach 1945 begegnete.

Zweitens. Vielleicht sollte man mit wenigen Worten darauf hinweisen, daß es sich bei diesem Konflikt – 1945 als Ausgangspunkt wäre zu spät gegriffen, man kann bis in das Jahr 1917 zurückgehen – um einen weltpolitischen Konflikt gehandelt hat, der zum einen durch machtpolitisch-ökonomische Rivalitäten geprägt war. Hier wird man sich klarmachen müssen, daß für uns, die deutsche Politik, das jeweilige Verhältnis der Amerikaner zu den Russen, den Sowjets ganz entscheidend gewesen ist. Je nachdem gab es – man kann das in einer Fieberkurve darstellen – Möglichkeiten des Ansatzes einer Kooperation und Krisenpunkte, die wir uns am Beispiel Berlin schon haben verdeutlichen können. Dies war nicht nur von der machtpolitischen Rivalität, sondern von dem Antagonismus der Systeme geprägt. Anders formuliert – das zieht sich wie ein roter Faden bis in das Jahr 1989 hindurch; denken sie an die letzte Rede von Herrn Honecker, das „friedlichste System“ sei der Sozialismus! –: Es waren sich nicht nur widersprechende, sondern gegenseitig ausschließende Ordnungsvorstellungen; sie waren nicht überbrückbar. Man konnte nur versuchen, miteinander zu koexistieren. Da gab es die verschiedensten Konzeptionen aus der jeweiligen historischen Sicht. Diese Dinge waren mit einem Rüstungswettlauf, mit Problemen des Feindbildes verbunden. Beide Seiten, die weltpolitischen Rivalen Amerika und Sowjetunion – Herr Graml hat davon gesprochen –, blieben bestrebt, die jeweiligen Teile Deutschlands nicht zu integrieren, sondern – als Voraussetzung eines einigermaßen annehmbaren Gleichgewichts

im Mächtchenkalkül – fest an sich zu binden, was uns an Politik seit 1945 in dramatischer Weise bestimmt hat. Man muß diesen besonderen Charakter, der noch mit einem steten Propagandakrieg gekoppelt war, sehen.

Damit bin ich schon beim letzten, beim dritten Punkt, den ich nur andeuten möchte. Als besonderes Problem der Deutschlandpolitik, Stichwort internationale Rahmenbedingungen, würde ich das Bedrohungssyndrom nennen. Es ist eine Tragik der deutschen Geschichte, der europäischen Geschichte, ja, der Weltgeschichte, daß dieses Bedrohungssyndrom bis in die 80er Jahre hinein die Weltpolitik dominiert hat. Ich glaube, da sind z. T. beide Seiten schuldig geworden. Sie haben sich nicht hinreichend klargemacht, was überhaupt eine Bedrohung ist. Ich spreche jetzt nicht von der ideologischen Bedrohung, sondern von jener, die uns immer wieder beschäftigt hat. Es gibt über die Verantwortung Westdeutschlands im NATO-Bündnis und die Rolle der DDR im Ostblock als Partner bzw. als Juniorpartner der Sowjetunion Bibliotheken. Beide Seiten sind – ich sage das bewußt und vielleicht ein wenig provokativ; mit Generalen habe ich darüber gesprochen und habe natürlich nicht immer Zustimmung gefunden; ich weiß nicht, ob es hier anders sein wird – im Lauf der Jahre, insbesondere in den Jahren der Entspannungspolitik, von den Ideen eines Clausewitz abgewichen.

Was will ich damit sagen? Ich möchte es am Beispiel Konrad Adenauers zu verdeutlichen versuchen. Konrad Adenauer befürchtete in seiner Zeit subjektiv und damals aus verständlichen Gründen – es gab einige Erfahrungen, von denen er ausging, angefangen von einer Expansion des sowjetischen Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg bis Korea –, die sowjetische Politik würde mittels Gewalt, mit militärischen Mitteln versuchen, den Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab zu sichern, also bis zum Atlantik vorstoßen. Davon war er zunächst überzeugt, wenngleich er auch in den 60er Jahren von dieser Extremposition ein wenig abgekommen ist. Immerhin hat er ein Szenario gehabt, nach dem die andere Seite, d. h. die sowjetkommunistische, politische Ziele möglicherweise mit militärischen Mitteln würde durchsetzen wollen.

Merkwürdigerweise ist man in den 70er und 80er Jahren von dieser unlösbaren Wechselwirkung von Politik und militärischer Kriegführung abgekommen und hat Bedrohungen nur noch unter dem Aspekt von militärischen Potentialen gesehen bzw. gewertet und sie bereits als Drohung deklariert. Dies geschah, obwohl sich beide Seiten – dies ist am Beispiel Berlins schon deutlich geworden – in den 70er und 80er Jahren zugestanden haben, nicht erkennen zu können, daß die jeweils andere Seite bewußt, und zwar nicht innerhalb des Blocks, sondern zwischen den Blöcken, politische Ziele verfolgen würde, die den Einsatz militärischer Mittel rechtfertigen oder die mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden sollten. Das ist eigentlich das Befremdliche. Hier zeigt sich das Phänomen, in welchem hohem Maße die Deutschlandpolitik

von Fehleinschätzungen beeinflusst worden ist. Viele Wahrnehmungen auf beiden Seiten waren einseitig und daher kaum zutreffend. Gerechterweise hätte man eigentlich nur dann von einer Bedrohung sprechen können, wenn man in gleicher Weise wie etwa Adenauer von dem subjektiven Gefühl ausgegangen wäre, daß die andere Seite tatsächlich mit militärischen Mitteln würde durchsetzen wollen, was im Nuklearzeitalter sowieso ein Problem sui generis gewesen wäre.

Ich kann dies im einzelnen nicht weiter ausführen, weil mein Beitrag ein kurzer sein sollte. Im Zusammenhang mit dem Bedrohungssyndrom und der immer wieder konstatierten Überlegenheit auf militärischem Gebiet im Osten möchte ich aber noch folgendes hinzufügen. Ich habe mich vehement dagegen ausgesprochen, die Bedrohung allein von militärischen Potentialen abzuleiten. Erst dann, wenn der Zusammenhang zwischen Politik und militärischer Ambition deutlich wird, wäre das der Fall. Anderenfalls sollte man von einer Gefährdung, aber nicht von einer Bedrohung sprechen. Wir wissen heute, daß die „Überrüstung“, die riesigen Potentiale auf östlicher Seite natürlich auch eine Konsequenz des Zweiten Weltkrieges gewesen sind. Die Sowjetunion hat von Anfang an zu erkennen gegeben, es dürfe sich nicht wiederholen, was im Jahr 1941 eingetreten war, daß ein Gegner tief in das eigene Land eindringen kann. Diese militärische Stärke war ein Symptom aber auch dafür, daß die Sowjetunion zu kompensieren versuchte. Die Sowjetunion hat letzten Endes mehr und mehr – bei Gorbatschow wurde das besonders deutlich – zugeben müssen, daß sie den Systemwettbewerb nicht gewinnen kann. Sie konnte den Anspruch, gleich stark wie die Amerikaner zu sein, also den Weltmachtstatus nur garantieren und als gesichert betrachten, solange man militärisch so stark war oder glaubte, so stark sein zu können, wie es Gorbatschow mit Recht kritisierte: Unser Grundfehler war, daß wir angenommen haben, wir müßten so stark sein wie alle unsere Gegner zusammen; das hat den Ruin bedeutet, weil wir nicht in der Lage waren, das zu finanzieren. – Die Überrüstung ist eben auch ein Teil der Kompensationsstrategie und darf nicht allein unter militärischen Kategorien gesehen werden.

Dies alles zusammengenommen kann vielleicht ein wenig verdeutlichen, wie schwierig es bei einer angemessenen Beurteilung der Bestimmungsfaktoren des internationalen Systems ist, der jeweiligen Seite, ihrem Handeln und ihren Intentionen gerecht zu werden. Hinzu kommt, daß der Mitteleinsatz im Lauf der Jahre schwankte. Der Konflikt blieb bis 1989. Der Mitteleinsatz – davon war heute vormittag schon die Rede – änderte sich ab 1962/63, weil man nicht das direkte Verfahren glaubte einsetzen zu müssen – der Mitteleinsatz war 1961/62 gescheitert –, sondern jetzt andere, indirekte Methoden meinte ausprobieren zu müssen. Dies ist das, was wir die antagonistische Kooperation nennen. Mit ihrer Hilfe konnte das Sowjetimperium aufgelockert, revolutionär weiterentwickelt werden und damit möglicherweise eine Politik verwirklicht

werden, die uns der Einheit Deutschlands nähergebracht hat. Daß es dann im Jahre 1989/90 so gekommen ist, ist wieder in einem anderen Zusammenhang (Ära Gorbatschow) noch konkreter zu erörtern. Herr Loth hat darauf hingewiesen: Entdogmatisierung, Entmilitarisierung und die freie Wahl des Weges haben bewirkt, den Weg für die Einheit Deutschlands zu ebnen. Ich bedanke mich. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen herzlichen Dank. Auf meinem Zettel stehen im Augenblick 15 Wortmeldungen. Ich gehe davon aus, daß sich jeder, der zu diesem Thema etwas sagen will, gemeldet hat, und schließe damit die Rednerliste. Es beginnt Frau Dr. Wilms.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich möchte eine Anmerkung zu dem Referat von Ihnen, Herr Graml, machen. Sie haben davon gesprochen, daß die westdeutsche Bevölkerung in den 40er und sicherlich auch in den 50er Jahren von einem großen Sicherheitsbedürfnis gerade gegenüber der Sowjetunion, der sowjetischen Besatzungszone, der DDR, beherrscht war. Das ist richtig. Aber mir fehlt da ein Punkt. Ich glaube, daß sich die westdeutsche Bevölkerung auch in ihren Wertvorstellungen dem Westen sehr viel näher fühlte als den sowjetischen Vorstellungen. Das heißt, es gibt auch eine ideologische Komponente in – jedenfalls in meiner Sicht – positivem Sinne. Es gab keine Äquidistanz, nicht in den 40er, nicht in den 50er, nicht in den 60er Jahren. Ende der 60er Jahre beginnt in gewissen politischen Kreisen eine Äquidistanz zu den beiden Blöcken. Adenauer hat in den Wahlen große Zustimmung erhalten. Herr Jacobsen sagte, bei den ersten Wahlen konnte das noch nicht sein. Dies konnte es natürlich nicht. Eine Zustimmung konnte sich erst herausbilden, nachdem Adenauer seine Regierungspolitik formuliert hatte. 1957 war der Kulminationspunkt. Ich glaube, daß da die Identifizierung der westdeutschen Bevölkerung mit den Wertvorstellungen Demokratie und Freiheit voll zum Durchbruch gekommen war. Diese Komponente muß man sehr deutlich im Auge haben. Davon kam beim Statement der Kollegin Wisniewski einiges zum Ausdruck.

Nun zu dem Referat von Ihnen, Herr Loth. Erlauben Sie mir, wenn ich sage, Sie haben Ihr Thema ein bißchen eingeengt. Ihr Thema heißt „Internationale Rahmenbedingungen“. Ich hätte mir z. B. gewünscht, daß Sie nicht nur über Sicherheitspolitik sprechen, sondern auch über wirtschaftliche Entwicklungen. Sie haben selber angemerkt – ich kann das nur unterstreichen –, daß das Einlenken Gorbatschows in der Rüstungsfrage, in der Sicherheitspolitik maßgeblich von wirtschaftlichen Faktoren geleitet war. Wenn wir uns heute mit der DDR beschäftigen, dann wissen wir, daß der Zusammenbruch dieses Systems sehr weitgehend auf wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen ist. Ich denke, wir – ich sage das für die Enquete-Kommission – müssen diesem Punkt sicher noch größere Aufmerksamkeit widmen. Herr Loth, Sie haben die Ostverträge, den Grundlagenvertrag erwähnt und haben betont,

daß es von da an in Deutschland politisch eine starke Hinwendung zur Zweistaatlichkeit gab. Ich möchte sofort hinzufügen, daß zumindest die amtliche Politik aller Bundesregierungen, aller Verfassungsorgane durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts geprägt war. Dieses Urteil wird in der Diskussion leider immer ein bißchen weggedrückt. Das Urteil ist auf der Grundlage der Klage Bayerns ergangen. Das Bundesverfassungsgericht hat alle Verfassungsorgane auf das Gebot der Einheit verpflichtet. Dies war die Schranke gegenüber der schrankenlosen Zweistaatlichkeit. Sicherlich haben Politiker in der alten Bundesrepublik sehr stark auf Zweistaatlichkeit gesetzt. Aber die Verfassungsorgane und deshalb auch – ich spreche durchaus im Plural – die Bundesregierungen hatten hier eine Schranke. –

Es würde mich, Herr Loth, sehr reizen, in eine Diskussion über die NATO-Nachrüstung und die gesamte Sicherheitspolitik einzusteigen. Wir werden dazu in der Enquete-Kommission in 14 Tagen, Herr Weisskirchen, ein gesondertes Referat hören. Mir war das, was Sie dazu gesagt haben, zu undifferenziert. Die Zeit erlaubte auch nicht mehr. Ich möchte nur einen wichtigen Punkt erwähnen. Die sowjetischen SS-20-Raketen waren ausdrücklich auf Mitteleuropa gerichtet, mit einem politischen Ziel, der Loslösung Mitteleuropas von den Vereinigten Staaten. Dies ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, den wir bei der weiteren Behandlung dieses Themas beachten müssen.

Letzte Bemerkung. Es mag Sie nicht verwundern, Herr Loth: Daß Sie gesagt haben, es sei eine bequeme Lösung gewesen, daß die Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Einheit der NATO beigetreten ist, vermag ich nicht mit zu vollziehen. Es war für mich – ich war damals Mitglied der Bundesregierung – die einzig mögliche, politisch gewollte Lösung. Es stand nicht das Motiv der Bequemlichkeit im Vordergrund. Es war eine politische, eine normative Lösung. Eine andere wäre für uns nicht in Frage gekommen, und zwar – ich möchte das betonen – aus vielerlei Gründen. Genauso hat die Einbettung des deutschen in den europäischen Prozeß sehr viele Gründe. Herr Jacobsen hat eben auf die strategische, auf die räumliche Situation Deutschlands verwiesen. Wenn Sie es nicht so verstanden haben, können Sie es gleich korrigieren. Mir schien es, so wie Sie es ausgedrückt haben, zumindest verlässlich.

Sie haben gesagt, es war kein Sieg des Westens, aber Sie haben dies nachher relativiert. Natürlich war es kein plumper Sieg nach dem Motto „Holzhammer drauf, Affe tot, Westen hat gewonnen“. Aber entschuldigen Sie, Sie haben es selber gesagt, die Wertvorstellungen Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Selbstbestimmung etc. haben sich letztlich durchgesetzt. Dies sind die Wertvorstellungen des Westens gewesen. Auch deshalb hat sich die deutsche Bevölkerung nach 1945 in ihrer Mehrheit am Westen orientiert. Ich komme damit zu meinem Anfang zurück: Insoweit war es natürlich ein

Sieg westlicher Wertvorstellungen. Aber vielleicht sind wir da mit unseren Meinungen gar nicht auseinander.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich möchte zunächst an dem Referat von Herrn Graml ansetzen. Ich finde es gut, daß Sie einmal die Metastruktur geschildert haben, weil gelegentlich überschätzt wird, was an Handlungsfähigkeit erst ganz langsam und immer in einem relativ begrenzten Rahmen gewachsen ist. Um es mit einem plastischen Zitat zu belegen: Der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismany, hat einmal gesagt, die NATO hätte die Funktion, die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten. Mit dem letzten Teil dieses Satzes wird angedeutet, daß die westlichen Bündnisse auch die Funktion hatten und teilweise noch haben, Sicherheit nicht nur für Deutschland und Westeuropa, sondern natürlich auch vor Deutschland zu gewähren.

Ich komme zur Situation von 1952 und deren Rekonstruktion. Wir sind immer noch in einer Phase, in der wir sozusagen Teilindizienprozesse führen, weil auch nach der Öffnung einiger östlicher Archive bestimmte Dinge noch nicht erreichbar sind. Kollege Eppelmann war mit mir, Herrn Jacobsen und weiteren Sachverständigen in Moskau. Allein die Diskussion über die brisanten Dinge, die im sogenannten Präsidentenarchiv liegen, zeigt, wie schwer der Zugang selbst für russische Historiker in dieser Hinsicht ist. Meiner Erinnerung nach hat auch Herr Wettig in dem Aufsatz im „Deutschland Archiv“ nur die Entwürfe aus dem Außenministerium, die teilweise besser zugänglich sind, verwendet. Andere haben wir noch nicht. Bei einer Betrachtung der damaligen ideologischen Diskussion in der Sowjetunion wird deutlich, daß ein Mann wie Eugen Varga, der aus Ungarn stammende Ökonom, eine Neueinschätzung der Situation Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre vorgenommen hat. Er hat gesagt: Deutschland und Japan, die besiegt wurden, werden aufgrund ihrer zentralen Rolle für die Wirtschaft, die Technologie und die Forschung ihren Platz in der Welt über kurz oder lang wieder einnehmen; deswegen würden die alten Ambitionen wiederkehren, und das sei eine Möglichkeit, praktisch den Spaltpilz in die kapitalistischen Staaten selbst hineinzuverlegen. Auch solche Überlegungen haben sicherlich dazu geführt, daß zumindest die Note vom März 1952 attraktiver als die ursprünglichen Entwürfe gestaltet war. In der Aprilnote wird es schon deutlicher: Die Noten 3 und 4 dienen in der Tat sehr stark propagandistischen Bedürfnissen. Man distanziert sich ein Stück und verfällt in die üblichen Methoden des Propagandakrieges.

Ich möchte etwas zur westlichen Einschätzung sagen, nachdem Sie gesagt haben, Adenauer hätte überhaupt keine Rolle gespielt. Adenauer hat in seinen Memoiren stolz berichtet, daß ihn der französische Hochkommissar André Francois-Poncet dringlich mehrfach aufgefordert habe, dieses Angebot auszuloten, weil er hinterher wieder eine neue Durchstoßlegende befürchtete. Gleichwohl hat Adenauer gesagt: Das ist nicht notwendig, das brauchen wir

nicht, Integration geht vor. Er hat dafür gute Gründe gehabt. Das war in der Tat wahrscheinlich das Ausschlaggebende. Die Asymmetrie zwischen den Westmächten auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen Seite ist da ganz offensichtlich. Es zeigt sich bis 1989/90, daß in dem Moment, wo eine breite demokratische Volksbewegung, wo auch immer sie entstehen mag, darauf dringt, daß verhandelt wird, ein demokratisches Land, eine demokratische Gesellschaft, eine demokratische Öffentlichkeit, wie sie im Westen existierte, ganz anders gefordert ist als ein Land, in dem sehr stark von oben von einer Person oder von einer kleinen Gruppe entschieden wird.

Diese Volksbewegung gab es zumindest in Westdeutschland 1952 in der Tat nicht.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Meine Fragen beziehen sich auf zwei erste Bemerkungen von Herrn Jacobsen und Herrn Graml. Herr Jacobsen hat gesagt, daß die Wertung von Ereignissen so wichtig ist. Damit komme ich auf Herrn Graml zu sprechen. Sie hatten gesagt, daß nach Ihrer Meinung die Nachkriegsgeschichte am 7. Mai 1945 begonnen hat. Für meine Begriffe begann sie schon am 11. Februar in Jalta, als die Konferenz zu Ende gegangen ist. Ich kann mich deshalb so gut an dieses Datum erinnern, weil es mein Geburtstag ist und ich dann hinterher notgetauft worden bin. Was in Jalta beschlossen worden ist, war die Aufteilung Deutschlands. Der Morgenthau-Plan, der die Zersplitterung Deutschlands vorgesehen hat, wurde dort an und für sich verworfen. So sind meine Geschichtskennntnisse, aber ich bin kein Historiker, sondern ganz neuer Bundestagsabgeordneter.

Eine Frage noch an Herrn Professor Loth. War es nicht die Friedlichkeit der Revolution, die letzten Endes auch in Amerika und vor allen Dingen in Frankreich für große Sympathie gesorgt hat und dort die Bereitschaft ausgelöst hat, der deutschen Einheit zuzustimmen? Hat sich nicht während des revolutionären Prozesses das Militär hinter die besonnenen Kräfte gestellt, wie man überhaupt feststellt, daß sich in dieser revolutionären Zeit das Militär meistens hinter die besonnenen Kräfte stellt? Dies halte ich für einen der größten Fortschritte in der gesellschaftlichen Entwicklung.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst zu Herrn Graml. Ich bin sehr froh, daß Sie die Vorgeschichte angedeutet haben – Herr Jacobsen hat diese Aspekte vertieft –, die nicht nur die Konstellation der Nachkriegszeit, sondern auch die Haltung gegenüber Deutschland prägt; das muß man sich immer wieder vergegenwärtigen. Aber, Herr Graml, hier stellt sich die Frage nach der Haltung des Westens zur Wiedervereinigung in den 50er Jahren. Wir werden sicher zwischen verschiedenen Phasen unterscheiden müssen, aber auch zwischen den einzelnen Westmächten, die hier unterschiedliche Haltungen eingenommen haben. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn Sie die französische, englische und amerikanische Haltung etwas skizzieren würden. Wie weit ging die Unterstützung der Wiedervereinigungsforderung der Bundesrepublik? Von

Hartmut Soell ist eben darauf hingewiesen worden, Sinn der NATO sei, „the Russians out, the Americans in and the Germans down“ zu halten. Ist das die Haltung gewesen, die die Westmächte mit Blick auf den Sinn der NATO insgesamt geteilt haben? Oder können Sie bestimmte Differenzierungen im Hinblick auf die Frage der Wiedervereinigung vornehmen?

Zweite Frage in diesem Zusammenhang. Wie würden Sie vor diesem Hintergrund die Adenauersche Politik und die Darstellung der Adenauerschen Politik in der deutschen Öffentlichkeit bewerten? Diese Politik hat die Komponente der Kontrolle deutscher Politik durch die Westmächte sehr weggedrängt, nicht offen aussprechen können oder wollen. Aber sie hat im Grunde genommen den Anschein erweckt, als ob die Westmächte die Wiedervereinigungspolitik mittragen würden. Basiert vor diesem Hintergrund die Wiedervereinigungspolitik Adenauers nicht doch auf bestimmten Illusionen, und ist sie nicht doch zu einem Teil Rhetorik gewesen? Adenauer hatte ja genauere Kenntnisse auch der Stimmungslagen der anderen Länder.

Was die unmittelbare Beurteilung der Stalin-Note angeht, würde ich mit Soell übereinstimmen, daß zwar sehr gute Gründe für Ihre Position im Gegensatz zu der Steiningerschen Position sprechen. Aber wir sind noch nicht am Ende dieses Aufarbeitungsprozesses angekommen. Es ist noch manches offen. Ich weise nur darauf hin, daß es in dieser Phase auch im Bereich der SED Verunsicherungen gegeben hat, die darauf hindeuten, daß einige über die sowjetische Politik irritiert waren.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Die sind ja erst nachher eingeladen worden!)

– Eben. – Diese Dinge müßten wir in die Betrachtung einbeziehen.

Eine Frage würde ich gern an Herrn Loth stellen. Für uns ist die Beurteilung der Spielräume deutscher Politik, westdeutscher Politik, aber auch der DDR-Politik wichtig. Es ist doch keine Frage, daß die Spielräume westdeutscher Politik trotz der wichtigen Rolle der Supermächte und der Bipolarität durch die sogenannte „neue Ostpolitik“ erheblich gewachsen sind. Wie würden Sie die Spielräume der DDR Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre beurteilen, wie die der Bundesrepublik? Es gab immerhin Ansätze, etwa vor dem Hintergrund der Afghanistan-Krise, eine deutsch-deutsche Ebene in der internationalen Politik zu entwickeln, Ansätze, die, darauf hindeuten, daß die deutsch-deutsche Politik nicht ausschließlich als eine Funktion der internationalen Politik begriffen werden kann. Vielleicht können Sie die Spielräume der deutsch-deutschen Politik im Kontext der Entwicklung der internationalen Beziehungen etwas näher kennzeichnen.

Abg. Hansen (F.D.P): Mit meiner ersten Bemerkung möchte ich mich an Herrn Graml wenden und greife das auf, was Herr Soell und Herr Faulenbach angesprochen haben, nämlich die Stalin-Note. Mich wundert doch sehr, daß sie immer wieder neu aufgegriffen wird. Vielleicht ist es aber auch nicht erstaunlich. Wir haben 40 Jahre Forschungsjagd auf diese

Stalin-Note schon hinter uns. Es waren auch 40 Jahre der Diskussion und der Legendenbildung. Ich habe aufgrund der weiteren Nachfragen den Eindruck, daß die Legendenbildung noch nicht beendet ist, sondern geradezu fortgesetzt werden soll. Ich hatte gedacht, daß nach Ihrer Äußerung, Herr Graml, und der Untersuchung von Herrn Wettig die Diskussion über die Stalin-Note abgeschlossen werden könnte, soweit man wissenschaftliche Prozesse überhaupt als abschließbar bezeichnen kann. Mit den Vermutungen der beiden Kollegen, die eben gesprochen haben – sie können es eigentlich nur vermuten und es nur mit einer Frage belegen –, scheint mir die Diskussion fortgesetzt zu werden. Die Frage ist aber nicht so sehr, ob die wissenschaftliche Diskussion beendet ist, sondern daß diese immer zugleich in eine politische Diskussion übergeht. Das nenne ich dann die Legendenbildung. Wo ist gerade in bezug auf die Stalin-Note der Grat zwischen Wissenschaft und Politik? Vielleicht kann uns unser Experte dazu noch etwas sagen.

Bei Herrn Loth möchte ich das aufgreifen, was Sie mit dem relativ bequemen Ergebnis bezeichnet haben. Ich habe es allerdings nicht so wie Frau Dr. Wilms verstanden. Ich habe es so verstanden, daß Sie von der deutschen Einheit insgesamt gesprochen haben. Es besteht natürlich die Frage, wieweit man von einem relativ bequemen Ergebnis spricht, wenn man andererseits – an anderer Stelle haben Sie das getan – darstellt, wie komplex die Bedingungen innerhalb Deutschlands, d. h. beider deutschen Seiten, und wie die internationalen Bedingungen in Ost und West insgesamt waren. Vielleicht machen Sie es sich hier zu einfach.

Ich greife dann eine Bemerkung von Herrn Jacobsen auf. Ich weiß nicht, ob ich damit Herrn Loth oder Herrn Jacobsen selbst befassen darf. Es gab den Hinweis auf den 7. Mai 1945, auf das Jahr 1941, und Herr Jacobsen hat als Stichjahr sogar 1917 genannt. Taucht damit heute in diesem Raum unausgesprochen nicht eine These auf, die von anderen, von Nolte, mit dem Begriff europäischer Bürgerkrieg belegt wird? Sind wir nicht mit dem Jahr 1989/90 in, wie gesagt worden ist, die Endphase einer Epoche des Kampfes antagonistischer Systeme gekommen? Ist daher die Nachkriegszeit bei aller Falschheit des Begriffs von der berühmten Stunde Null 1945 nicht tatsächlich in einen größeren Zusammenhang einzuordnen, nämlich die Rolle Deutschlands in Europa, als sie auf das deutsch-deutsche Phänomen zu beschränken? Dies hat auch mit den wirtschaftlichen Fragen und der wirtschaftlichen Einbindung speziell Westdeutschlands zu tun und reicht bis in den Einigungsprozeß hinein. Die deutsche Frage sei Teil der europäischen Frage, und die deutsche Frage könne nur dann gelöst werden, wenn die europäische Einbindung gewährleistet sei. Dabei ist unterstellt, daß gerade die europäischen Nachbarn, nicht nur die zitierten Engländer und Franzosen, sondern auch die Italiener und die kleineren Nachbarn und erst recht die Amerikaner ganz besonderen Wert darauf gelegt haben, Sicherheit

vor Deutschland über den Weg der wirtschaftlichen Integration und der Einbindung zu erreichen.

Eine letzte Frage an Herrn Loth oder Herrn Jacobsen. Bei dem, was heute mit dem Begriff „Sieg des Westens“ bezeichnet worden ist, scheint mir das Stichwort KSZE zu kurz gekommen zu sein. Aus der Perspektive von Geheimdienstlern ist gerade Korb III als subversive Taktik des Westens entweder verkannt oder richtig beschrieben worden. Wird die Motivationslage redender, aber auch handelnder Politiker im Blick auf die KSZE-Akte mit der Formulierung, hier könne das Wort „Wandel durch Annäherung“ konkret umgesetzt werden, verkannt oder richtig beschrieben?

Sv. Dr. Armin Mitter: Meine Fragen richten sich an Herrn Loth. Es geht vor allem um die Einschätzung Gorbatschows und überhaupt die Einschätzung des Prozesses in den 80er Jahren. Ich spreche aus einer gewissen Kenntnis der Literatur. Die Quellen in Moskau sind, wie wir erfahren haben, weitestgehend unzugänglich. Übrigens hat Gorbatschow dafür in sehr großem Maß gesorgt, indem er Archive systematisch plündern ließ und u. a. ein Privatarchiv zusammengestellt hat, aus dem er je nachdem gewisse Dinge publizieren ließ. Mir stellt sich zunächst die Frage, wie es möglich wurde, daß Gorbatschow überhaupt an die Macht gekommen ist. Für mich sind die Ereignisse in Polen der entscheidende Punkt. Inzwischen ist nachgewiesen – zumindest gibt es Arbeiten von polnischen Historikern –, daß die Sowjetunion schon 1981 beim Riskieren innerer Unruhen nicht in der Lage war, überhaupt in Polen einzumarschieren. Herr Jaruzelski verbreitet in seinen Memoiren die Legende, daß er einer sowjetischen Intervention zuvorgekommen sei, indem er das Kriegsrecht verkündet hat.

Das nächste ist, daß es sich bei den polnischen Ereignissen im August 1980 schon nicht mehr um Reformkräfte handelte. Es gab eine antisozialistische Bewegung mit 8 Millionen Mitgliedern einer, wenn man so will, christlichen Gewerkschaft, die eindeutig auf den Sturz des Sozialismus hinsteuerte. Die Sowjetunion war – der Aspekt, den Frau Wilms nannte, spielt eine sehr wichtige Rolle – zu diesem Zeitpunkt weder wirtschaftlich noch militärisch in der Lage, überhaupt einzugreifen. Was lag also näher, einen Mann an die Spitze der Bewegung zu stellen – dies geschah allerdings nicht im Spiel der Kräfte, daß sich der Reformflügel gegen den orthodoxen Flügel gestellt hat –, der internationale Reputation genießt und sehr viel über Reform im Fernsehen geredet hat? Ich war zwischen 1985 und 1989 jedes Jahr ein paar Monate in Rußland, insbesondere in Moskau. Ich habe die tiefe Diskrepanz zwischen dem, was im Fernsehen und in öffentlichen Verlautbarungen gesagt wurde, und der Realität und vor allen Dingen, wie die einfachen Menschen über Gorbatschow gedacht haben, zu spüren bekommen. Da war von Reform überhaupt keine Rede. Wenn Sie davon sprechen, daß sich Gorbatschow Anfang 1989 zu rechtsstaatlichen Mitteln bekannt hat, dann müssen Sie mir

schon den Terminus Rechtsstaatlichkeit erklären. Ich verweise nur auf die Dinge, die beispielsweise im Baltikum abgelaufen sind. Des weiteren sind uns bei unserem Moskau-Aufenthalt mehr oder weniger deutlich Hinweise eines ziemlich bekannten Historikers, dessen Namen ich nicht nennen möchte, weil demnächst eine Publikation erscheinen wird, gegeben worden, daß der Anteil Gorbatschows an seinem eigenen Niedergang, d. h. die Inszenierung des Putsches, bisher nicht geklärt ist. Der Putsch hat ja nicht zu einer Niederlage der Militärs geführt, sondern im letzten Gorbatschow die Macht gekostet.

Des weiteren ist meines Erachtens die Vorstellung falsch, daß es sich bei den militärischen Kräften in Rußland um eine homogene Gruppe gehandelt hat. Es war immer so, daß es unterschiedliche Fraktionen gab. Das konnten Sie in Moskau 1985/86 an jeder Straßenecke, wenn Sie mit jemandem geredet haben, erfahren. Dies sind aber nur punktuelle Ansichten; ich habe darüber nie eine Akte gesehen. Ich kann nur aus eigener Erfahrung berichten. Daß die Militärs überhaupt nicht in der Lage waren, so ein Ding zu inszenieren, hat sich zweimal klar gezeigt, einmal bei dem sogenannten Gorbatschow-Putsch, der noch geklärt werden muß, und zum anderen in jüngster Zeit bei Jelzin. Die Frage für mich ist, inwiefern man überhaupt von einer Reformelite in der Sowjetunion sprechen kann, wie man sie überhaupt definiert, welche Ziele sie hatte. Muß man nicht vielmehr von einer Bestrebung oder einer Gruppierung innerhalb der Partei sprechen, die versucht hat, angesichts des Niedergangs der Wirtschaft und des politischen Zerfalls des Warschauer Pakts und überhaupt des sozialistischen Weltsystems das Sowjetimperium zu retten? Polen kommt in diesem Zusammenhang eine viel, viel größere Rolle zu, als bisher gesagt worden ist. (Beifall) Dieser Rettungsversuch geschah mit großem propagandistischem Aufwand. In Westeuropa war dies übrigens sehr erfolgreich. Gorbatschow ist heute in Westeuropa ein gefeierter Mann. Sie müssen einmal in Rußland nachfragen, was man über diesen Herrn dort denkt!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ausnahmsweise habe ich mich auch wieder auf die Rednerliste gesetzt. Ich möchte einer Anregung von Herrn Professor Jacobsen folgen und mir zwei Politiker ein wenig genauer ansehen, von denen ich den Eindruck habe, daß sie erheblichen Einfluß auf die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Politik gehabt haben. Der eine ist Reagan, und der andere ist Gorbatschow. Ich denke an einen Satz von Reagan – ich meine, daß er ihn so gesagt hat –, der mir in seiner fürchterlichen Logik ungeheuer grausam erscheint, aber ein Stück mit dem zu tun hat, was heute immer wieder eine Rolle gespielt hat: Wir müssen die Sowjetunion tottrüsten. Wenn ich dies heute betrachte, so meine ich, daß die Sowjetunion zu Verhandlungen gekommen ist und heute nicht mehr existiert, weil sie wirtschaftlich kaputtgegangen ist. Ich habe den Eindruck, daß das mit diesem Ansatz von Ronald Reagan etwas zu tun hat.

Zu Gorbatschow möchte ich zunächst eine These formulieren. Gorbatschow ist nicht deswegen Generalsekretär der KPdSU geworden, weil er im Auftrag des Politbüros der KPdSU die Wiedervereinigung Deutschlands erreichen sollte, sondern weil man hoffte, mit einem Mann wie Gorbatschow dafür Sorge tragen zu können, daß es auch im dritten Jahrtausend noch eine Sowjetunion gibt, daß sie von der KPdSU regiert wird und daß die Sowjetunion weiter wenigstens die zweite Supermacht neben dem Amerikanern sein wird. Was halten Sie von dieser These?

Wenn Sie den zitierten Satz des amerikanischen Präsidenten kennen und zweitens meine aufgestellte These teilen: Welchen Einfluß hat das auf das Handeln der beiden deutschen Regierungen und auf die internationalen Rahmenbedingungen, die wir vorgefunden haben, gehabt?

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Ich möchte noch einmal auf die Zeit 1945 zurückkommen und möchte darauf hinweisen, daß es zu diesem Zeitpunkt in verstärktem Maß eine Überschneidung der Tendenzen gegeben hat. Man war sich zunächst einig: Niederhaltung des besiegten Deutschlands, Kontrolle auf wie lange Zeit auch immer. Es gibt keinen Zweifel, daß dabei z. B. vor allem die Haltung der Amerikaner in bezug auf die Sowjetunion mangels Erfahrungen in der europäischen Politik von vielen Illusionen getragen war. Es ist an einem Beispiel deutlich geworden: Wenn wir heute, selbst im Vertrag von Maastricht, von der WEU, der westeuropäischen Verteidigungskomponente, sprechen, so muß man wissen, daß sie ursprünglich als ein Bündnis gegen das Wiederaufleben des deutschen Militarismus 1947 mit dem Vertrag von Dünkirchen entstanden ist. Verschränkt zu diesem gemeinsamen Interesse entwickelte sich sehr bald die Tatsache, daß die Sowjetunion versuchte, ihren Bereich auszudehnen. Es gab in diesem Bereich im Grunde genommen alle Optionen, weil immer wieder gesagt wird: Man hätte hier keine Änderung der Grenzen vornehmen können. Es gab z. B. eine Volksrepublik Aserbaidschan mit Truppen der Roten Armee in Nordpersien, die auf Druck der Westmächte, vor allem der Engländer, dann von den Sowjets selbst liquidiert wurde, und sie selbst zogen sich aus diesem Bereich zurück. Es gab den Bürgerkrieg in Griechenland, der auf die Verhältnisse in Europa ganz andere Auswirkungen hatte. Ich erwähne ihn deswegen, weil vorhin vom subjektiven Eindruck von Adenauer die Rede war. Nein, das war kein subjektiver Eindruck, sondern das waren objektive Zustände, wie man es am griechischen Beispiel gesehen hat. Der Bürgerkrieg in Griechenland ist letztlich an zwei Punkten gescheitert: Einmal durch das Ausschwenken Titos aus dem Ostblock oder der engen Verbindung zu Stalin – da lief der Nachschub dann nicht mehr über Jugoslawien –, zum anderen durch die Garantie der Amerikaner mit der Truman-Doktrin vom März 1947, die im Grunde genommen der Vorläufer der NATO war. Das waren die objektiven Tatbestände, auf denen westdeutsche

Politik aufgebaut wurde. Man hatte die Erfahrungen, die hier gesammelt wurden.

Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was Herr Faulenbach zur Person Adenauers bemerkt hat. Adenauer hat nicht nur Sprüche geklopft, sondern konkret gehandelt. Das Einbinden der Westmächte in die Verpflichtung zur Wiedervereinigung Deutschlands geht schon auf den Generalvertrag von 1952 zurück, also auf einen Zeitpunkt, als die Bundesrepublik noch gar nicht souverän war. Es waren also nicht nur Sprüche oder Versprechungen, sondern es war konkretes Handeln. Ich glaube, diese Entscheidung, die Selbstverpflichtung der Alliierten 1952, war für die gesamte weitere Politik von ganz großer Bedeutung.

Eine Bemerkung zur Rolle der DDR. Es ist so formuliert worden, daß die Sowjetunion ein Interesse daran hatte, sozusagen das bessere Deutschland, das antifaschistische Deutschland auf seiner Seite zu haben. Ich glaube, dies hat bei der Sowjetunion nie eine große Rolle gespielt. Die Sowjetunion hat vielmehr immer nach Machtgesichtspunkten gehandelt, sie hat auch Bündnisse mit Hitler geschlossen. Insofern ist da ein Gegenbeispiel vorhanden. Ich möchte ein sehr bedauerliches Beispiel aus der Vergangenheit erwähnen. Vor wenigen Tagen ist ein Major der deutschen Wehrmacht in Yad Vashem besonders geehrt worden. Er ist zu einem der Gerechten des jüdischen Volkes oder wie das heißt ernannt worden, weil er 1942 als Ortskommandant von Przemysl Juden schützte. Man muß das Schicksal dieses deutschen Majors kennen. Er ist wegen seiner Eigenschaft als Ortskommandant von Przemysl zum Tode verurteilt worden und 1955 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gestorben. Das zeigt die Schwierigkeit, in diesem Bereich von guten oder schlechten Verbündeten und Deutschen zu sprechen.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Der Vortrag von Herrn Loth hat noch einmal eindringlich hervorgehoben, was uns Kollege Graml in seinen Ausführungen vergegenwärtigt hat, die Nachkriegsgeschichte Europas und die deutsche Teilungsgeschichte sind in die Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur eingebettet. Das wichtigste Machtmittel beider Seiten, militärisch gesehen, war nach 1945 sicher die Atombombe. Die Militärs wußten im Gegensatz zu vielen mir noch vor Augen stehenden Eiferern der selbsternannten Friedensbewegung um die Vernichtungskapazität dieser Waffen. Gerade die Militärs, deren Handwerk es war, taktisch darüber nachzudenken, wie sie Städte und Landschaften effektiv in atomare Wüsten verwandeln können, und das gilt wahrscheinlich für alle Beteiligten an diesem Konfliktmanagement, wußten: Bei allen politischen Gegensätzen, um die es geht, kann es alle Formen der Auseinandersetzung geben, aber nicht den Atomkrieg. Dieses Diktat der Atombomben als ultima ratio der Machtauseinandersetzung im Ost-West-Konflikt hat Kollege Loth in aller Eindringlichkeit deutlich gemacht, indem er es, überspitzt gesagt, auf die Formel brachte: Sehen wir uns einmal

die internationalen Abrüstungsdebatten nach 1955, nach dem Status quo in Europa an! Ich will in diesem Zusammenhang durchaus das aufgreifen, was Armin Mitter in bezug auf die Formel von der friedlichen Koexistenz der Sowjetunion gesagt hat. Herr Loth, Sie haben von der Einsichtsfähigkeit der sowjetischen Reformeliten gesprochen. Mitter hat Sie schon gefragt, ich will es unterstreichen: Welche Gruppen der Nomenklatur zählen Sie zur „Reformelite“? Es geht auch um die Entscheidungen, in die Systemkrisen Ende der 80er Jahre nicht mehr wie 1953, 1968, 1970 militärisch einzugreifen. Hierzu eine Anmerkung, die in der systemimmanenten DDR-Forschung geradezu eine verblende Rolle gespielt hat: Die führende Rolle der Partei war für die Nomenklatur das Wichtigste auch noch im eigenen Niedergang.

Ich will das an zwei Beispielen aus 1968 polemisch verdeutlichen. Ich beziehe mich auf die wohlfeile Formel – ich meine, es war eine wohlfeile Formel, wenn man damit die Zielorientierung der westdeutschen Ostpolitik ab 1969 beschreiben will –: Wandel durch Annäherung. Ein Kollege hat gerade ein Buch über die geheime Westpolitik der SED veröffentlicht, in dem er aufzeigt, wie im Vorfeld der Entwicklung ab 1969 die SED ein System von Vertrauensleuten in der westdeutschen politischen Klasse etabliert. In diesem Band gibt es ein außerordentlich wichtiges Dokument, das sehr aufschlußreich ist, eine Gesprächsnotiz Abrassimows mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Willy Brandt, vom Juli 1968. Es unterstreicht, daß Willy Brandt sehr genau wußte, wer „Unter den Linden“ wirklich „das Sagen“ hat. Er wendet sich an Abrassimow und entwickelt sein deutschland- und ostpolitisches Programm. Und er fordert von Abrassimow die Unterstützung der Sowjetunion für diese Linie der westdeutschen Sozialdemokratie. Zur gleichen Zeit hat Walter Ulbricht großen Erfolg bei den „sowjetischen Freunden“ mit seiner Generalthese über die Ursachen der tschechischen Entwicklung, die er im Kern der westdeutschen sozialdemokratischen Ostpolitik anlastet, die darauf abzielt, die kommunistischen Parteien Osteuropas zu sozialdemokratisieren.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Das eine schließt das andere nicht aus!)

– Richtig, Herr Soell! Das eine schließt das andere nicht aus. Aber das Bedrohungssyndrom spielt schon eine zentrale Rolle. Ulbricht hat es sehr unmittelbar auf die führende Rolle der Partei bezogen; das war für ihn der Kern der „Konterrevolution“ 1968. Kollege Loth hat meiner Meinung nach nicht zufällig die Reformkräfte in der Tschechoslowakei mit dem aus meiner Perspektive einfach entwürdigenden Satz ausgeblendet: Es gab nach 1968 dort Opfer, die das „drastische Zeichen“ mit Emigration, Haft und Tod bezahlten, um dies hier ganz unakademisch auszusprechen.

Diese beiden Komponenten der Entspannungspolitik, Wandel durch Annäherung, vor allen Dingen Wandel, wurden 1968 geprüft. Ich zitiere Ihnen auch noch die Stellungnahme, die Ulbricht, nachdem er am 23. August triumphierend aus Moskau zurückkehrte, vor seinem Zentralkomitee abgegeben hat:

Jetzt sind alle sozialdemokratischen Illusionen vom Tisch, sie könnten uns von innen aufmischen, und jetzt steht nur noch die Respektierung des Status quo auf der Tagesordnung und nicht mehr der Wandel im realen Sozialismus. In diesen Sätzen wird uns noch einmal der Faktor Sowjetunion vor Augen geführt.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Der hat trotzdem stattgefunden!)

Kollege Mahncke hat heute morgen die Dialektik beschrieben, die die Politik im Ost-West-Konflikt charakterisierte – es ging um Krisenmanagement –, als Reaktion auf eine reale Situation und dem Beharren auf den eigenen Zielen, Werten und Interessen. Ich denke, hierüber müssen wir diskutieren, wenn es um die Frage geht, wie wir unsere eigenen Interessen definieren.

1969 wollte Ulbricht – Staadt hat auch das dokumentiert – mit einem antisozialdemokratischen Konzept in den Bundestagswahlkampf ziehen. Die KPdSU und die SED waren sich auch einig, daß man sich einmischen muß. Das war für beide Parteien gar keine Frage. Interessant ist der Akzent, den die Sowjets gesetzt haben. Sie akzeptierten nämlich, daß die neue westdeutsche Ostpolitik, die die SPD vorbereitete, in ihrem unmittelbaren Interesse liegt. Die Sowjets haben Ulbricht verboten, in diesen Wahlkampf so zu ziehen, wie er es tun wollte.

Diese Zusammenhänge von Politikwandel im Westen müssen wir auch noch einmal genau in den Blick nehmen.

Ich werde morgen hier ein Papier über Polen vorlegen; ich will es jetzt nicht vorwegnehmen, nur eine Kostprobe sozialdemokratischer Entspannungspolitik geben. 1981 hat Herr Rau auf dem Umweg über Bischof Schönherr der SED-Führung mitgeteilt, die SPD habe große Sorge bezüglich dessen, was sich in Polen tue. Jaruzelski sei die letzte Chance. Er habe große Angst davor, daß Walesa in die Bundesrepublik kommen und dann auch noch Düsseldorf besuchen wolle. Bei der Beratung der Generalsekretäre im Dezember 1980 war es u.a. die amerikanische Entschlossenheit, die durch die Drohung mit dem Embargo die Sowjets davon abhielt, in Polen die Lösung der Krise durch militärische Mittel von außen herbeizuführen. Dieser Gesichtspunkt stand am Anfang der Argumentation von Breschnew, warum eine Intervention, welche die SED zu diesem Zeitpunkt forderte, nicht durchführbar sei.

Hier haben Sie ein konkretes Beispiel dafür, daß die Macht – die Grundlage von Politik ist Macht – in Europa den Frieden gerettet hat. Nicht aber die ängstliche Fixierung darauf, daß die Veränderungen, die die polnische antisozialistische Bewegung herbeiführt, den europäischen Frieden gefährden.

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen auf das Schlußvotum des Vormittags und auf Herrn Mahncke reagieren. Es entstand ja fast der Eindruck, als sei die Ostpolitik nicht von den entsprechenden Sozialdemokraten in den 60er Jahren entwickelt worden. Als hätte es 1969

einen glatten Übergang gegeben. Ich denke, man sollte doch vermerken, daß die Ostverträge und auch der Helsinki-Prozeß bis hin zu Helsinki selbst in Europa allein von der CDU und dem Franco-Regime abgelehnt wurden. Dies war ein Problem für die europäische Entwicklung. Diese Art vom Ostpolitik der CDU hat sich später dann ja auch verändert. Das sollte hier festgehalten werden.

Ich bin dankbar dafür, daß Herr Loth hier den Gesichtspunkt in die Diskussion gebracht und sich ihm entgegengestellt hat, der bis heute eine typisch westliche Haltung beschreibt, nämlich als sei alles, was im Osten passiert ist – bis hin zur deutschen Einheit –, ein Ergebnis des Handelns des Westens. Wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Loth, wurde vieles nicht durch eine Beeinflussung aus dem Westen bewirkt, sondern der Zusammenbruch des Ostens ergab sich beispielsweise durch die Insuffizienz des Systems selbst. Diese Meinung teile ich. Damit wird einer häufigen Interpretation im Westen widersprochen. Ich finde es wichtig, daß dies hier noch einmal entsprechend hervorgehoben wird. Ich denke nämlich, dies ist ein zentraler Punkt, der deutlich macht: Es war nicht zuallererst ein Sieg des Westens; in vielen Punkten muß man die westliche Politik sogar kritisieren. Der Sieg war in weiten Bereichen ein Sieg der Menschen im Osten, die sich beispielsweise für die Rechtsstaatlichkeit in einem sehr konfliktreichen und auch sehr differenzierten Prozeß eingesetzt haben. Die westliche Haltung gehörte natürlich mit in einen internationalen Rahmen, der das ermöglichte.

Ich will gar nicht auf die Frage des Herbstes 1989 oder darauf eingehen, was die deutsche Einheit möglich gemacht hat. Auch da ließe sich diese Interpretation in interessanter Weise darstellen.

In bezug auf Gorbatschow teile ich im wesentlichen Ihre Überzeugung, Herr Loth, wenngleich man natürlich sagen muß, daß Gorbatschow mit ganz anderen Absichten an diese Probleme herangegangen ist. Es muß nicht hervorgehoben werden, daß er nicht unbedingt ein demokratisches System errichten wollte, sondern er wollte das bestehende System so reformieren, daß es überlebensfähig ist, auch weltweit gesehen.

Seine Politik waren ganz gewiß Schritte in die richtige Richtung. Manchmal hatte der Westen Mühe mitzukommen; das haben Sie beschrieben. Damit wurde gleichzeitig eine Dynamik ausgelöst, die Gorbatschow selbst unter die Räder gebracht hat. Darüber kann man froh sein, denn Gorbatschow selbst hätte jedenfalls mit dieser Schnelligkeit ein wirklich demokratisches System nicht hinbekommen, wenn – das ist zweifelhaft – überhaupt.

Zur Nachrüstungsdebatte: Heute wird gemeinhin – ich denke: die Mehrheit auch in unserem Kreise – die Überzeugung vertreten, es habe sich nachträglich gezeigt, daß man hier die richtige Politik verfolgt habe. Ich habe bis heute meine Zweifel, daß man dies so einfach behaupten kann. Viele Argumente, die damals aufgeführt wurden – Verringerung der Vorwarnzeiten

u.a., Risikofaktoren –, sind meines Erachtens überhaupt nicht widerlegt, sondern sie sind durch eine andere Politik Gorbatschows erst einmal überholt worden. Ich vermute, Sie argumentieren ähnlich, Herr Loth.

Zwar hat das Wettrüsten bzw. das Totrüsten einen gewissen Anteil an der Entwicklung, doch das System ist im wesentlichen an seiner wirtschaftlichen Insuffizienz zugrunde gegangen. Die Folgen der Rüstung sind im Westen entsprechend groß. Die Überrüstung in den USA und die Schwierigkeiten der Konversion, die Schwierigkeiten des militärisch-industriellen Komplexes in den USA stellen eine innenpolitische Aufgabe dar, deren Lösung sich Präsident Clinton auf die Fahnen geschrieben hat. Wir müssen abwarten, wie dieses Problem von ihm gelöst werden wird.

Für Rußland ist das jedenfalls auch ein zentrales Problem. Ich bin Ihnen, Herr Loth, dankbar für Ihre Gegenposition zu einer allzu weit verbreiteten Argumentation.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich möchte eine Anmerkung zu der Bewertung des Kollegen Loth in bezug auf das Ende des Ost-West-Konflikts machen: Ich kann mich – sozusagen als Schulteranschluß der Osteuropa-Historiker – Herrn Kollegen Mitter voll anschließen.

Ich möchte eine ergänzende Bemerkung zu dem machen, was Herr Kollege Wilke gesagt hat: Er hat darauf hingewiesen, daß man vermuten könne, in sowjetischen Offizierskreisen sei – ich glaube, so hat er es formuliert – über die schreckliche Vision eines Atomkriegs und seine schrecklichen Folgen nachgedacht worden.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Nicht nur bei den Sowjets!

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich rede jetzt von den Russen, weil ich auf Gorbatschow zu sprechen kommen will, den Herrn Loth im Blick auf das Ende des Ost-West-Konflikts sehr stark in den Mittelpunkt gestellt hat. Hier setzt meine Kritik an. Ich denke, Herr Wilke hat insofern recht, als er eine Diskussion anspricht, die in der Tat stattgefunden hat, von der wir allerdings noch nicht genau wissen, wer die Konsequenzen daraus gezogen hat. Es ergibt sich vor allem aus der Memoirenliteratur – ich denke an die Erinnerungen von Herrn Arbatow – das Bild, als hätten einzelne Intellektuelle seit Beginn der 80er Jahre über diese Probleme nachgedacht, auch Ausarbeitungen angefertigt, die an die politische Seite herangetragen wurden.

Das deckt sich mit Informationen, die die Kollegen aus dem Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in den 80er Jahren von ihren Reisen nach Moskau mitgebracht haben. Wir wußten also, daß darüber eine Diskussion stattfindet. Die Frage an die Forschung lautet – jetzt besteht die Chance, daß sie auch beantwortet wird –: Wann ist da ein qualitativer Umschlag erfolgt? Wer hat ihn bewirkt? Ich möchte die These aufstellen, Herr Loth, daß das bereits vor Gorbatschow geschehen ist. Von

daher kann ich Ihre Hervorhebung dieses Mannes nicht nachvollziehen. Hier kann ich Herrn Mitter nur unterstützen: Gorbatschow hat im Westen ein sehr viel besseres Standing als in der heutigen Russischen Föderation; dort spricht kaum noch jemand von ihm.

Ich denke, Herr Loth, hier sind Sie gehalten, Ihre Ansicht zu korrigieren, zumal dann, wenn Sie die drei Säulen betrachten, auf denen das sowjetische System ruhte, nämlich die ideologische Grundlage, die Einparteiherrschaft und die Planwirtschaft. Es wurde bereits im Laufe der 80er Jahre relativ deutlich, daß diese drei Säulen entweder unterhöhlt oder bereits geborsten waren. Im Sommersemester 1987 hat es hier in Berlin im Zuge der 750-Jahr-Feierlichkeiten eine Ringvorlesung der Freien Universität gegeben. Die Vorträge sind in einem inzwischen erschienenen Sammelband nachzulesen. Damals hat der Kollege Klinkmüller – zu meinem Bedauern kein Historiker, sondern ein Volkswirt – schon den Nachweis geführt – er ist offensichtlich kaum beachtet worden –, daß sich die Sowjetunion aufgrund wirtschaftlicher Probleme auf Dauer nicht würde halten können.

Herr Loth, ich möchte fast sagen: Auch wenn ein Herr Turgenjew oder ein Herr Tolstoi oder ein Herr Dostojewski 1985 als Chef des Politbüros an die Macht gekommen wäre, hätte er dieselbe Politik betreiben müssen und wäre denselben Weg wie Herr Gorbatschow gegangen. Hier möchte ich die Kritik von Herrn Wilke und auch von Herrn Mitter unterstützen: Sie hätten sehr viel stärker auf die Tschechen – Charta 77 – und vor allen Dingen auf die Polen hinweisen müssen, auch deswegen – ich glaube, Herr Loth, das haben Sie zu wenig berücksichtigt –, weil in den 70er und 80er Jahren noch Mut dazu gehörte, in diesen Ländern eine solche Position einzunehmen.

Zum Schluß noch eine kleine Anmerkung – sie entspricht dem Oberseminarcharakter dieses Nachmittags –: Herr Graml – ansonsten haben wir ja keine Probleme miteinander –, Sie haben von der eher hilflosen Hinnahme einer nicht gewollten Entwicklung im Frühjahr 1945 gesprochen.

Hermann Graml: Nein, zweite Hälfte.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Wenn sich Ihre Aussage auf die Zeit vor dem 8. Mai 1945 bezogen hätte, hätte ich – aus sowjetischer Sicht gesehen – Probleme gehabt. Nun sind wir wieder auf einer Linie.

Abg. Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU): Herr Graml, Sie haben für mich die Frage nach der Note von 1952 durchaus klar beantwortet. Für mich ist interessant, daß dieses Thema noch von niemandem aus den neuen Bundesländern angesprochen wurde, sondern nur von Teilnehmern aus den alten Bundesländern. Das ist eine interessante Feststellung. Wir müssen wohl noch darauf warten, was die Archive nicht nur in Moskau, sondern auch in Washington, London und Paris freigeben werden.

Für mich wußte Adenauer sehr wohl, wie 1952 seine Situation als Regie-

rungschef auch in Abhängigkeit von den drei Westmächten war. Auf der anderen Seite kannte er sehr gut die Stimmungen. Für mich ist deshalb absolut folgerichtig, daß er sagte: Wir haben in der jetzigen Situation der Aggression aus dem Osten nur die Chance, die Integration in den Westen zu betreiben, um ein Vertrauensverhältnis zu den westlichen Nachbarn wieder aufzubauen. Nicht nur in England oder in Frankreich, sondern auch in kleineren Ländern wie den Niederlanden und in Dänemark war ein tiefes Mißtrauen vorhanden. Es war richtig, nach dem Scheitern der EVG zu erklären: Jetzt müssen wir den Schritt in die NATO tun, um keinen Alleingang zu machen, sondern sich gemeinsam mit anderen voll einzubringen.

Herr Loth, ich glaube, Sie waren es, der gesagt hat: Es hat 1959 eine gewisse Änderung gegeben. Sie haben das sogar an einem bestimmten Tag festgemacht, nämlich der Beerdigung von John Foster Dulles. Damals stellte sich für Adenauer die Frage, ob er Bundespräsident werden sollte. Er sagte: Ich tue es nicht, denn es sind so gravierende Veränderungen in der Diskussion, daß ich bleiben muß. Ich bin fest davon überzeugt, daß diese sich abzeichnenden Veränderungen der Hauptgrund für seine damalige Ablehnung waren.

In einem Punkt bin ich mit Ihnen, Herr Loth, überhaupt nicht einverstanden; dafür werden Sie Verständnis haben. Ich meine damit Ihre Äußerung – ich gebe sie mit meinen Worten wieder –, durch die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands hätten wir letztlich auch Gorbatschow in eine schwierige Situation gebracht, weil seine Zusagen gerade von seinen Militärs nicht verstanden worden seien. Unser Vizepräsident Johnny Klein beschreibt in seinem durchaus lesenswerten Buch „Es begann im Kaukasus“ die Überraschung von Kohl und Genscher, daß auf den entsprechenden deutschen Vortrag hin in der nächsten Plenarkonferenz dies von Gorbatschow bestätigt wurde.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Für Kwizinski und andere war das auch überraschend.

Abg. Frh. von Schorlemer (CDU/CSU): Er hat es bestätigt.

Das System – gerade auch jenes der Sowjetunion – war wirtschaftlich am Ende. Gorbatschow brauchte Geld; er hat es auch bekommen. Ich kann mir vorstellen, daß Gorbatschow vor seine Generäle getreten ist und gesagt hat: Ich will Geld haben, das kann ich von der Bundesrepublik bekommen, aber der Preis dafür ist die Mitgliedschaft in der NATO. Ich sage ganz trivial – wie mancher Politiker eben denkt; aber so könnte es durchaus gewesen sein –: Er hat sich für das Geld entschieden. Das hat nichts mit hehren Grundsätzen zu tun. Das Militär hat gesagt: Wahrscheinlich ist es richtig, diesen Weg zu gehen, denn dann können wir uns stabilisieren, weil wir wirtschaftlich wieder bessergestellt werden.

Es war ein genialer Schachzug, den unsere Regierenden damals im Kaukasus getan haben.

Abg. Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Ich kann meinen ersten Punkt sehr kurz abhandeln, weil Sie, Herr Vorsitzender, die politische Leistung des amerikanischen Präsidenten Reagan bereits betont haben. Ich möchte nur ganz kurz hinzufügen, daß jeder, der in der Zeit der Reagan-Administration Gelegenheit hatte, mehrfach mit dieser Administration zusammenzukommen, daß jeder, der die Reden des amerikanischen Präsidenten bei seinen Besuchen in Deutschland im Deutschen Bundestag oder auf dem Hambacher Schloß gehört hat, nicht der Meinung sein kann, daß hier ein tumber Tor nicht wußte, zwischen welchen Ratschlägen er wählen sollte. Reagan hatte eine sehr klare politische Konzeption, die er weiterverfolgt hat, als er gar nicht mehr Präsident war. Er hat sie, als er nach seiner Präsidentschaft nach Berlin kam, gar nicht weit von dem Ort, an dem wir uns hier befinden, mit der Aufforderung an Gorbatschow vollendet, dieses Tor aufzumachen.

Ich glaube aufgrund des Miterlebens dieser Zeit, daß Reagans Forderung, die Einigung zu realisieren, die Nachrüstung des Westens und die Ankündigung von SDI nach dem Motto „Nun das Ganze noch einmal im Weltall“ ein ganz entscheidender Beitrag dazu gewesen sind, daß die Menschen im Ostblock und natürlich auch in der DDR die erste sich bietende Chance nutzen konnten, in friedlicher Weise das zu tun, was wir alle mit Bewunderung und großer Anteilnahme erlebt haben.

Ich hielte es einerseits für einen großen Fehler, die Tatsache zu leugnen, daß im Westen diese Voraussetzungen geschaffen worden sind, wie andererseits den großen Beitrag zu unterschätzen, den die Menschen selbst geleistet haben.

Hier hat eine Diskussion über die Frage stattgefunden: Sieg des Westens – ja oder nein? Natürlich ging es um das Durchsetzen einer politischen, wirtschaftlichen und sicher auch militärischen Überlegenheit. Aber es gehört auch ein Blick auf den weltweiten Entkolonialisierungsprozeß dazu, der sich vollzogen hat. Die europäischen Kolonialmächte hatten alle auf mehr oder weniger anständige Art und Weise ihre koloniale Vorherrschaft in der Welt aufgegeben bzw. aufgeben müssen. Alle Welt hat den Eindruck, als sei die ungeheure Landmasse, welche die Sowjetunion darstellte, etwas anderes als ein Kolonialreich, weil es sich nicht um Übersee-Besitzungen handelt, sondern um Kolonien, die man über Land erreichen konnte und dort errichtet hat.

Der sich abzeichnende Zusammenbruch der sowjetrussischen Kolonialmacht war für diejenigen, die im Westen Politik machten, nicht zu übersehen. Es hatten sich schon zu Beginn der 80er Jahre mit Ausnahme von Estland in den damaligen Sowjetrepubliken und in den besetzten Gebieten wie dem Baltikum die Bevölkerungsentwicklungen so gestaltet, daß die russische Vorherrschaft sich umgekehrt hatte. Der Anteil der russischen Bevölkerung ging zurück. Zum ersten Mal machten sich die starken ethnischen Entwicklungen im

sowjetrussischen Kolonialreich so sehr bemerkbar, daß der Zusammenbruch auf der Hand lag.

Dies zu erkennen und daraus politische und wirtschaftliche Schlußfolgerungen zu ziehen, war sicher auch ein großer Beitrag zu dem, was sich dann zu Beginn der 90er Jahre ereignet hat.

Jetzt etwa Bedauern darüber zu zeigen, daß man Gorbatschow nicht genug geholfen hat, diese sowjetrussische Vorherrschaft über die ehemaligen Sowjetrepubliken aufrechtzuerhalten, dem kann ich, Herr Professor Loth, absolut nicht mehr folgen. Im Gegenteil: Unsere Politik im Westen sollte bei den Neuorientierungen im Bereich der früheren Sowjetunion darauf gerichtet sein, daß keine künstliche Lebensverlängerung einer Kolonialmacht erfolgt. Unsere wirtschaftlichen und sonstigen Hilfen sollten nicht einseitig sein; nicht einseitig von den Gebern her, daß sich also nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen Ländern daran beteiligen, auch nicht einseitig vom Nehmen her. Es sollte nicht nur die Russische Föderation bedacht werden, sondern auch die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, die heute unabhängige Staaten sind, damit dort in einigermaßen überschaubaren Räumen eine Neuordnung für die Zukunft erfolgen kann.

Wenn man diesen Zusammenbruch des sowjetischen Kolonialreichs als historisches Ereignis am Ende der 80er Jahre und zu Beginn der 90er Jahre realisiert, kann man daraus die richtigen Schlußfolgerungen ziehen für die zukünftige Gestaltung dieses Raumes und für die allerdings sehr beschränkten Möglichkeiten, die wir haben, dabei mitzuwirken.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich möchte zunächst der Frage nachgehen, die der Kollege Hansen gestellt hat. Ich finde dies ungeheuer interessant, weil es auch eine perspektivische Debatte auslösen kann. Mich interessiert, wie Sie, Herr Professor Loth und Herr Graml, darauf reagieren könnten.

Herr Hansen hat die Frage gestellt: Ist das, was 1989 begann und jetzt allmählich seinen Abschluß findet, so etwas wie das Ende der europäischen Ordnung nach 1945? Ich finde, das ist eine außerordentlich spannende Frage.

Wenn daraus der Schluß gezogen werden könnte – ich interpretiere jetzt meinerseits –, es wäre das Ende der Nachkriegsordnung, dann müßte, so glaube ich, ein Punkt stärker berücksichtigt werden, dann müßte genauer nachgefragt werden. Wir haben es ja mit einem Zusammenbruch nicht nur der Jalta-Ordnung zu tun, sondern es kommt – das spüren wir jetzt – der Zerfall einer anderen Nachkriegsordnung hinzu, nämlich jener der Pariser Verträge.

Es macht das ungeheure Spannungsmoment der gegenwärtigen historischen Phase aus, daß sich sozusagen die Explosionswellen von zwei Nachkriegsordnungen innerhalb dieses Jahrhunderts jetzt brechen. Solange man nicht damit rechnen muß, daß das Ende der Geschichte angebrochen ist, sondern wenn

man davon ausgeht, daß wir über die Rückkehr zur Geschichte in eine neue Gestaltungsphase kommen müssen, kommt man zu den richtigen Fragen.

Welche Schlüsse ziehen wir eigentlich aus diesem Zerfallsprozeß, bei dem nur einer einen „Gewinn“ gezogen hat, der keinen Zerfallsprozeß erlebt hat, sondern einen Einigungsprozeß, nämlich wir? Alle anderen haben Zerfallsprozesse erlebt, die so oder so zugleich emanzipatorisch sind und sich auch aus dem Zerfall der ersten Nachkriegsordnung dieses Jahrhunderts ergeben. Wir haben auf der einen Seite die Rückkehr von Nationalismen zu verzeichnen, die in sich noch gar nicht von vornherein als problematisch anzusehen sind, weil sie sich mit emanzipatorischen Prozessen kreuzen.

Herr Loth, der Zerfallsprozeß der Sowjetunion, der Aufstieg der Nationalitäten, ist ja nicht nur ein Nationalismusproblem, sondern in erster Linie ein Demokratieproblem. Nicht die Werte setzen sich durch, sondern die Menschen eignen sich Werte an, beispielsweise Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit. Das ist der eigentliche Prozeß.

Beim Zerfallsprozeß der Sowjetunion, wie er beispielsweise im Baltikum zu beobachten ist, hat Gorbatschow eine ambivalente Rolle gespielt. Er hat diesen Prozeß zunächst durch Glasnost und Perestroika ermutigt, ohne daß er letztlich – so interpretiere ich ihn jetzt; das mag im Streit bleiben – die Demokratie im Auge gehabt hätte, sondern um den Modernisierungsrückstand, den die Sowjetunion nach dem ersten Modernisierungsversuch von 1917, der fehlgeschlagen ist, erlitten hat, auszugleichen. Gorbatschow hat diesen Modernisierungsversuch nicht mit den militärischen Mitteln von 1917 und den späten 20er und 30er Jahren durchgeführt, sondern er hat die Modernisierung mit angeeigneten zivilen Mitteln versucht, und zwar auf der Basis des alten Instrumentenkastens, den er eigentlich loswerden wollte, der ihm durch die KPdSU zur Verfügung gestellt war. Dadurch, daß er die Mittel aus dem alten Instrumentenkasten benutzt hat, hat er letzten Endes – das konnte gar nicht anders sein – diejenigen ermutigt, die die Flucht nach vorn nur dadurch antreten konnten, daß sie sich gegenüber der Zentrale in Moskau aufbäumten.

Das scheint mir eher plausibel zu sein, als zu sagen, es sei nur um eine Auflehnung von Nationalismen gegenüber der Zentrale in Moskau gegangen.

Ich muß noch ein Wort zu 1968 verlieren. Herr Graml hat sehr plastisch deutlich gemacht, wie bei uns die erste Phase aussah. Damals war ich noch ein junger Mann. Nach dem, was Sie, Herr Graml, gesagt haben, schien es mir so, als seien wir in Westdeutschland erst allmählich in eine Haut geschlüpft, die uns andere zur Verfügung gestellt haben, so daß uns gleichsam Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit – ich benutze diesen Begriff, damit mich die Feministinnen nicht angreifen – verliehen wurden.

Ist es nicht so, daß uns Freiheit und Demokratie sozusagen verliehen wurden,

daß wir erst allmählich Schritt für Schritt in sie hineingewachsen sind? Haben wir sie nicht sozusagen als unsere zweite Haut empfunden? Der Unterschied zu den Menschen im Osten besteht darin, daß diese die Freiheit nicht sozusagen verliehen bekommen haben, sondern sie haben sie sich erkämpft und erstritten. Das ist schon ein Unterschied.

Manche der Mißverständnisse, die einige im Westen – auch in meiner eigenen Partei – gegenüber dem haben, was sich im Osten entwickelt hat, beruhen vielleicht darauf, daß man seine Wünsche in die Freiheitsbewegung, die man selbst nicht sein konnte, projiziert hat. Um es milder zu formulieren: Die historische Konstellation war eine andere.

In meinen Augen ist für die Enquete-Kommission der wesentliche Punkt die Frage: Welche zentralen Werte stehen da im Spiel und müssen von den Menschen angeeignet werden können? Welche Bedingungen müssen politisch, sozial und ökonomisch geschaffen werden, damit diese Werte auch tatsächlich angeeignet werden können? Jeder von uns weiß, daß sich die CDU mit der KSZE etwas schwergetan hat. Das verstehe ich aus ihrer damaligen Situation heraus gut. Staatliche und verstaatlichte Politik können immer nur versuchen, Bedingungen zu schaffen. Diese Bedingungen müssen von den Menschen gestaltet werden. Natürlich war der KSZE-Prozeß ambivalent – das haben viele von uns deutlich genug kritisiert –, weil er eine bestimmte Ebene manchmal zu scharf herausgearbeitet hat, während die Selbstaneignung durch die Menschen in diesem Punkt nicht ernst genug genommen wurde.

Das zeigt uns, liebe Frau Kollegin Wilms, daß 1968 von manchen sehr wohl auch als eine Ermutigung und nicht nur als Kritik verstanden worden ist.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich möchte auf die frühe Zeit zurückkommen. Ich glaube, es war Herr Graml, der davon gesprochen hat, daß für die Menschen überall auf der Welt das Zusammenspiel von militärischer Macht und einheimischen Parteien erschreckend war. Das führte zur Diktatur im Baltikum, in der Tschechoslowakei, in Polen, auf dem Balkan.

Die Angst vor dem sowjetischen Imperialismus bewegte die Menschen ungemein. Es gibt Ideologien – die sowjetische bzw. marxistische ist wohl eine solche –, die dazu veranlassen, mit aggressiver Energie gegen Völker vorzugehen. Dies, Herr Loth, wissend, kann man nicht einer Deutung folgen, wie sie aus Ihren Ausführungen hervorgeht, nämlich daß – ich überspitze es jetzt einmal sehr – Kriege oder Kalte Kriege oder Spannungen nur aus dem berühmten Bedrohungssyndrom entstanden. Primitiv gesagt: Man hätte sich nur besser miteinander verständigen müssen, dann wäre alles wunderbar geworden, und das Ganze hätte sich nicht so entwickelt.

Sie haben in Ihrem Papier ausgeführt, das beängstigende atomare Übergewicht der USA sollte durch riskante Manöver von Chruschtschow konterkariert werden. Der Sinn des Novemberultimatums sei gewesen, daß man den

Vormarsch des Westens stoppen wollte, um eine Stabilisierung des Status quo in Europa zu erreichen.

Sie haben die damalige Situation im Gegensatz zu mir nicht miterlebt. Es gab im November 1958 dieses erschreckende Ultimatum, in dem die drei Westmächte von Chruschtschow aufgefordert wurden, die interalliierten Abmachungen über Berlin für erledigt zu erklären. Chruschtschow selbst erklärte sie für erledigt. Er verlangte den Abzug der Truppen aus den westlichen Sektoren innerhalb von sechs Monaten. Die drei westlichen Sektoren sollten eine entmilitarisierte Freie Stadt bilden. Diese sollte ihre Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland aufgeben.

Die Westmächte gingen damals – ich muß sagen: zu unserem Schrecken – auf dieses Ultimatum teilweise ein. Nur war für die Sowjets das, was ihnen die Westmächte zugestehen wollten, nicht weitgehend genug, so daß dadurch eine, wenn man so will, westliche Einheitsfront entstand. Dieses Ultimatum wurde nie zurückgenommen, aber es erledigte sich von selbst.

Für uns war klar: Hier sollte neu und weiterführend in bezug auf das, was vorangegangen war, eine Einverleibung Berlins in das Sowjetimperium erfolgen. Damals war die Zeit des Sputnik-Schocks in Amerika. Man hatte von der Sowjetunion das Bild einer überlegenen Macht. Zu dieser Zeit befand sich die Sowjetunion tatsächlich auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Diese Machtdemonstration schlug sich auch in der Tatsache nieder, daß man versuchte, nun endlich diesen „Störfaktor Westberlin“ durch jene Note zu beseitigen.

Völlig anders als Sie sehe ich den wesentlichen Punkt nicht in dem Bedrohungssyndrom oder dem entspannungspolitischen Fehlverhalten, sondern in dem ideologisch begründeten imperialistischen Streben der Sowjetunion.

Prof. Dr. Wilfried Loth: Ich versuche, meine Antwort zeitlich zu ordnen, damit eine etwas klarere Struktur entsteht. Ich beginne mit einer Bemerkung, die sich nicht auf mein Thema bezieht, aber es ist nun einmal so, daß ich mich auch wieder – um eine Formulierung von Herrn Hansen aufzugreifen – auf die Jagd begeben habe, was die sowjetischen Deutschlandnoten betrifft. Das, was ich jetzt sowohl an sowjetischen als auch vor allen Dingen an Ostberliner Quellen gesehen habe, läuft darauf hinaus, daß man diese Note vom 10. März lanciert hat, um die Einheit herbeizuführen. Umstritten war, ob dies sozusagen auf revolutionärem Wege, mit einem Sturz Adenauers, wie es formuliert wurde, erfolgen mußte oder ob es möglich sein würde, die westdeutschen Organe – Bundestag und Bundesregierung – dafür zu gewinnen mitzumarschieren.

Nach der ersten westlichen Antwortnote kam man in Moskau zu der Überzeugung, daß der Weg mit Unterstützung durch den Bundestag auf absehbare Zeit nicht zu gehen war. Daraufhin hat Stalin die forcierte

Aufrüstung der DDR befohlen. Das war das Dokument, das Herr Graml vorhin erwähnt hat.

Das ist das Ergebnis meiner Analysen. Sie können es demnächst nachlesen und dann schauen, ob Sie sich davon überzeugen lassen oder nicht. Ich dachte, es wäre richtig, das hier nicht ungesagt zu lassen.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Die Jagd ist wieder auf! – Abg. Frh. von Schorlemer (CDU/CSU): Alle acht bis neun Jahre kommt es wieder auf!)

Ich komme damit zu dem Beitrag von Frau Wisniewski zu den sowjetischen Zielen beim Berlin-Ultimatum. Was Sie geschildert haben, war in der Tat der Eindruck, den man damals im Westen hatte. Nur ist der Eindruck, den die eine Seite hat, damit nicht schon notwendigerweise die Absicht der anderen Seite. Wir Historiker versuchen ja herauszufinden, was die Absicht der anderen Seite war. Sie können die Tragfähigkeit der Quellen und der Argumentationen überprüfen, aber im übrigen ist es dann Ihre Sache, ob Sie sich damit auseinandersetzen.

Ich denke, die Kräfteverhältnisse, was die Atomrüstung in den 50er Jahren betrifft, sind eindeutig. Daran gibt es nichts zu rütteln. Ich weise auf ein gewisses Problem hin, was die Einverleibung West-Berlins betrifft. Natürlich war dies das sowjetische Maximalziel. Auf der anderen Seite gab es lange vor 1961 die Idee der Mauer. Es gab Diskussionen darüber. Es ist noch etwas unklar, wer diese Idee stärker propagiert hat.

Beim jetzigen noch relativ unbefriedigenden Quellenstand wird dennoch deutlich, daß es auf der sowjetischen Seite ein Problem gab, nämlich die – aus sowjetischer Sicht – Destabilisierung durch das Schaufenster West-Berlin. Die Lösung lag aber bei Lancierung des Berlin-Ultimatums noch nicht auf dem Tisch.

Ich bin von Herrn Faulenbach nach den Spielräumen der beiden deutschen Staaten gefragt worden, insbesondere nach Spielräumen der DDR. Es war Mitte der 80er Jahre zu beobachten, daß Honecker versuchte, etwas in Richtung Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen zu tun. Man kann das als Indiz für einen gewissen Spielraum, zumal in einer Phase relativer Schwäche der sowjetischen Führung durch die Erkrankungen der verschiedenen Generalsekretäre, interpretieren. Allerdings: Begrenzt war dieser Spielraum der DDR-Führung durch ihre eigene Schwäche. Das Abbremsen der Annäherung an die westliche Seite war ja auch in dieser Phase immer ein originärer Handlungsimpetus der DDR-Führung. Insofern würde ich formulieren, daß ihr Spielraum nicht nur durch die sowjetischen Vorgaben eingeschränkt war, sondern mehr noch durch die Schwächen des eigenen Systems.

Herr Hansen hat gefragt, ob ich bei der Durchsetzung von Korb 3 Absichten auf der westlichen Seite sehe. Darauf antworte ich: bei denjenigen, die sich sehr stark für Korb 3 eingesetzt haben, durchaus. Die einzelnen Motive

sind natürlich unterschiedlich. Aber man sollte unter dem Strich in einer historischen Würdigung schon festhalten, daß es bei vielen Beteiligten die feste Absicht gab, auf diesem Wege Wandlungen im sowjetischen Machtbereich durchzusetzen, weil man davon überzeugt war – im Unterschied zu anderen –, daß bei einer Auseinandersetzung über die Systemfrage in kooperativen Formen für die westliche Seite nichts zu befürchten, sondern alles zu gewinnen war. Ich finde, im Ergebnis ist dies eine Wette, die aufgegangen ist.

Was die Nachrüstung betrifft, die ich ganz kurz erwähnt hatte: Das ist nicht der Wendepunkt in unserer Geschichte. Es gibt – das habe ich in meinem Papier kurz angedeutet – auf der einen Seite ein nicht wegzudiskutierendes Problem der Verstärkung der Geiselrolle Mitteleuropas. Das ist ein Problem, auf das Helmut Schmidt schon im Herbst 1977 in London hingewiesen hat. Es ist ein Problem, mit dem man sich auseinandersetzen muß.

Auf der anderen Seite möchte ich unterstreichen, was Herr Meckel gesagt hat: Die Bedenken gegen die Lösung, die man gefunden und durchgesetzt hat, sind im Ergebnis auch nicht widerlegt. Ich würde es auf die vorläufige Formel bringen: Dies war ein problematischer Versuch, mit diesen Fragen zurande zu kommen. Im übrigen würde ich dies auf eine eigene Diskussion von Sicherheitsszenarien vertagen.

Für unseren Zusammenhang ist sicherlich richtig – um die Frage von Herrn Eppelmann aufzugreifen –, daß die Politik der Aufrüstung die Einsicht der sowjetischen Seite in die Unhaltbarkeit der Situation beschleunigt hat. Allerdings muß man gleich hinzufügen, daß die Ursache für die Situation nicht das Jahr 1980 oder 1981 ist, sondern 1962 mit der von mir eingangs kurz angedeuteten Entscheidung für den Ausbau der beiderseitigen Arsenale und der Etablierung des wechselseitigen Abschreckungssystems. Dieser Wettkampf war – so wissen wir es im Ergebnis, aber 1962 wußte man dies nicht – von der sowjetischen Seite nicht zu gewinnen. Friedenspolitik war in dieser Phase nur eine Etappe.

Ich möchte festhalten, daß öffentliche Ankündigungen von Präsident Reagan wie „Wir werden euch totrüsten“ nicht ein operativ durchgearbeitetes Konzept verraten. Es gibt da große Elemente von Rhetorik vor allen Dingen gegenüber dem amerikanischen Publikum. Reagan selbst war – ich habe das in meinem Vortrag angedeutet – sehr viel vielschichtiger in seinen Überlegungen, als dies mit einem solchen Schlagwort deutlich wird.

Zur Rolle von Gorbatschow: Ich stimme natürlich mit der Ansicht überein, daß Anzeichen für Änderungen des sowjetischen Verhaltens schon lange vorher zu sehen waren. Der genaue Entscheidungsprozeß ist uns unbekannt. Es wird sicherlich noch einer großen Anstrengung der Aufarbeitung von einzelnen Quellenbeständen bedürfen, bevor wir das wirklich verlässlich rekonstruieren können. Es ist überhaupt nicht bestritten, daß Gorbatschow nicht aus freien Stücken gehandelt hat oder mit einem Konzept der Durchsetzung westlicher

Ordnungsvorstellungen angetreten ist. Natürlich war dies kein von langer Hand vorbereiteter Versuch, die Sowjetunion in einer Situation zu retten, in der sie, wie wir im nachhinein wissen, objektiv nicht mehr zu retten war.

Ich stimme völlig mit der Ansicht überein, daß zur Herstellung dieser Situation die Rolle der Reformbewegungen und der Revolutionäre im sowjetischen Machtbereich überhaupt nicht unterschätzt werden darf. Ich habe in meinen Ausführungen vorhin gesagt: Sie stehen gleichwertig neben dem, was von der Spitze her geschehen ist. Das steht auch in meinen schriftlichen Ausführungen. Ich finde, dies ist keine unwürdige Behandlung der Reformbewegungen und der Revolutionen. Man muß mir allerdings genau zuhören.

Im übrigen muß ich, weil man mir offenbar nicht genau zugehört hat, noch einmal unterstreichen, daß in der Sowjetunion eine dramatische Entwicklung stattgefunden hat, daß Gorbatschow und die Seinen zu immer erschreckenderen Einsichten gelangt sind und infolgedessen zu immer radikaleren Konsequenzen. Der entscheidende Punkt ist in der Tat, daß man eine plurale Diskussion dieser Situation zuläßt und daß man darauf verzichtet, die alten Machtmittel einzusetzen, um die Utopie, die man hat – ein reformierter Kommunismus, eine reformierte und dann auf ewig lebensfähige Sowjetunion –, aufrechtzuerhalten.

Meine Bemerkungen zur Rolle der Nationalitäten waren, das gebe ich zu, infolge der beschränkten Zeit in der Tat etwas verkürzt. Man muß sehen, daß in der letzten Phase die sowjetische Führung auch zu der Vorstellung einer föderativen Neuordnung gelangt ist, die meines Erachtens das ist, was sich als Schlußfolgerung anbietet. Natürlich sind Nationalbewegungen ein Mittel zur Emanzipation, zur Verwirklichung von Selbstbestimmung. Für sich allein lösen sie aber nicht das Problem der Freiheit der anderen Nationen. Die Suche nach Wegen, beides miteinander zu vereinbaren, verdient alle Anstrengung. Insofern auch mein Nachtrauern im Zusammenhang mit dem Umstand, daß wohl doch nicht alle Chancen für einen geordneteren Übergang zu postkommunistischen Gesellschaften genutzt worden sind.

Dies ist – ich betone das noch einmal; ich habe das bereits in meinen Ausführungen gesagt – kein Urteil über die Angemessenheit von politischen Entscheidungen einzelner Beteiligter. Es ist lediglich der Versuch, auf Zusammenhänge hinzuweisen, die sich aus dem Handeln ergeben, auch darauf hinzuweisen, daß niemand ganz unschuldig entscheiden kann.

Der Preis, den ich angedeutet habe im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Einheit, bezogen auf die NATO: Das war wirklich relativ bequem für die westliche Seite, bequemer als viele andere Ideen, die in diesen Monaten in der Diskussion waren, Stichwort: die Rolle der Bundesrepublik ähnlich der Rolle Frankreichs oder auch noch die Genscher-Variante, die man im ersten Halbjahr 1990 diskutiert hat, oder eine starke Umstrukturierung des westlichen Bündnisses überhaupt.

Es gab eine Fülle von Modellen, die Herr Meckel Ihnen viel plastischer und in mehr Einzelheiten darlegen kann als ich. Man sollte nicht im nachhinein so tun, als ob die Entscheidung, die man getroffen hat, alternativlos gewesen wäre.

Zu der Frage, ob die sowjetischen Generalsekretäre mit der Lösung „Geld für NATO“ glücklich gewesen seien: Es gibt eine Reihe von Zeugnissen – eines habe ich hier zitiert – über die große Erbitterung, die es in Moskau wegen dieser Lösung gegeben hat. Ich habe auch gesagt: Ich kann nicht beurteilen, wie groß die Rolle war, die das gespielt hat; dazu müssen wir über den gesamten Quellenkomplex verfügen. Das werden wir vielleicht in zehn Jahren tun können.

Zum „Sieg des Westens“: Meine Formulierungen richteten sich gegen eine verbreitete und, wie ich finde, bequeme Redeweise auf der westlichen Seite, der Kalte Krieg sei vorbei, man habe ihn gewonnen. Ich habe nicht gesagt, daß dies falsch ist, sondern ich habe gesagt: Es ist irreführend in der Hauptsache, weil es geeignet ist, den eigenen Anteil der östlichen Seite, und zwar sowohl der Bewegungen von unten als auch der Entscheidungen an der Spitze – beides gehört zusammen; das eine ist ohne das andere nicht denkbar –, zu übersehen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Dehnel, Sie haben sich noch einmal nach dem Datum erkundigt. Wenn man von einer konkreten Aufteilung Deutschlands sprechen kann, die nachher für uns Schicksal geworden ist, so muß man den 12. September 1944 nennen, weil damals die Europäische Beratende Kommission die Aufteilung Deutschlands in militärische Besatzungszonen entschieden hat. Im Frühjahr 1945 kam dann Frankreich noch hinzu. Das alles war politisch nicht intendiert, sondern militärisch gedacht. Es ist aber später politisch umgesetzt worden.

Zu dem, was Herr Hansen gefragt hat – Stichwort: europäischer Bürgerkrieg –: Ich glaube, das wäre in einem größeren Zusammenhang aufzuarbeiten. Ich warne allerdings davor, daß man erklärt, Auschwitz sei die Antwort auf GULag. So einfach sind die Dinge natürlich nicht. Aber das ist ja inzwischen weitgehend geklärt.

Herr Weisskirchen, das Dilemma im Zusammenhang mit diesem europäischen Bürgerkrieg ist ja: Wir stehen mitten in einem viel dramatischeren europäischen Bürgerkrieg, der eine ganz andere und leider auch militante Dimension hat.

Herr Wilke, das, was Sie gesagt haben, hat mich ein wenig überrascht. Das entscheidende Moment war Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre – Stichwort: Korb 3 von Helsinki –, daß der Westen es verstanden hat, den Wunsch der Sowjetunion zu konterkarieren. Der Hauptwunsch der Sowjetunion bestand in der Anerkennung dessen, was man 1945 militärisch gewonnen hatte;

Status quo, die sogenannten „zehn Gebote“. Das zweite Hauptmotiv waren wirtschaftliche Kooperation, wirtschaftliche Hilfe.

Der Westen hat sehr geschickt argumentiert: gut, unter den Bedingungen der freien Information. Dieser Korb 3 ist weder von Herrn Ulbricht noch von Herrn Honecker bzw. von Herrn Breschnew in seiner Sprengkraft am Anfang hinreichend erkannt worden. Erst 1975 und 1976 sah man – wir können das genau verfolgen –, wie die Völker in Osteuropa beginnen, sich dieses Instruments zu bedienen und sich auf die KSZE zu berufen. Daraufhin sagte man: So haben wir uns das nicht vorgestellt. Man versuchte systematisch, solche Bestrebungen abzublocken. Es war aber im Grunde schon zu spät dazu. Wir hatten damit die Chance, diesen Bereich zu unterwandern. Insofern lag hier eine völlige Fehleinschätzung durch Herrn Ulbricht vor, der Hurra geschrien und erklärt hat: Endlich wird das anerkannt, was wir anerkannt haben wollen! Er hat nicht gesehen, welche Sprengkraft Korb 3 hatte.

Herr Müller, eine Bemerkung zu Ihren Ausführungen. Ich habe von der subjektiven Vorstellung Adenauers in den 50er Jahren gesprochen. Sie haben erklärt, das sei objektiv so gewesen. Das stimmt nicht. Wir haben Unterlagen gefunden, aus denen hervorgeht, daß in der Zeit der großen Krise nach Korea der amerikanische Geheimdienst nicht die Auffassung vertrat, daß dieses Beispiel Korea auf Europa übertragbar sei. Man hat anders argumentiert: Das ist noch gar nicht soweit. Aber Adenauer hatte dieses subjektive Bedrohungsgefühl. Er meinte, es wird eines Tages doch kommen. Er hatte keine objektiven Daten bezüglich eines Angriffs auf Europa vom Osten aus. Das ist heute wissenschaftlich nachgewiesen.

Herr Fischer, Sie haben vollkommen recht, das Problem der Auflockerung in Osteuropa und des Wandels ist keine Frage erst seit Gorbatschow, sondern es ging um die Frage, wie durch verbesserte Kommunikation und Kooperation bestimmte intellektuelle Kreise in der Sowjetunion im Hinblick auf die Notwendigkeit des evolutionären Wandlungsprozesses angesprochen werden konnten. Ich freue mich, daß mein Freund und Kollege Daschitschew Ende Oktober bei uns sprechen wird. Er wird verdeutlichen, wie wir Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre in der Kooperation schon weit über das hinausgekommen waren, was dogmatischerweise immer noch vertreten wurde. Er hat mit Recht immer wieder darauf hingewiesen: Wir haben Denkschrift für Denkschrift nach oben gegeben, an Andropow und den Greis, der ihm nachfolgte, aber diese Personen waren so in ihrer Festungsmentalität verhaftet, daß sie nicht in der Lage waren, den Wandlungsprozeß und die Notwendigkeit, auf die westliche Politik eine vernünftige Antwort zu geben, zu begreifen. Es bedurfte eben eines Mannes wie Gorbatschow, diese Anregungen aufzunehmen und zu sagen: So kann es nicht weitergehen.

Ich glaube, die Konsequenz aus Korb 3 von Helsinki wurde schon Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre in vielen Kreisen diskutiert.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Es tut mir leid, Herr Professor Jacobsen, Ihnen an einer Stelle widersprechen zu müssen, aber ich muß es tun, weil sich sonst Berliner möglicherweise eine falsche Hoffnung machen: Ihr Freund Daschtschew wird nicht hier in Berlin reden, sondern in Bonn anlässlich einer Veranstaltung der Enquete-Kommission.

Hermann Graml: Herr Hansen, Sie haben gesehen, daß die Noten von 1952 weiterhin diskutiert werden. Diese Situation wird sich nicht ändern, denn wir sind leider nicht fähig, Herrn Stalin herbeizuzitieren und ihn zu fragen, was er sich bei der ganzen Sache gedacht hat. Ich wage zu bezweifeln, daß wir, sollte sich, was keineswegs sicher ist, die Archivlage weiterhin bessern, selbst bei Kenntnis von Protokollen der Politbürositzungen usw. den letzten Absichten von Stalin in wirklich faßbarer Form näherkommen. Wir werden nach wie vor darauf angewiesen sein, aus dem Verlauf der Dinge und den Indizien, die dieser Verlauf geliefert hat, unsere Schlüsse zu ziehen. Mehr können wir nicht tun. Für mich sind diese Schlüsse eindeutig.

Herr Weisskirchen hat eine sehr interessante Bemerkung gemacht: Die Westdeutschen sind in eine Haut hineingewachsen, die andere zur Verfügung gestellt haben. Das ist auf der einen Seite ganz ohne Frage richtig, klammert aber zunächst einmal den Part aus, den die Westdeutschen selber dabei gespielt haben. Sie sind ohne Frage mit wachsendem Eifer in diese Haut hineingeschlüpft, mit wachsendem Gewinn.

Ich bin durchaus der Meinung: Wir haben es hier mit einer Periode zu tun, die sich von der von Herrn Loth zu behandelnden erheblich unterscheidet. Sie ist in vieler Hinsicht schmerzhafter, aber in anderer Hinsicht wiederum einfacher.

Die Erfahrung der NS-Herrschaft hatte die Mehrzahl der politisch aktiven und interessierten Deutschen gelehrt, geistige Freiheit und politische Freiheiten als höchste Güter zu schätzen. Gerade diese aber bedrohten Sowjetunion und SED mit Zerstörung. In der Diagnose wie im Willen zur Abwehr stimmten in Westdeutschland demokratische Sozialisten, christliche Demokraten und Liberale aller Schattierungen überein. Der Schauer vor sowjetischer Expansion darf als Reaktion von Menschen charakterisiert werden, die sich mit Recht als Gründergeneration einer politischen Kultur fühlten und eben diese politische Kultur, noch jung und verletzlich und deshalb besonders ängstlich gehütet, in ernstester Gefahr glaubten.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Sehr richtig!

Die Haltung der Westmächte zur Wiedervereinigung in der Zeit zwischen 1949 und 1955 – das ist die Periode, mit der ich es hier zu tun habe – ist an sich gar nicht so schwierig zu charakterisieren. Frankreich hat zu seiner Überraschung nach schmerzhaften Erfahrungen in den ersten Jahren nach Kriegsende doch so etwas wie eine Verkleinerung des deutschen Staatsgebiets durch die Entwicklung geschenkt bekommen. Damals von Frankreich irgendwelche

Unterstützung für einen Prozeß zu gewinnen, der zur Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates führen sollte, war schlechterdings unmöglich. Deshalb hat die französische Regierung – anders als vielleicht in der einen oder anderen Situation Francois Poncet – selbstverständlich auf die Aussicht, die mit der sowjetischen Note geboten wurde, mit strikter Ablehnung reagiert. Das kann man praktisch auf alle Faktoren der französischen Politik ausdehnen.

Bei Großbritannien war die Situation schon etwas zweideutiger. Die Briten lebten immer noch in dem Gefühl – solche Gefühle sterben bekanntlich sehr hartnäckig ab –, vom Kontinent etwas abgesetzt zu sein. Sie haben die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands etwas gelassener betrachtet, sofern garantiert war, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland nicht der anderen Seite anschließen kann. Sofern das durch die Wiederherstellung des Kontrollrates, um es einmal ganz brutal auszudrücken, erreichbar gewesen wäre – gut und schön. Aber gerade das Kontrollratssystem hat sich in dieser Hinsicht als untauglich erwiesen bzw. als eine potentielle Gefahr, weil dies die Möglichkeit in sich barg, die Mitsprache der Sowjetunion nach Westen auszudehnen. Von Großbritannien am Ende eine andere Haltung zu erwarten als die strikte Ablehnung irgendwelcher Neutralisierungsideen, wäre wirklich völlig verfehlt gewesen.

Bei den Vereinigten Staaten liegt der Fall natürlich etwas anders. Die Vereinigten Staaten hatten, was zumindest bei Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Ländern auch eine Rolle gespielt hat, keine Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland, wohl aber hatten sie große Befürchtungen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland entstehen könnte, das die Freiheit hat, sich unter Umständen der Gegenseite anzuschließen, oder, weil es vorübergehend eine Art von Freiheit eingeräumt bekommt, die Möglichkeit in sich entwickelt, der östlichen Seite sozusagen zum Opfer zu fallen.

Es gibt ein wunderschönes Strategiepapier des National Security Council von 1953 – selbstverständlich war 1952 die Lagebeurteilung nicht um ein Jota anders –, in dem klipp und klar steht: Wiedervereinigung Deutschlands ja, wenn sich das wiedervereinigte Deutschland dem Westen anschließen kann. Jede andere Möglichkeit war für die Politik der Westmächte nicht akzeptabel.

Deshalb war, was immer Stalin mit seiner Notenpolitik beabsichtigt hat, dieses Angebot für die Westmächte nicht akzeptabel, solange ganz bestimmte Punkte westlicher Politik in Gefahr gerieten.

Vorhin wurde gesagt, die Konferenz von Jalta habe die Entscheidung für die Teilung gebracht. Das ist in dieser Form einfach falsch. Zu Beginn der Konferenz von Jalta haben die beteiligten Chefs der drei Großmächte noch einmal ihre Absicht bekräftigt, Deutschland aufzuteilen, um dann im weiteren Verlauf der Konferenz mit immer größerer Geschwindigkeit von diesem Standpunkt abzurücken. Am Ende der Konferenz von Jalta wurde der

Beschluß gefaßt, dieses dornige Problem der Behandlung Deutschlands einem Ausschuß zu übertragen. Man verhandelte in London weiter über diese Frage. Zum großen Erstaunen des sowjetischen Vertreters in diesem Gremium standen die Vertreter der Westmächte plötzlich auf dem Standpunkt, daß die Einheit Deutschlands, natürlich mit Ausnahme der Ostgebiete, erhalten werden soll. Er erkundigte sich zu Hause und bekam ganz offensichtlich die Mitteilung: Jawohl, das ist auch unsere Ansicht.

Diese Konferenz der Botschafter in London endete mit dem eindeutigen Ergebnis, bekräftigt durch die Konferenz von Potsdam, daß die Einheit der vier Besatzungszonen in Deutschland erhalten werden solle. Daß auf der Konferenz von Potsdam sogleich ein Beschluß gefaßt wurde, der diese Einheit praktisch wieder zerstörte, und zwar durch die dort getroffene Reparationsregelung, steht auf einem anderen Blatt. Die Bedeutung dieser Reparationsregelung war dem einen oder anderen im Foreign Office oder im französischen Außenministerium klar; den in Potsdam Tagenden war sie offensichtlich nicht klar.

In Jalta ist – insofern ist nicht Jalta selbst, sondern die Folgezeit schärfer in den Blick zu nehmen – ein einvernehmliches Vorgehen der Siegermächte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Osteuropa vereinbart worden. Eine entsprechende Deklaration ist formuliert und unterschrieben worden. Daß diese Deklaration noch während sie ausgehandelt, formuliert und unterschrieben wurde, von sowjetischer Seite ignoriert wurde, steht auf einem anderen Blatt. Dieses Ignorieren des Akkords von Jalta in dieser Hinsicht beherrschte praktisch die interalliierten Beziehungen in den folgenden 12 oder 24 Monaten. Es ging zunächst und an erster Stelle um Polen. Es ging dann sehr rasch aber auch um Rumänien und Bulgarien und am Ende auch um die Tschechoslowakei, die sich bereits bei der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen in einer Weise als Gehilfe Moskauer Politik präsentierte, die zu erheblichen Befürchtungen Anlaß geben mußte.

Es ist verfehlt, in Jalta die eigentliche Schaltstelle für die Nachkriegsentwicklung zu sehen. Die Entwicklung nicht zuletzt in der deutschen Frage, die zur Trennung des Besatzungsgebiets führte, ist nach meiner Meinung zerbröckelt. Diese Meinung kann aber durchaus falsch sein, weil wir noch keineswegs über alle sowjetischen Quellen verfügen, die diesbezüglich von Wichtigkeit sein können. Den ersten Anlaß dazu hat die französische Haltung im Alliierten Kontrollrat gegeben, die politikblockierend gewirkt hat, was in einer solchen Situation natürlich außerordentlich gefährlich ist. Sie hatte zunächst die Folge, daß die Politik der Militärgouverneure in Deutschland in eine Selbständigkeit entlassen wurde, die verheerend gewirkt hat und verheerend wirken mußte.

Nach meinem Eindruck ist um die Jahreswende 1945/46 eigentlich auf allen Seiten die Vorstellung entstanden, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit mit Sicherheit der Gegenseite zugute kommen muß. Nach dieser Maxime haben sich alle verhalten. Bei den Briten ist das durch Dokumente

nachzuweisen. Bei den Amerikanern stellt sich im Laufe des Jahres 1946 eine ähnliche Auffassung ein, jedenfalls in dem Umfang, daß sie mit den Briten in der Deutschlandpolitik kooperationsfähig werden.

Ich bin davon überzeugt, daß sich für die sowjetische Seite ein ähnliches Bild ergeben wird, wenn wir die sowjetischen Schlüsseldokumente zu dieser Frage wirklich kennenlernen. Etliche politische Maßnahmen deuten darauf hin, daß die Sowjetunion bereits Ende 1945 als erste den Schluß gezogen hat: Finden wir uns damit ab, daß wir unser Besatzungsgebiet behalten, und damit aus.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir haben nun gut acht Stunden lang einen scharfen Gang durch die Rahmenbedingungen deutscher Nachkriegsgeschichte getan. Für mich persönlich war das gut zu verkraften, weil – entschuldigen Sie bitte, Professor Fischer – nicht alles akademisch historisch war, sondern auch Befindlichkeiten von Menschen sehr klar zum Ausdruck kamen. Ich denke in diesem Zusammenhang an Herrn Dr. Mitter und Herrn Dr. Wolle. Ich denke vor allen Dingen – lassen Sie mich das so ganz persönlich sagen – an das, was unsere Kollegin Wisniewski über ihr eigenes Leben erzählt hat. Mir ist an dieser Stelle noch einmal deutlich geworden, wie wenig wir voneinander wissen. Ich begreife die Kollegin – jedenfalls bilde ich mir das ein – jetzt viel besser als zuvor, weil ich viel mehr aus ihrem Leben weiß. Dafür sage ich ein Dankeschön.

Immer wieder hat uns am Rande die, wie ich finde, akademische Frage gequält: Wer ist denn nun der Gewinner? Ich schlage auf diese Frage eine ganz schlichte Antwort vor: nicht Ost oder West, sondern die Menschen, die damals eingesperrt und unterdrückt waren. Sie sind die Gewinner der Veränderungen von 1989 und 1990.

Ich möchte allen, gerade denjenigen, die nicht Mitglieder der Enquete-Kommission sind, dafür danken, daß sie bis zuletzt ausgeharrt haben. In besonderer Weise möchte ich den polnischen Staatsbürgern unter uns danken, daß sie an deutscher Geschichte so interessiert sind, daß sie die ganze Zeit hier anwesend waren. (Beifall)

Morgen wird uns gerade dieser Bereich ein Stück stärker interessieren. Morgen werden weniger die internationalen Rahmenbedingungen behandelt, die sich doch fast ausschließlich auf die vier Großmächte ausgedehnt haben, sondern mehr die Frage: Welche Wechselwirkung hat es zwischen der DDR und Polen oder zwischen der DDR und der Tschechoslowakei gegeben?

Ich möchte Ihnen Lust machen, darüber nachzudenken, ob wir spontan eine Möglichkeit sehen, Herrn Reiter in irgendeiner Form mit einzubinden. Er wird morgen unter uns sein. Es wäre schade, wenn er bloß ein Zuhörender wäre. Damit ist die Sitzung geschlossen.

Ende der Sitzung 19.14 Uhr